

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Heinz Brahm/Heinrich Vogel  
Gorbatschow  
vor großen Aufgaben

Lothar Jung  
Bestimmungsfaktoren  
und Tendenzen  
sowjetischer Außenpolitik  
in den achtziger Jahren

Karl Schlögel  
Ökologiediskussion und  
Umweltschutzmaßnahmen  
in der Sowjetunion

ISSN 0479-611 X

B 21-22/85  
25. Mai 1985

Heinrich Vogel, Dr. oec. publ., geb. 1937; Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Die sowjetische Intervention in Afghanistan, Baden-Baden 1980; Das ökonomische Kräfteverhältnis zwischen Ost und West, in: W. von Baudissin (Hrsg.), Zur Entspannungspolitik in Europa, Baden-Baden 1981; The Politics of East-West Economic Relations Reconsidered: A German View, in: Osteuropa-Wirtschaft, (1982) 3; Vergleichende Analysen der Innovationskraft in Ost und West, in: A. Schüller (Hrsg.), Innovationsprobleme in Ost und West, Stuttgart 1983; (Coautor und Mitherausgeber) Osteuropas Wirtschaftsprobleme und die Ost-West-Beziehungen, Baden-Baden 1984; Technologie für den Osten — das leidige Problem, in: Außenpolitik, (1985) 2.

Heinz Brahm, Dr. phil., geb. 1935; Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

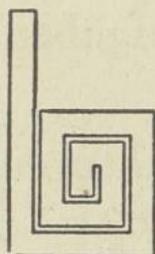
Veröffentlichungen u. a.: Trotzkijs Kampf um die Nachfolge Lenins, Köln 1964; Pekings Griff nach der Vormacht, Köln 1966; Der Kreml und die CSSR 1968 bis 1969, Stuttgart 1970; (Hrsg.), Opposition in der Sowjetunion, Düsseldorf 1972; Der sowjetisch-chinesische Konflikt, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Außenpolitik, Bd. 2, Köln—Wien 1976.

Lothar Jung, geb. 1941, Diplom-Politologe, Volljurist; Studium der Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft und Zeitgeschichte in Berlin, Gießen und Hamburg. Journalistische Tätigkeit in den Themenbereichen Internationale Politik, Ost-West-Beziehungen, Sicherheitspolitik und Ostforschung.

Veröffentlichungen u. a.: Wer bedroht wen in Europa?, 1981; Gibt es einen „dritten Weg“ für Europa?, 1982; Zum Konflikt DDR-UdSSR, 1985; Sowjetische Außenpolitik im Umbruch? Konzepte sowjetischer Westpolitik in der Kontroverse (1985).

Karl Schlögel, Dr. phil., geb. 1948; Studium der Philosophie, Soziologie, Osteuropäischen Geschichte und Slavistik an der Freien Universität Berlin; 1982/83 Forschungsstipendiat des DAAD in Moskau; zur Zeit Arbeit an einem Buch über die intellektuelle Kultur Petersburgs und Moskaus zwischen 1909 und 1921; freier Wissenschaftler und Publizist.

Veröffentlichungen u. a.: Moskau lesen, Berlin 1984; Der renitente Held. Arbeiterproteste in der UdSSR 1953—1983, Hamburg 1984; Zeitschriften- und Rundfunkbeiträge.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Gorbatschow vor großen Aufgaben

In der Bundesrepublik Deutschland hat man den jüngsten Führungswechsel im Kreml mit neugierig-erwartungsvoller Gespanntheit verfolgt, denn die Sowjetunion kann niemanden gleichgültig lassen, der die Verschärfung der internationalen Lage und insbesondere das Wettrüsten mit Sorge betrachtet. Sie ist nicht nur eine Supermacht, die militärisch und politisch den Osten Europas kontrolliert, sie bleibt auch für die westliche Staatenwelt so

lange ein Angstgegner, als sie nicht glaubhaft machen kann, daß sie keine Ambitionen über ihre wohlverstandenen nationalen Interessen hinaus hat. Die großen Probleme, vor denen die Sowjetunion steht, sind unter Breschnew, Andropow und Tschernenko nicht gelöst worden. Im Westen wie im Osten scheint man zu glauben, daß allein eine starke Persönlichkeit imstande sei, die UdSSR aus ihrer gegenwärtigen Stagnation herauszuführen.

### I. Der Parteichef und die kollektive Führung

Einige Kommentatoren trauen dem am 11. März 1985 zum Generalsekretär gewählten Michail S. Gorbatschow die Kraft und die Fähigkeit zu, nicht nur die Ost-West-Spannungen zu verringern, sondern auch die Sowjetunion von Grund auf zu reformieren.

Welche Macht aber hat der erste Mann an der Spitze des sowjetischen Herrschaftssystems? Wladimir I. Lenin wie Josef W. Stalin haben ganz ohne Frage das Land prägen können. Nikita S. Chruschtschow, dessen Spielraum schon stark eingeschränkt war, vermochte immerhin noch eine Reihe von Reformen durchzusetzen. Seit seinem Sturz im Oktober 1964 gab es die Vereinbarung, daß die Ämter des Parteichefs und des Ministerpräsidenten nicht mehr von einer Person wahrgenommen werden sollten. Dem Ehrgeiz der Nr. 1 sollten damit deutliche Grenzen gesetzt werden.

Breschnew blieb bis zuletzt in eine kollektive Führung eingepfercht, konnte allerdings noch 1977 Staatspräsident werden. Offensichtlich vermochte aber seit der Zeit, als Breschnew erkrankte, die oberste Parteibürokratie mehr und mehr Kompetenzen des Generalsekretärs an sich zu ziehen. Vor allem damit ist der kometenhafte Aufstieg Tschernenkos, der lange Zeit Kanzleichef des Politbüros war, zu erklären.

Gorbatschow ist erst 54 Jahre alt und dynamisch. Es könnte ihm durchaus gelingen, seine Macht auszubauen. Da er aber der Jüng-

ste im Politbüro ist, wird es für ihn unter psychologischen Gesichtspunkten zunächst nicht leicht sein, seinen Willen im obersten Parteigremium durchzusetzen. Fünf der dreizehn Politbüromitglieder sind über 70 Jahre: Nikolaj Tichonow (79), Andrej Gromyko (75), Dinmuchamed Kunajew (73), Michail Solomenzew (71) und Viktor Grischin (70). Waren die meisten dieser Gruppe Parteigänger Tschernenkos, so darf Gromyko allerdings als Gönner und Förderer Gorbatschows gelten. Er hat in seiner Rede vor dem ZK-Plenum am 11. März 1985, auf dem der neue Generalsekretär nominiert wurde, Gorbatschow in einer Weise über den grünen Klee gelobt, die für sowjetische Verhältnisse ungewöhnlich ist<sup>1)</sup>. Offensichtlich wollte Gromyko mit seiner Eloge alle Einwände gegen Gorbatschow zerstreuen. Weder Chruschtschow noch Breschnew sind in ihren besten Zeiten von einem Spitzenfunktionär auf diese Weise gepriesen worden.

Wahrscheinlich stehen auch nicht alle der „Jüngeren“ auf der Seite Gorbatschows. So könnte sich Grigorij W. Romanow (62) als zweiter ZK-Sekretär, dem nach bisheriger Tradition die Zuständigkeit für Ideologie und Kader zufallen müßte, zu einem gefährlichen Widersacher entwickeln. Auch der Ukrainer Wladimir Schtscherbikij (67) dürfte früher jedenfalls kein Anhänger Gorbatschows gewesen sein.

<sup>1)</sup> Kommunist, 6 (1985), S. 6f.

Seit den Tagen Lenins war es in der KPdSU üblich, den Einfluß starker Persönlichkeiten durch kräftige Gegengewichte auszugleichen. Zweimal ist die Partei allerdings in der Vergangenheit nicht auf der Hut gewesen: Im Falle Stalins und Chruschtschows. Diese bitteren Erfahrungen wird sie nicht vergessen haben. Ganz abgesehen davon liegt es im Interesse der einzelnen Politbüromitglieder, den Generalsekretär nicht zu stark werden zu lassen, weil dies nur zu ihren eigenen Lasten geschehen kann.

Wenn sich Gorbatschow nicht damit begnügen will, nur ein Verwalter der Macht zu werden, wie es Breschnew war, dann muß er versuchen, sich aus den Fesseln der kollektiven Führung herauszuwinden. Vieles wird folg-

## II. Apparate und Bürokratien

Das sowjetische Herrschaftssystem ist ein kaum noch überschaubares Gebilde. Seine tragenden Säulen sind die Apparate der Partei, der Regierung, des Militärs, des Staatssicherheitsdienstes (KGB) und des Außenministeriums. Die höchste Instanz ist eindeutig der Parteiapparat. Alle Generalsekretäre entstammen seiner Chefetage, dem ZK-Sekretariat. Die Partei muß nach ihrem Selbstverständnis in allen Fragen das letzte Wort haben.

Die zweitmächtigste Machtsäule ist der Regierungsapparat. Der Ministerpräsident war immer im Politbüro vertreten. Protokollarisch steht ihm, wie dies aus der Sitzordnung im Obersten Sowjet oder aus der Reihenfolge der Spitzenfunktionäre auf dem Lenin-Mausoleum hervorgeht, der zweite Platz nächst dem Generalsekretär zu. Ministerpräsident Tichonow ist Herr eines Millionenheeres von Verwaltungsangestellten.

1973 rückten der Verteidigungsminister, der Außenminister und der KGB-Chef ins Politbüro auf. Die Spitzenvertreter dieser drei Machtaggregate haben in den letzten drei Jahren eine ungewöhnlich große Rolle gespielt, wie nicht nur die Nachfolgeregelungen deutlich gezeigt haben. Andropow, Dmitrij Ustinow und Gromyko haben die Politik der Sowjetunion maßgebend formuliert. Heute ist Gromyko der einzige Überlebende dieses Triumvirats. Viktor Tschebrikow, der neue KGB-Chef, hat inzwischen Sitz und Stimme im Politbüro. Sergej Sokolow, der Nachfolger Usti-

lich davon abhängen, ob er die freiwerdenden Posten in der Partei und in den übrigen Apparaten mit Leuten seines Vertrauens besetzen kann. Nach monatelangem personalpolitischen Stillhalten sind auf dem ZK-Plenum vom 23. April 1985 gleich drei neue Politbüromitglieder ernannt worden. Nikolai Ryschkow und Jegor Ligatschow scheinen auf der Gorbatschow-Linie zu liegen. Tschebrikow war ein Vertrauter Breschnews. Gorbatschow könnte auch dann über seine Kollegen hinauswachsen, wenn sich die Führung einer Krise gegenübersieht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt läßt sich natürlich nicht sinnvoll darüber spekulieren, ob der neue Generalsekretär Fortune haben wird oder nicht. Sicher ist im Augenblick nur, daß er ein schweres Erbe angetreten hat.

nows, hat es erst zum Politbürokandidaten gebracht. Er ist 73 Jahre alt und ihm fehlt die Autorität seines Vorgängers.

Es spricht vieles dafür, daß Andropow, Ustinow und Gromyko im Parteiapparat, dem Allerheiligsten, starke Fäulniserscheinungen erkannt hatten und für eine drastische Säuberung eingetreten sind. Die Apparatschikisten plötzlichen also unter Beschuß von seiten der Vertreter der Parallelbürokratien, was den Corpsgeist der Angegriffenen, die ihre bislang unangefochtenen Positionen und Privilegien sicher nicht kampflos aufgeben wollten und wollen, verstärkt haben muß. Wenn Gorbatschow wie Andropow den Parteiapparat auskämmen will, hat er also zwangsläufig viele Funktionäre gegen sich.

Mit 19 Millionen Mitgliedern (Nordrhein-Westfalen hat nicht ganz so viele Einwohner) ist die KPdSU keine Elite-, sondern eine Massenpartei. Sie regiert seit fast 68 Jahren ohne Unterbrechung. Aus den Berufsrevolutionären von ehemals sind inzwischen wohlbestallte Berufsbeamte geworden; viele sehen in der KPdSU vor allem den Karrierelift. Dementsprechend ist das Ansehen der Partei in der Bevölkerung gering.

Im zentralen wie im regionalen Parteiapparat arbeiten schätzungsweise eine halbe Million hauptamtlicher Funktionäre<sup>2)</sup>, die nach jüngsten Klagen zu urteilen den Kontakt zu den

<sup>2)</sup> Hierzu Gy. Józsa in: B. Meissner/G. Brunner/R. Löwenthal, Einparteiensystem und bürokratische Herrschaft in der Sowjetunion, Köln o. J., S. 178ff.

vielgerühmten Massen vielfach verloren haben. Tschernenko hatte seinerzeit offen getadelt, daß die Funktionäre zu wenig in die Niederungen der Realitäten hinabstiegen und daß Parteiversammlungen perfekt geplante Galasitzungen zu Ehren der lokalen Parteigrößen seien.

Hatte Chruschtschow noch alle Funktionäre, die seinen Vorstellungen nicht entsprachen, gnadenlos „in die Wüste geschickt“ und damit große Unsicherheit bei den Apparatschiki ausgelöst, so wurde demgegenüber unter Breschnew die Devise „Vertrauen zu den Kadern“ ausgegeben, womit die Funktionäre praktisch ihre Unkündbarkeit erreichten. Die Folgen einer solchen Personalpolitik wurden allerdings am Ende der Breschnew-Ära deutlich erkennbar: Überalterung der Führungskräfte, nachlassendes Verantwortungsgefühl, Günstlingswirtschaft, Korruption und Unfähigkeit.

Andropow hat in den wenigen Monaten als Generalsekretär den Parteiapparat aus seiner Selbstgerechtigkeit aufgescheucht. Funktionäre, die seiner Meinung nach korrupt oder nicht effizient waren, wurden abgelöst. Gorbatschow setzt diese Linie fort.

Schlimmer als im Parteiapparat dürften die Mißstände in der Staats-, vor allem aber in der Wirtschaftsbürokratie sein, die zahlenmäßig erheblich stärker ist. Nachdem Andropow Generalsekretär geworden war, sah sich vor allem die Regierung massiven Attacken ausgesetzt. Unter Andropow wurden zehn von 64 Ministern und neun von 22 Staatskomiteevorsitzenden entlassen, die meisten, weil man sie für unfähig oder sogar für korrupt hielt. Damit sollte allen Vertretern der Staats- und Wirtschaftsverwaltung bedeutet werden, daß in Zukunft niemand mehr seines Sessels sicher sein durfte, der nicht seinen Verpflichtungen nachkam. Kurzfristig ist eine solche „Säuberung“ der Regierung sicher nicht ohne Wirkung; Millionen von Bürokraten aber sind über Jahre hinweg nicht so leicht zu kontrollieren. Auf diese bezogen konstatierte 1984 ein vielbeachtetes Diskussionspapier einer Nowosibirsker Soziologin Partikularinteressen der Bürokratien auf mittlerer und höherer Ebene als Bremse für jegliche Veränderung in den Abläufen. In makrosoziologischer Betrachtung erklärt sie diese als Ergebnis eines überzentralisierten Systems und nicht als Fehlverhalten mangelhaft motivierter Funktionsträger<sup>3)</sup>.

<sup>3)</sup> Eine Übersetzung des Dokuments in: Osteuropa, 1 (1984), S. A 1—A 25.

Die notorische Fixierung westlicher Analysen auf die Person des Generalsekretärs der KPdSU verstellt den Blick auf die strukturellen Konstanten in den Rahmenbedingungen sowjetischer Innen- und Wirtschaftspolitik. Die schieren Dimensionen des größten Flächenstaates der Erde (22,4 Millionen km<sup>2</sup> mit einer Ost-West-Ausdehnung von rund 10 000 Kilometern und einer Bevölkerung von 276 Millionen Menschen), integriert und kontrolliert von einem über Jahrzehnte gewachsenen zentralisierten System bürokratischer Steuerung, erschweren jeden Vergleich mit anderen sozialistischen Staaten, ganz zu schweigen von einem Vergleich mit westlichen Industriestaaten.

Zweifellos reduzieren die einem solchen System und den realwirtschaftlichen Dimensionen eigenen Trägheitsmomente den Wirkungsgrad jeglicher politischen Initiative von Anbeginn an auf Bruchteile der theoretisch entwickelten Konzepte. Die Vorstellung, die politische Zustimmung eines Generalsekretärs, ja auch eines ZK-Beschlusses oder eines Plandokuments für die wirtschaftliche Entwicklung habe eine höhere Chance zur Durchsetzung tiefgreifender Strukturveränderungen am Sozialprodukt oder gar einschneidender Korrekturen am etablierten Wirtschaftssystem als in den pluralistisch verfaßten Staaten des Westens, wird durch die Entwicklung der vergangenen 30 Jahre widerlegt.

Wichtiger Faktor hierbei ist das Phänomen einer mit Parkinsonscher Gesetzmäßigkeit wachsenden Bürokratie — logische Konsequenz der Dimension des Landes und eines historisch tief verwurzelten Mißtrauens sowjetischer Politik gegenüber irgendwelchen Abstrichen an der zentralen Kontrolle über gesellschaftliche Prozesse im Lande. Das Wirtschaftsleben wird im Zuge der Planaufstellung, Plandurchführung und Rechenschaftslegung durch eine Papierlawine zweifelhafter Relevanz gebremst. So beziffert das Akademiemitglied Alexej M. Rumjanzew das Volumen der jährlich umlaufenden Dokumente im Bereich der Wirtschaft auf 800 Milliarden, von denen er rund 90 Prozent als „nutzlos“ bezeichnet<sup>4)</sup>. Beispielsweise sind für die Produktion eines einfachen Bügeleisens 60 Unterschriften erforderlich; der Umfang der gespeicherten Daten zu wirtschaftlichen Vorgängen betrug 1980 mehr als 10<sup>13</sup> Informationseinheiten und steigt bei wachsender

<sup>4)</sup> A. Rumjancev, Informacija k razmyšljenju. I tolko?, in: Trud vom 12. Mai 1983.

Komplexität der Wirtschaft zwangsläufig weiter. Das Problem sowjetischer Wirtschaftsplanung im traditionellen System zentraler Leitung wurde von dem sowjetischen Kybernetiker Viktor M. Gluschkow mit der Feststellung beschrieben, bei arithmetischem Wachstum der Produktion steige der Rechenaufwand der Planung im geometrischen Maßstab.

Der Einsatz elektronischer Datenverarbeitung stützt bei Fortbestehen der traditionellen vertikalen Organisationsstrukturen eher das Streben nach Vollständigkeit der statistischen Erhebung und hat bislang nur zu erheblich erhöhtem Papieraufwand und Personaleinsatz geführt. Wichtigster Einwand gegen

die vermutete grundsätzliche Lösbarkeit des Dilemmas von „diseconomies of scale“ ist die unausweichliche Verzerrung der verarbeiteten Informationen. Angesichts obsoleter Preise und der Praxis geschönter Berichterstattung durch Wirtschaftseinheiten auf der unteren und mittleren Ebene, die im Rahmen eines bestehenden Systems geplanter Erfolgsindikatoren an einer Minimierung des Outputs bei gleichzeitiger Maximierung des Inputs interessiert geblieben sind, dringen bloße Rationalisierungsmaßnahmen nicht zum Kern der Probleme vor. Hieran hat sich nichts geändert; angesichts der langfristig eingespielten Gewohnheiten kann sich auch wenig ändern.

### III. Bröckelnde Wirtschaftsbasis

Im Bereich der Wirtschaftspolitik ist die Ausgangslage für Gorbatschow alles andere als beruhigend. Verglichen mit anderen Bereichen der Innenpolitik ist die Dringlichkeit von Korrekturen in der Wirtschaftspolitik und der Reorganisation des Wirtschaftssystems ohne Zweifel am größten. In einer seiner jüngsten Reden sagte Gorbatschow: „Es darf keine Zeit verloren werden. Von der Lösung dieser Frage (des unzulänglichen Wachstumstempos) hängen die sozioökonomische Entwicklung des Landes, die Festigung seiner Verteidigungsfähigkeit und die Verbesserung des Lebens der sowjetischen Menschen ab.“<sup>5)</sup>

Einige Schlüsseldaten zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft von 1966 bis 1984 mögen das Problem veranschaulichen<sup>6)</sup>: Das Wachstum des verwendeten Sozialprodukts der UdSSR (in sowjetischer Definition das Materielle Netto-Produkt) verringerte sich von 7,1 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1970 auf 2,6 Prozent im Jahr 1984. In den entsprechenden Zeiträumen halbierte sich das Wachstum der industriellen Bruttoproduktion auf 4,2 Prozent (1984), der Zuwachs der Investitionen sank von 7,4 Prozent (1966 bis 1970) auf bloße 2 Prozent (1984). Star-

ken Schwankungen war das Wachstum der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion unterworfen; die durchschnittliche Wachstumsquote sank von immerhin 3,9 Prozent in den Jahren 1966 bis 1970 auf 1,7 Prozent (1976 bis 1980). Es folgte ein Rückgang um 2 Prozent im Jahr 1981. Nach leichter Erholung in den beiden folgenden Jahren stagnierte die Produktion 1984 auf dem Stand des Jahres 1983.

Für den internationalen Vergleich wie auch für die Selbsteinschätzung sowjetischer Wirtschaftspolitik ist ein Vergleich der absoluten Größen des Bruttosozialprodukts (westlicher Definition) pro Kopf der Bevölkerung in der UdSSR und in den USA aufschlußreich. Diese statistische Meßgröße ergab für die UdSSR 1975 einen Stand von 49,3 Prozent des Vergleichsvolumens für die USA. Seither hat sich der Abstand noch etwas vergrößert (das Pro-Kopf-Sozialprodukt der UdSSR betrug 1983 nur mehr rund 47 Prozent des amerikanischen).

Auf ungleich niedrigerem absoluten Niveau signalisiert der Rückgang der Wachstumsraten des Sozialprodukts somit ein Einschwenken der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung auf den frustrierenden Stagnationstrend westeuropäischer Volkswirtschaften zu Beginn der achtziger Jahre. Die Ursachen sind freilich andere. Neben kurzfristig wirksamen Faktoren (klimabedingte Ernteauffälle) machen sich langfristige Engpässe bei der Beanspruchung natürlicher und menschlicher Ressourcen bemerkbar, die sich korrigierenden Maßnahmen der Wirtschaftspolitik entziehen. So wachsen die Kosten der Erschließung

<sup>5)</sup> Prawda vom 12. April 1985.

<sup>6)</sup> Vgl. hierzu die folgenden Arbeiten: M. A. Crosnier, *L'Économie Soviétique au ralenti*, in: *Le Courrier des Pays de l'Est*, (1985) 292; H.-H. Höhmann, *Die sowjetische Wirtschaft nach dem Wachstumstief: Stagnation, Zwischenhoch oder anhaltender Aufschwung?*, in: ders./H. Vogel (Hrsg.), *Osteuropas Wirtschaftsprobleme und die Ost-West-Beziehungen*, Baden-Baden 1984.

von Energieträgern und Rohstoffen sowie ihres Transports über immer längere Entfernungen; der Zuwachs des Arbeitskräftepotentials bei unzulänglicher regionaler Mobilität dürfte bis 1990 0,4 Prozent nicht übersteigen. Dabei können auch die unter Andropow eingeleiteten und nunmehr fortgesetzten Maßnahmen zur Disziplinierung des Faktors Arbeit und der verstärkte Druck auf die Betriebe zum Abbau innerbetrieblicher Arbeitskräfte-Reserven hier keine dauerhafte Entlastung bringen. Hemmend wirken sich auch die langjährige Vernachlässigung zentraler Bereiche der Infrastruktur (insbesondere im Transportsektor) und die generelle „Überdehnung“ der Kapitaldecke durch forcierte Investitionen in neue Anlagen aus, die zu Lasten der Erneuerung von Ausrüstungen bestehender Betriebe ging. Mit diesen wenig flexiblen realwirtschaftlichen Begrenzungen sind zugleich die Entwicklungsmöglichkeiten der sowjetischen Wirtschaft bis zum Jahr 1990 umrissen: Nach Einschätzung der kompetentesten Analytiker des Westens liegt der Spielraum für das Wachstum der sowjetischen Wirtschaft zwischen 2 und maximal 3 Prozent jährlich<sup>7)</sup>.

Angesichts der rückläufigen Verfügbarkeit extensiver Wachstumsfaktoren kommt dem technisch-organisatorischen Fortschritt — d. h. den realisierten wirtschaftlichen Innovationen — entscheidende Bedeutung bei der Sicherung eines befriedigenden Wirtschaftswachstums und des damit definierten verteilungspolitischen Spielraums zu<sup>8)</sup>. Allerdings sind die diesem Faktor in den Jahren 1976 bis 1983 zurechenbaren durchschnittlich 0,5 Prozent Wachstum des Bruttosozialprodukts im internationalen Vergleich zu wenig für einen optimistischen Ausblick in die nähere Zukunft. Entsprechend gilt denn auch diesem Problem die Hauptaufmerksamkeit in den angekündigten wirtschafts- und ordnungspolitischen Initiativen. So formulierte Gorbatschow auf dem außerordentlichen Plenum des Zentralkomitees der KPdSU am 11. März 1985, daß „die vordersten Positionen in Wissenschaft und Technik zu erreichen und in der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit das Weltniveau zu erreichen“<sup>9)</sup> eine schwer

zu bewältigende Aufgabe bleibe. Nach wie vor dämpfen die Erfolgsparameter für den sowjetischen Manager die Bereitschaft zur Übernahme jener Risiken, die unvermeidlich mit Produkt- und Prozeßinnovationen verbunden sind. Unter dem Gesichtspunkt der erklärten Aufholstrategie ist andererseits die dramatische Beschleunigung im Tempo des technischen Fortschritts der führenden Industriestaaten des Westens in den letzten Jahren entmutigend.

Die Chancen der UdSSR, eine verschärfte Gangart im Rüstungswettlauf mit den USA durchzuhalten, hängen nur bedingt von der Fähigkeit der Politiker ab, das Wachstumstempo der Volkswirtschaft zu steigern. In Betracht kommen hierfür wirtschaftspolitische Maßnahmen (Umstrukturierung der Investitionen, Lohndifferenzierung bei gleichzeitiger Verbesserung des Konsumgüterangebots) sowie ordnungspolitische Korrekturen am Wirtschaftssystem (Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen, ohne freilich so weit in Richtung marktgesteuerter Mechanismen zu gehen wie Ungarn). Die Proportionen in der Verwendung des Sozialprodukts für Konsum (1982: 54 Prozent), Investitionen (33 Prozent) und Rüstung (13 Prozent) stehen hingegen nicht ernsthaft zur Disposition, da die innenpolitischen Risiken intensiver Verteilungskämpfe zu groß wären. Innerhalb des gegebenen quantitativen Rahmens (definiert in Rubel und Prozent)<sup>10)</sup> bleibt indes die Fähigkeit zur deutlichen Verbesserung der qualitativen Aspekte entscheidend. Dazu zählen: das technologische Niveau von Waffensystemen und Ausrüstungen, die Qualität der Ausbildung sowie die Flexibilität des militärischen Systems und der dieses tragenden zivilen Infrastruktur. Die Basis der sowjetischen Fähigkeit zur Großmacht hängt damit unmittelbar von der Durchsetzbarkeit von Reformen ab, die an die Substanz des etablierten Systems rühren, da sie einen Abbau direkter bürokratischer Kontrollen durch hochzentralisierte Apparate voraussetzen<sup>11)</sup>.

<sup>10)</sup> F. Walter, Zur amerikanischen Neueinschätzung des Trends der Verteidigungsausgaben der UdSSR — Zuverlässigkeit und Aussagekraft der Schätzungen, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), (1985) 1.

<sup>11)</sup> Den Spielraum konventioneller Systemkorrekturen zeigt: H.-H. Höhmann, Wirtschaftsreformen in der UdSSR: Wege zur Effizienzsteigerung oder Sackgassen? in: Sowjetunion, 1984/1985.

<sup>7)</sup> Ph. Hanson, Brezhnev's Economic Legacy, in: The Soviet Economy after Brezhnev, NATO Colloquium, 11.—13. April 1984, Brüssel 1984.

<sup>8)</sup> H. Vogel, Produktivitätssteigerung durch beschleunigten technischen Fortschritt — eine Reserve der sowjetischen Wirtschaftspolitik?, in: Osteuropa-Wirtschaft, 29 (1984) 3.

<sup>9)</sup> Neues Deutschland vom 12. März 1985.

## IV. Ein neuer Mensch oder der alte Adam?

Die Gründungsväter der Oktoberrevolution hatten erwartet, daß die arbeitende Bevölkerung, wenn sie erst einmal vom Joch des Kapitalismus befreit sei, das Werk des Sozialismus in großer Selbstlosigkeit vollenden würde. Der Elan, der damals viele noch beseelt hatte, ist jedoch inzwischen längst einer realistischen Einschätzung oder sogar einer Skepsis gewichen. Zum Teil ist die Bevölkerung sogar enttäuscht, da ihre Wünsche nach einer rascheren Erhöhung des Lebensstandards nicht erfüllt worden sind. Noch immer stehen dem Sowjetbürger nur neun Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, eine Hausfrau in Moskau benötigt etwa zwei Stunden täglich zum Einkaufen<sup>12)</sup>. Die Parteiführung wiederum will nicht verstehen, warum die arbeitende Bevölkerung so sehr gegen die Arbeitsdisziplin verstößt. Fast drohend erinnert man an ein „altes Ideal der sozialistischen Gerechtigkeit“ (in Wirklichkeit ein Bibelwort): „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“<sup>13)</sup> Mit Appellen allein aber wird man die Sowjetbürger kaum zu Höchstleistungen anspornen können.

Als die sowjetischen Dissidenten von sich reden machten, glaubten einige westliche Beobachter, daß bald aus dem Funken die Flamme schlagen werde. In Wirklichkeit aber blieben die Systemkritiker Einzelgänger. Eine Protestbewegung mit einer Massenbasis wie etwa in Polen erscheint im Augenblick in der Sowjetunion undenkbar; das Gros der Bevölkerung, vor allem die Russen, ist systemkonform. Man identifiziert sich, wenn schon nicht mit der Partei, so doch mit dem Staat. Vor allem der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland hatte dem Land einen enormen patriotischen Auftrieb gegeben, der bis heute anhält. Während nach dem Zweiten Weltkrieg alle Kolonialreiche zerbrachen, konnte die Sowjetunion ein Imperium aufbauen, und es sind sicher auch nicht nur die Russen, die den Aufstieg der UdSSR zur Supermacht mit Genugtuung verfolgt haben. Offensichtlich hält die überwiegende Mehrheit der Sowjetbürger Moskau ganz selbstverständlich für das einzig legitime Zentrum des sozialistischen Lagers und des Weltkommunismus. Dagegen war es nur eine Handvoll von Regimekritikern, die sich vom Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR distanzierte.

<sup>12)</sup> Vgl. hierzu die Unterhaltung mit V. D. Patrušev, in: Izvestija vom 10. Oktober 1984.

<sup>13)</sup> Trud vom 10. März 1985.

Die Millionen, die der sowjetsozialistischen Ordnung ihre Karriere verdanken, haben auch wenig Grund, mit ihrem Staat unzufrieden zu sein. Intelligenten und ehrgeizigen Leuten haben sich Karrieren eröffnet, die ihren Eltern noch verschlossen waren. Ebenfalls hat der nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich gestiegene Lebensstandard natürlich zur Konsolidierung der sowjetischen Herrschaft beigetragen. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß man durch Wohlverhalten am ehesten in den Genuß besonderer Vergünstigungen gelangt.

Für die Intelligenz ist das Maß der Unfreiheit sicher schwerer zu ertragen als für den Durchschnittsbürger. Im Vergleich zu der Zeit vor 1917 ist die sowjetische Intelligenz aber erstaunlich zurückhaltend. Sie versteht sich nicht mehr als das schlechte Gewissen der staatlichen Macht, sondern als deren Träger. Schließlich genießt sie große Privilegien und ist, wenn überhaupt, nur hinter verschlossenen Türen zu wirklicher Kritik am politischen System bereit.

Viele Anzeichen deuten allerdings darauf hin, daß in den letzten Jahren das Stimmungsbaremeter in der Sowjetunion gefallen sein muß. Dies ist nicht zuletzt auf die unbefriedigende Situation des Warenangebots zurückzuführen. Inzwischen beurteilt die Bevölkerung die Zukunft ihres Landes pessimistischer<sup>14)</sup>. Die Vision einer von Grund auf erneuerten Welt ist längst verblaßt, und der Glaube an die von der Partei verordneten Werte hat sehr stark an Boden verloren. Der Niedergang der Moral äußert sich in Form von Korruption auf allen Ebenen der Gesellschaft, Wirtschaftskriminalität und verschiedenen Verweigerungshaltungen (Alkoholismus, Drogensucht, Aussteigertum). Allenthalben wird eine Flucht in die Kunst, in die Religion oder ins Privatleben registriert.

Der Nonkonformismus ist in den nichtrussischen Nationalitäten der UdSSR stärker ausgeprägt als in der RSFSR, dem Siedlungsgebiet der Russen. Für Moskau sind die Tendenzen einiger Nationalitäten und Religionsgemeinschaften, sich mehr Luft zu verschaffen,

<sup>14)</sup> Ständiges Sekretariat für die Koordinierung der bundesgeförderten Osteuropaforschung (Hrsg.), Die Sowjetunion zwischen Systemerhaltung und Reform. Bericht über eine deutsch-amerikanische Konferenz in der Winterscheider Mühle bei Bonn vom 21.—23. Juni 1983, S. 55 ff.

viel ernster als die als Polemiken perzipierten Äußerungen der Dissidenten, denn die baltischen und kaukasischen Völker sowie ein Teil der Ukrainer haben sich den Russifizierungstendenzen nachdrücklich widersetzt. Auf alle Überfremdungsversuche reagiert man mit einem prononcierten Nationalgefühl. Der Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung, gegenwärtig 52 Prozent, wird zu Beginn des neuen Jahrhunderts auf 46 Prozent zurückgehen. Gleichzeitig wird der Anteil der

mittelasiatischen Völker von heute 14 Prozent auf 21 Prozent steigen. Sollten diese Berechnungen stimmen, dann würde in 15 Jahren die Jugend der zentralasiatischen Unionsrepubliken 40 Prozent der sowjetischen Jugend ausmachen — kein einfaches Problem für die sowjetischen Streitkräfte und die Arbeitskräftepolitik. Allerdings ist die Annahme, die Sowjetunion werde am Nationalitätenproblem zugrunde gehen, wohl nur Wunschdenken mancher Beobachter.

## V. Ideologischer Stillstand

Zwar hält die sowjetische Propaganda unverändert an den alten Leitbildern des Marxismus-Leninismus fest, hinter den stehengelassenen Fassaden der Ideologie jedoch hat sich in der Bevölkerung eine Bewußtseinsveränderung vollzogen. Andrej Sacharow hat darauf bezogen schon vor Jahren vom Absterben des Marxismus-Leninismus gesprochen<sup>15)</sup> — eine ironische Umkehrung des Leninschen Postulats vom Absterben des Staates. Nichtsdestoweniger sind die Grundwerte der marxistischen Ideologie präsent, teils weil sie der Bevölkerung nach jahrzehntelanger Indoktrination in Fleisch und Blut übergegangen sind, teils weil sie inzwischen mit dem Sowjetpatriotismus zu einer unlösbaren Einheit verschmolzen sind.

Wenn freilich die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Erstarrung der Sowjetunion einer neuen Dynamik weichen sollte, müßte die sowjetische Ideologie auf mittlere Sicht entrümpelt werden. In der jüngsten Vergangenheit hat es Versuche gegeben, wenigstens auf zwei Gebieten neue Fragen zuzulassen. Einige Ideologen erkannten an, daß es auch im Sozialismus antagonistische Widersprüche geben könnte, also Konflikte wie zum Beispiel in Ungarn 1956, in der ČSSR 1968 und in Polen 1980/81. Sicher war dies keine sensationelle Erkenntnis, sie stellte aber immerhin eine Annäherung an die Wahrheit

und für Dogmatiker alter Prägung eine Häresie dar. Die Verfechter der Theorie von den antagonistischen Widersprüchen, als deren Schutzpatron Tschernenko angesehen werden konnte, mußten allerdings 1984 kapitulieren<sup>16)</sup>.

Eine Weile konnte man auch den Eindruck gewinnen, als sei man in der Sowjetunion sogar bereit, die Frage nach dem Sinn des Lebens mit größerem Freimut diskutieren zu lassen<sup>17)</sup>, doch würgten auch hier die Dogmatiker eine Neubesinnung sehr rasch ab. Generell wurde statuiert, daß der Kernbestand der „reinen Lehre“ nicht revidiert werden könne. So erklärte Tschernenko diesbezüglich auf dem ZK-Plenum im Juni 1983: „Doch es gibt Wahrheiten, die keiner Veränderung unterliegen, Probleme, die seit langem und eindeutig gelöst wurden.“<sup>18)</sup> Im Rahmen einer derart restriktiven Auslegung des Marxismus-Leninismus bleibt es beim Recycling der sattsam bekannten Dogmen. Auch als Gorbatschow 1984 die Zuständigkeit auf dem ideologischen Sektor erhalten hatte, war nichts von einer größeren Flexibilität zu spüren, allerdings könnte er weniger Wert auf ideologische Finessen legen und sich stärker für konkrete Resultate in Wirtschaft und Gesellschaft interessieren.

<sup>16)</sup> H. Dahm, Die Ideologie als Chiffre der Politik. Das sozialökonomische Krisenbewußtsein und seine politische Verfälschung, (Manuskript).

<sup>17)</sup> Ebd.

<sup>18)</sup> Prawda vom 15. Juni 1983.

<sup>15)</sup> Sacharow, O strane i mire, New York 1976, S. XV.

## VI. Der Weltkommunismus

Die Politiker in Moskau glaubten und glauben, im Marxismus-Leninismus ein einzigartiges Instrument zu besitzen, das ihnen Röntgenbilder vom inneren Zustand der Staaten in der ganzen Welt liefern werde. Vom Standpunkt ungebundener Beobachter waren ihre Diagnosen allerdings ganz und gar nicht überzeugend. Obwohl sie Deutschland, England, Frankreich, Italien und die USA aus eigener Anschauung kannten, hatten Lenin und seine Mitstreiter ziemlich unrealistische Vorstellungen von „den Arbeitern“ im Westen. Ihre ungeduldige Hoffnung auf eine proletarische Revolution in den Industrieländern blieb eine Fata Morgana. Statt dem Ruf des Marxismus zu folgen, leisteten die deutschen Arbeiter 1941 überwiegend dem Befehl Hitlers Gehorsam, der den Sowjetstaat vernichten wollte.

Aus sowjetischer Sicht aber hatten sich freilich Lenins Lehren gerade in den kritischsten Momenten bewährt. Hatte nicht 1945 die Kommunistische Partei, gestützt auf den Marxismus-Leninismus, den Sieg über das nationalsozialistische Deutschland davongetragen? Regieren nicht inzwischen in 15 Ländern die Kommunisten? Sind nicht andere Staaten wie Afghanistan, Kambodscha, Angola und vielleicht sogar Nicaragua auf dem besten Wege, sozialistische Staaten im Sinne Moskaus zu werden? Gibt es nicht inzwischen 94 kommunistische Parteien mit 80 Millionen Mitgliedern?

Diese Bilanz steckt voller Beschönigungen, wenn nicht Unwahrheiten. Was als Triumph des Sozialismus gefeiert wird, war oft in Wirklichkeit nur das Ergebnis einer brutalen Machtpolitik. Den Polen, Ostdeutschen, Rumänen, Bulgaren, Ungarn und Nordkoreanern ist das kommunistische System aufoktroiert worden. Aus eigener Kraft siegten die Kommunisten allerdings in Jugoslawien, China und Vietnam. In Kuba bekannten sich die Revolutionäre erst nach ihrem Sieg zum Marxismus-Leninismus. Die sozialistischen Länder aber, die nicht unmittelbar von der Sowjetunion kontrolliert werden konnten, entzogen sich meistens dem ideologischen und politischen Unfehlbarkeitsanspruch: Jugoslawien, Albanien, China und Nordkorea. Viele der nichtregierenden kommunistischen Parteien, die die sowjetischen Propagandisten für ihre Zwecke bemühen, sind zumindest numerisch

bedeutungslos: die Parteien Amerikas (Kuba ausgenommen), Afrikas und des Nahen Ostens. Eine Reihe kommunistischer Parteien, darunter die mitgliedstarke KP Italiens, hat sich von Moskau getrennt und steht auf eigenen Füßen. Selbst die KP Frankreichs, die bei weitem nicht so widerborstig wie ihre italienische Schwesterpartei war, hatte wiederholt Probleme mit der KPdSU.

Der Marxismus-Leninismus, wie ihn die sowjetischen Gralshüter vertreten, hat in der Welt erheblich an Attraktivität eingebüßt. Seinerzeit wurden die Schriften von Lenin, Trotzki und Bucharin, ja selbst die von Stalin von Tausenden gelesen. Heute nimmt man die Broschüren von Boris Ponomarew nicht einmal mehr zur Kenntnis. Die sowjetische Propaganda macht es sich zu einfach, wenn sie „beispiellose“ Kampagnen des Imperialismus für das nachlassende Echo ihrer Ideologie verantwortlich macht.

Die Ausweitung des sozialistischen Lagers hat auch nicht zu einem automatischen Machtzuwachs Moskaus geführt; der Abfall Pekings illustriert das deutlich. Nicht einmal im engsten Bezirk dieses Lagers, in der Sozialistischen Staatengemeinschaft, kann sich die UdSSR allzu sicher fühlen. Kuba und Vietnam sind wirtschaftliche Zuschußgeschäfte, Polen eine Belastung, Rumänien ein langjähriges Problem. Obwohl sich in den jüngsten Jahren ausschließlich Länder der Dritten Welt dem sowjetischen Imperium anschlossen wie Kuba, Vietnam sowie Laos, und andere Staaten wie Äthiopien und Angola sich an Moskau orientieren, hat der Kreml den weltrevolutionären Prozeß nicht aufgegeben. Das Gesetz, unter dem die russischen Kommunisten 1917 angetreten sind, läßt es offensichtlich nicht zu, daß die UdSSR sich als saturierte Großmacht begreift. Selbst wenn sich Kräfte in der Sowjetunion durchsetzten, die inzwischen die Folgekosten des proletarischen Internationalismus scheuen, könnten sie den weltrevolutionären Prozeß, der sich verselbstständigt, nicht mehr stoppen.

Alles wird davon abhängen, wieviel sich Moskau die „Sympathien“ für die Revolutionäre kosten lassen kann. Einige „progressive“ Regime wie etwa Moçambique haben in jüngster Zeit zu spüren bekommen, daß die sowjetischen Geldquellen nicht sehr stark sprudeln.

## VII. Osteuropa — eine Krisenzone

Die UdSSR betrachtet Bulgarien, die ČSSR, die DDR, Polen, Rumänien und Ungarn als unverzichtbare Bastionen an ihrer Westgrenze. Diese Staaten gehören dem Warschauer Pakt an und müssen mit einem militärischen Eingreifen rechnen, wenn sie sich zu weit von den in Moskau festgesetzten Normen innen- und außenpolitischen Wohlverhaltens entfernen. Von Anfang an waren Moskaus Beziehungen zu seinen osteuropäischen Zwangsverbündeten mit schweren Hypotheken belastet. Die Mehrheit der Osteuropäer erkennt allem Anschein nach die Sowjetunion nicht als eine politisch wie wirtschaftlich effiziente oder kulturell höherstehende Macht an. Polen, Ostdeutsche, Tschechen, Slowaken, Rumänen, Ungarn und auch die Bulgaren haben traditionell stärkere Bindungen an den Westen als die Sowjetunion. Wie schwer sich der Sowjetsozialismus in Osteuropa einbürgern läßt, hat man erst vor geraumer Zeit in Polen erleben können, wo binnen Wochen eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung mit zehn Millionen Mitgliedern entstand. Auf natürliche Weise ist die UdSSR in den Ländern des Warschauer Pakts ganz offenkundig nicht hegemoniefähig. Ihre Vormachtstellung basiert im wesentlichen auf ihrer militärischen Stärke.

Stagnation und Führungsschwäche, die sich seit den letzten Breschnew-Jahren immer deutlicher in Moskau bemerkbar machten, haben den Osteuropäern vor allem in der Wirtschaftspolitik größere Spielräume beschert. Verglichen mit dem Immobilismus der Sowjetunion bieten heute die Staaten Osteuropas ein Bild relativer Vielfalt. Rumänien verfolgt schon des längeren außenpolitisch, Ungarn wirtschaftlich einen eigenen Kurs. Das krisengeschüttelte Polen erfuhr in der Stunde der Not aus Moskau Kritik, erhielt

aber weder ausreichende Finanzhilfe noch ein erfolgsversprechendes Rezept, um der Wirtschaftsmisere Herr zu werden. Wojciech Jaruzelski sucht dementsprechend eine nationale Lösung. Trotz Knebelung der „Solidarność“ erlaubt sein Regime den Polen eine Meinungsvielfalt, wie sie in keinem anderen Land Osteuropas herrscht.

Als die Sowjetunion nach dem Abbruch der Gespräche in Genf eine Politik der Verweigerung und Selbstisolierung betrieb, nahmen es einige osteuropäische Staaten auf sich, den Dialog mit den Westeuropäern weiterzuführen. Der ungarische ZK-Sekretär Mátyás Szűrös wies angesichts der Sprachlosigkeit der Supermächte expressis verbis den kleinen und mittleren Staaten die Aufgabe zu, ein günstiges Verhandlungsklima zwischen Moskau und Washington vorzubereiten<sup>19)</sup>. Erich Honecker und Todor Schiwkoff hatten sich Ende 1984 für einen Besuch in der Bundesrepublik angesagt und stellten erst auf Druck Moskaus diese Reisen zurück. Janos Kadar freilich reiste unbeirrt nach Paris.

Gorbatschow hat es im Warschauer Pakt mit Parteiführern zu tun, die deutlich selbstbewußter auftreten als noch zu Breschnews Zeiten. Wenn er die Entfremdung zu den osteuropäischen Verbündeten nicht größer werden lassen will, muß er ihnen mehr Leine lassen. Dies aber liefe letzten Endes auf einen gewissen politischen Spielraum, einen begrenzten Pluralismus hinaus.

Solange andererseits die osteuropäischen Länder nicht den Weg gehen können, den sie selbst gewählt haben, ist und bleibt Osteuropa mit seinen mehr als 100 Millionen Einwohnern eine von politischen Erdbeben gefährdete Zone.

## VIII. Schwierige sozialistische Staaten

Außer den sechs osteuropäischen Ländern gehört noch die Mongolische Volksrepublik zum Kernbestand des sowjetischen Hegemonialverbunds. Kuba und Vietnam, die Mitglieder des RGW sind, sowie Laos zählen zwar ebenfalls zur „Sozialistischen Staatengemeinschaft“, könnten aber, falls sie einen abweichenden Kurs verfolgen wollten, wegen der

räumlichen Entfernungen nicht so leicht zum Einlenken gezwungen werden. Sie sind gegenwärtig wirtschaftlich wie waffentechnisch sehr stark auf die Unterstützung der Sowjetunion angewiesen.

<sup>19)</sup> Gy. Józsa: Ungarn im Kreuzfeuer der Kritik aus Prag und Moskau, in: Berichte des BIOst, (1985) 5, S. 20.

Vier weitere sozialistische Staaten, nämlich Albanien, China, Jugoslawien und Nordkorea, erkennen Moskau politisch und ideologisch nicht mehr als Zentrum an. Am schärfsten sind die chinesischen Kommunisten in den sechziger Jahren mit der UdSSR ins Gericht gegangen. Sie hatten 1966 die Beziehungen zur KPdSU abgebrochen und der Sowjetunion den Charakter eines sozialistischen Staates abgesprochen. Seit dem Sturz Chruschtschows sind von Moskau fast verzweifelte Anstrengungen unternommen worden, die Kontakte zu Peking zu verbessern. China verlangte allerdings als Voraussetzung für eine Normalisierung bis vor kurzem einen hohen Preis: die Reduzierung der sowjetischen Truppenstärke an seiner Nordgrenze, Abzug der sowjetischen Truppen aus der Mongolei und Afghanistan und schließlich Distanzierung von Vietnams Expansionsdrang. Spätestens seit dem Amtsantritt Andropows hat man in Moskau den Zeitpunkt für günstig gehalten, eine Teileinigung mit den chinesischen Kommunisten anzustreben. Nachdem Gorbatschow zum Generalsekretär gewählt worden war, zeigte er in seiner Antrittsrede vor dem ZK eine so deutliche Bereitschaft, mit Peking in Verhandlungen einzutreten, daß die chinesische Seite nicht nur den neuen sowjetischen Parteichef als „Genosse“ titulierte, sondern die Sowjetunion wieder in den Rang eines sozialistischen Staates erhob<sup>20)</sup>. Die Wiederaufnahme von Beziehungen zwischen der KPdSU und der KP Chinas sind damit in den Bereich der Möglichkeiten gelangt.

## IX. Die Beziehungen zum Westen

Als die Vereinigten Staaten 1975 Vietnam aufgaben und unter dem Schock des militärischen Mißerfolgs ihr Engagement in der Dritten Welt verringerten, scheint man in Moskau geglaubt zu haben, der „Imperialismus“ sei generell auf dem Rückzug. Noch auf dem XXV. Parteikongreß der KPdSU (1976) äußerte sich Breschnew in kaum verhohlener Siegeszuversicht: „Buchstäblich vor unseren Augen ändert sich die Welt, und sie ändert sich zum Besseren.“<sup>22)</sup> Nicht nur Südvietnam, sondern auch Laos und Kambodscha wurden

<sup>20)</sup> D. Heinzig, in: Aktuelle Analysen des BIOst vom 1. August 1985.

<sup>21)</sup> H. Timmermann, in: Aktuelle Analysen des BIOst vom 8. Januar 1985.

<sup>22)</sup> Prawda vom 25. Februar 1976.

Noch ist nicht zu erkennen, ob Peking seine alten Forderungen (sowjetischer Abzug aus Afghanistan sowie der Mongolei, Truppenverdünnung an der gemeinsamen Grenze sowie Absage an den militärischen Ehrgeiz Vietnams) auf dem Altar sowjetisch-chinesischer Annäherung teilweise zu opfern gedenkt. Daß die Sowjets sich aus Afghanistan zurückziehen und ihre dortigen Verbündeten dem sicheren Untergang überlassen, läßt sich kaum vorstellen. Es ist auch nicht zu erkennen, daß sie die Vietnamesen zur nationalen Selbstbeschränkung auffordern wollen oder können.

Selbst wenn es zu einer Annäherung zwischen Moskau und Peking kommt, sind die vielen offenen Fragen der beiden Kontrahenten nicht gelöst. Eine neue Allianz der Volksrepublik China mit der Sowjetunion wie zur Zeit Stalins dürfte sich nach allen bitteren Erfahrungen Pekings allerdings verbieten.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß man in Moskau früher oder später die Idee des Weltkommunismus dadurch wiederbeleben könnte, daß man das Gemeinsame der verschiedenen Parteien unter Ausklammerung des Trennenden hervorhebt. 1984 erklärte Gorbatschow in Rom, die Kritik Enrico Berlinguers sei nicht umsonst gewesen. Es ist allerdings noch ein weiter Weg, bis Moskau den internationalen Kommunismus gewissermaßen durch eine ökumenische Bewegung ersetzen könnte. Bemühungen um ein Weltkonzil sind bislang nicht erfolgreich gewesen<sup>21)</sup>.

in den kommunistischen Machtbereich einbezogen, die Sowjetunion vermochte ihren Fuß in die Türen von Südjemen, Äthiopien, Angola und Moçambique zu setzen.

Die Entspannungspolitik in Europa, die 1975 in der Schlußakte von KSZE ihren Ausdruck fand, konnte von einer verstärkten sowjetischen Aufrüstung begleitet werden, ohne daß dies im Westen zunächst große Aufmerksamkeit auf sich gezogen hätte. Erst als die Sowjetunion 1979 in Afghanistan einmarschierte, wuchs in Washington die Entschlossenheit, der sowjetischen Herausforderung massiv entgegenzutreten.

Ende 1979 wurde die sowjetische Führung, die unbeeindruckt von Warnungen westlicher

Politiker seit 1977 SS-20 Mittelstreckenraketen aufgestellt hat, durch den Doppelbeschluss der NATO spürbar irritiert. Noch gereizter reagierte sie, als die westeuropäischen Staaten trotz einer intensiven Einschüchterungskampagne nicht von der Aufstellung der Pershing II-Raketen und Cruise Missiles abgeschreckt werden konnten. So war es eine Geste frustrierter Hilflosigkeit, als Moskau die Genfer Verhandlungen verließ. Die sich anschließende Phase der Selbstisolierung ist sicherlich auch im Zusammenhang mit Unsicherheiten in der Führung der Partei zu sehen. Sie bot gleichzeitig aber Gelegenheit zu einer Zwischenbilanz der gesamten Außen- und Sicherheitspolitik. Selbstgefällige und auftrumpfende Töne, wie sie noch am Ende der Ära Breschnew die sowjetische Propaganda durchzogen („Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Sache des Sozialismus“), traten zurück; in den sowjetischen Analysen mehrten sich Formulierungen, die auf die Folgekosten einer weiteren Ausdehnung des Engagements in der Dritten Welt hinweisen.

Erst die Ankündigung des amerikanischen Programms zur Entwicklung eines Systems weltraumgestützter Abwehrwaffen (SDI) bot eine Gelegenheit zur Wiederaufnahme des Dialogs mit den USA, der dann mit dem Besuch Außenminister Gromykos im Weißen Haus im September 1984 begann. Bemerkungen sowjetischer Politiker lassen erkennen, daß sich Moskau fürs erste von diesem amerikanischen Programm selbst nicht ernsthaft gefährdet sieht. Die Führung der UdSSR

mußte jedoch erkennen, daß sie in den USA einen Rivalen gefunden hat, der die Geschäftsgrundlage der bilateralen Beziehungen in den siebziger Jahren — das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit — nicht länger akzeptiert und, gestützt auf ein ungeheures ökonomisch-technologisches Potential, Überlegenheit anstrebt. Um so schwerer wiegt die Erkenntnis eigener Schwächen im Bereich technologischer Innovationen und wirtschaftlicher Belastbarkeit.

In dieser Situation kommt Westeuropa, das auf den sowjetischen Einschüchterungsversuch mit engerer sicherheitspolitischer Anlehnung an die USA reagiert, gleichzeitig aber auf der Fortsetzung des politischen Dialogs und der ökonomischen Kooperation mit der UdSSR bestanden hatte, gesteigerte Bedeutung zu. Im Vordergrund stehen die Wirtschaftsbeziehungen angesichts einer mittelfristig nicht reversiblen Abhängigkeit der Sowjetunion von Importen westlicher (keineswegs nur militärisch relevanter) Technologie, während sich gleichzeitig ihre Exportchancen bei schrumpfender Nachfrage und sinkenden Preisen für Energieträger verringern. Der Appell an die Staaten Westeuropas zum behutsamen Umgang mit dem „gemeinsam bewohnten Haus Europa“ ist logische Konsequenz einer Situation, in der der Hauptrivale weit weniger kooperationsbereit ist. Wieweit freilich eine solche „Außenpolitik der zweiten Wahl“ eine Abkoppelung Westeuropas von den USA fördern kann, hängt weniger von den Sirenenklängen sowjetischer Propagandisten ab als von der Standfestigkeit westeuropäischer Politik beim Ausbau eines eigenen Standorts.

## X. Der verbleibende Spielraum

Selbst wenn man eine rasche Konsolidierung der innenpolitischen Machtbasis des neuen Generalsekretärs in der sowjetischen Führung unterstellte, bliebe der Spielraum für neue Initiativen oder gar Durchbrüche gering. Die zweite Hälfte der achtziger Jahre muß für die Sicherung des in der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft Erreichten genutzt werden. Die Quellen früherer Dynamik im Inneren sind erschöpft, ohne daß damit freilich ein Zusammenbruch des Sowjetstaates zu erwarten wäre. Das Eigengewicht des Produktionspotentials dieses Staates und die Reserven eines jederzeit verstärkt mobilisierbaren Patriotismus dürfen keinesfalls unterschätzt werden.

In der Außenpolitik deutet alles auf Sicherung des Imperiums, vor allem in Osteuropa hin, bestenfalls auf ein fortgesetztes behutsames Wahrnehmen sich bietender Gelegenheiten. Eine gesteigerte Bereitschaft zum militärischen Konflikt mit den USA ist auszuschließen. Kosten/Nutzen-Überlegungen dürften bei Aktivitäten in der Dritten Welt eine wachsende Rolle spielen und wohl auch mit zunehmender Kompetenz der Führung berücksichtigt werden. Erst nach einer Atempause kann wohl wieder mit einer sowjetischen Außenpolitik gerechnet werden, die die Herausforderung der Führungsmacht des Westens annimmt.

# Bestimmungsfaktoren und Tendenzen sowjetischer Außenpolitik in den achtziger Jahren

## I. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten des Sowjetsystems, die einzuschlagende Politik in einer Generallinie festzuschreiben. Ein hochzentralisiertes System, dessen Politik praktisch von einigen Männern bestimmt wird, braucht zentrale „Vorgaben“, um sich orientieren zu können, die verschiedene Apparate des Systems auf die so definierten Ziele ausrichten und die ökonomischen und gesellschaftlichen Ressourcen dafür zu mobilisieren. Die in internen Diskussionen hinter verschlossenen Kreml-Toren ermittelte Generallinie wird gewöhnlich auf Parteitag verkündet und fixiert. Danach hat jeder Parteifunktionär und Staatsdiener die Pflicht, sich daran zu halten und sich für seine Verwirklichung einzusetzen<sup>1)</sup>.

Auf dem 26. Parteitag im Februar 1981, dem letzten, der Leonid Iljitsch Breschnew als Generalsekretär sah, war bemerkenswert, daß dieser erstmals einräumte, daß es bei der Vorbereitung des Parteitages im Politbüro zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war. Es seien unterschiedliche Ansichten geäußert worden sowie zahlreiche Bemerkungen und Vorschläge zu den im Politbüro anstehenden Fragen gemacht worden. Diese Fragen seien gründlich analysiert und auch Sonderkommissionen des Politbüros zur Untersuchung der Probleme gebildet worden<sup>2)</sup>.

Dies konnte nicht weiter überraschen, wurde auf dem Parteitag doch eine nicht unerhebliche Korrektur der Generallinie der vorangegangenen zwei Parteitage von 1971 und 1976 vorgenommen<sup>3)</sup>. Lag das Schwergewicht bei jenen auf der internationalen Tätigkeit und Außenpolitik, so wurde nunmehr die *Vorrangigkeit der Innenpolitik* betont.

Dies geschah nicht von ungefähr. Seit Ende der siebziger Jahre zeigten sich in der Sowjet-

union und den anderen sozialistischen Staaten schwere Krisenerscheinungen. Das Wirtschaftswachstum war stark rückläufig, in der Landwirtschaft folgte ein Katastrophenjahr dem anderen und zwang zu immer größeren Getreideimporten, die Konsumgüterversorgung entwickelte sich rückläufig und nahezu sämtliche Industriezweige waren inzwischen technisch veraltet und produzierten mit viel zu hohem Energie- und Rohstoffverbrauch bzw. Arbeitskräfteanteil. In den siebziger Jahren war es nicht gelungen, das extensive in ein intensives Wirtschaftswachstum überzuleiten. Die UdSSR trat mithin zu Beginn der achtziger Jahre in eine *Strukturkrise* ein. Unverkennbar war die Nutzung der ökonomischen Ressourcen während der siebziger Jahre zur äußeren Machtentfaltung auf Kosten der inneren Entwicklung und Versorgung gegangen<sup>4)</sup>.

Erklärte Breschnew noch auf dem 25. Parteitag 1976, daß sich die KPdSU bei der Verwirklichung ihrer internationalen Tätigkeit vollkommen auf die Wirtschafts- und Verteidigungskraft des Landes stütze, „auf sein geistiges Potential, auf alles, was das sowjetische Volk durch seine Arbeit geschaffen“ habe, so

4) Vgl. etwa H. H. Höhmann, Von Breschnew zu Andropow: Bilanz und Perspektiven sowjetischer Wirtschaftsentwicklung, in: Sowjetunion, 1982, S. 113ff.; W. Seiffert, Kann der Ostblock überleben?, Bergisch-Gladbach 1983; Z. Mlynář, Krisen und Krisenbewältigung im Sowjetblock, Köln 1983. Am aufschlußreichsten über den Zustand der sowjetischen Wirtschaft zu Beginn der 80er Jahre ist immer noch der Rechenschaftsbericht von L. I. Breschnew (Anm. 2) selbst. Schließlich soll daran erinnert werden, daß die ersten Versuche, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen, in den sozialistischen Ländern nicht erst mit der Gründung von Solidarność in Polen 1980 einsetzten, sondern bereits Ende 1977 in der Sowjetunion; 1978 wurde dann ein zweiter Versuch unternommen wurde (SMOT). Vgl. A. Schwendtke, (Hrsg.), Arbeiteropposition in der Sowjetunion, Reinbek bei Hamburg 1980; über den Einfluß der polnischen Ereignisse auf die Sowjetunion, siehe: P. Ramet, Innenpolitische Determinanten der sowjetischen Interventionspolitik. Zu den Auswirkungen der tschechoslowakischen und polnischen Krise auf den Westen der UdSSR, in: Osteuropa, 3 (1985), S. 181 ff.

1) Faktisch entscheidet das Politbüro über die Richtlinien der Politik. In vielen Fällen ist aber dies nicht voll besetzt und es entscheidet ein innerer Zirkel, eine Art „Ausschuß“ des Politbüros.

2) L. I. Breschnew, Rechenschaftsbericht an den 26. Parteitag, Moskau 1981, S. 95.

3) Freilich ohne dies ausdrücklich zuzugeben.

ging er jetzt scharf mit der „Tatsache“ ins Gericht, daß „bei vielen Waren des Bevölkerungsbedarfes die Produktionspläne seit Jahren nicht erfüllt“ worden seien: „In all diese Dinge muß unverzüglich Ordnung gebracht werden.“<sup>5)</sup>

Dies waren in der Tat neue Töne, die zeigten, daß vor dem Hintergrund der sich in Polen entfaltenden Massenbewegung für eine Erneuerung des Landes die sowjetische Führung in Sorge um den innenpolitischen Konsens im eigenen Lande war. Dieser hatte sich im Laufe der Jahre der Nach-Stalin-Ära herausgebildet und bestand darin, daß die Bevölkerung die Machtverhältnisse und die Politik des Regimes akzeptierte, wenn dieses einen zwar langsamen, aber stetig steigenden Lebensstandard garantieren konnte<sup>6)</sup>. Eben dieser drohte jedoch am Ende der siebziger Jahre ernsthaft in Gefahr zu geraten, und die Ereignisse in Polen führten vor Augen, mit welchen unkalkulierbaren Entwicklungen gerechnet werden mußte, wenn dieser Konsens völlig zusammenbrach. Die Sowjetführung hatte mithin eine Reihe guter Gründe, vom „revolutionären Optimismus“, der sie in den siebziger Jahren beseelte, abzulassen und ihre Lage nüchtern zu betrachten.

Hinzu kam noch, daß die heftige Reaktion auf den Einmarsch in Afghanistan dazu verholfen hatte, in den Vereinigten Staaten einen Präsidenten ins Amt zu bringen, der sich die Eindämmung sowjetischer Macht ausdrücklich zum Ziel gesetzt hatte.

Standen auf dem 25. Parteitag noch der „proletarische Internationalismus“ und die „Völkerfreundschaft“ im Mittelpunkt, „von der wir nicht abgehen“, wie Breschnew ausführte, so erklärte er nunmehr die Ökonomie und die Wirtschaftspolitik als „entscheidenden Frontabschnitt im Wettstreit mit dem Kapitalismus“<sup>7)</sup>. Unter die offensive Dritte-Welt-Politik wurde ein Schlußstrich gezogen, indem erklärte wurde, daß in den siebziger Jahren die „Liquidierung der Kolonialreiche faktisch abgeschlossen worden“ sei<sup>8)</sup>. Statt dessen unterstrich Breschnew jetzt für das Zentralkomitee, daß die letzten Jahre nicht die günstigsten für

die Volkswirtschaften einer Reihe sozialistischer Länder gewesen seien und „wir alle“ daran interessiert seien, daß „der sozialistische Markt imstande ist, die wachsenden Bedürfnisse der Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu befriedigen“<sup>9)</sup>.

Als Ergebnis des Parteitages wurde angesehen, daß die Außenpolitik ein günstiges äußeres Umfeld für die Lösung der inneren Probleme zu schaffen habe. Die Generallinie wurde dahin gehend abgeändert, daß der „Kampf für die Festigung des Friedens und für die Vertiefung der Entspannung“ definiert wurde als Mittel, „die notwendigen äußeren Bedingungen für die Lösung der vor dem Sowjetvolk stehenden schöpferischen Aufgaben“<sup>10)</sup> zu sichern.

Diese Umorientierung schlug sich auch in der Gestaltung des 11. Fünfjahrplans (1981—1985) nieder. Erstmals in der Geschichte der Sowjetunion wurde der Zuwachs der Leichtindustrie, Grundlage der Konsumgüterindustrie, höher angesetzt als die traditionell bevorzugte Schwerindustrie, die die Basis der Rüstungsindustrie bildet<sup>11)</sup>. Dies bedeutete eine nicht unerhebliche Verschiebung der jahrelang festgelegten Gewichte. Noch im Sommer 1980 hatte das Zentralkomitee nach einem Referat von Außenminister Andrej Gromyko einen Beschluß gefaßt, in dem die außenpolitische Linie des 24. und 25. Parteitages bestätigt und „eine größtmögliche Stärkung der Verteidigungskraft unseres Staates“ sowie weitere „Unterstützung des Kampfes der Völker um Freiheit und Unabhängigkeit“ bestätigt wurde<sup>12)</sup>. Jetzt dagegen forderte Breschnew sogar die Rüstungsindustrie auf, die Modernisierung der Leicht-, Lebensmittel- und medizintechnischen Industrie zu unterstützen, da sie über eine „besonders starke wissenschaftliche Basis“ verfüge<sup>13)</sup>.

<sup>9)</sup> Ebd., S. 13.

<sup>10)</sup> Ebd., S. 8.

<sup>11)</sup> Dokumente zum XXVI. Parteitag, Moskau 1981, S. 22; vgl. auch L. I. Breschnew (Anm. 2), S. 66.

<sup>12)</sup> Prawda vom 24. Juni 1980

<sup>13)</sup> L. I. Breschnew (Anm. 2), S. 59f. Das Hauptproblem der sowjetischen Wirtschaft besteht darin, daß die moderne Technologie zuerst in den Rüstungssektor gelangt und erst nach Jahren in den zivilen Bereich „durchsickert.“ Das Plansystem erschwert zusätzlich die Übernahme neuer Techniken. Jüngst teilte Tschernenko mit, daß die Schwerindustrie sich bereits zu 30 Prozent an der Konsumgüterproduktion beteiligt (Neues Deutschland vom 23./24. Februar 1984).

<sup>5)</sup> L. I. Breschnew (Anm. 2), S. 65.

<sup>6)</sup> Vgl. V. Zaslavsky, In geschlossener Gesellschaft, Berlin 1982, S. 8.

<sup>7)</sup> L. I. Breschnew (Anm. 2), S. 11.

<sup>8)</sup> Ebd., S. 6.

## II. Kräfteverschiebung in der kollektiven Führung

Diese Umorientierung ging unverkennbar mit einer Kräfteverschiebung in der kollektiven Führung einher. Angesichts der bereits weit fortgeschrittenen Hinfälligkeit Breschnews, vor allem aber unter dem Druck der Ereignisse und Entwicklungen, trat der Einfluß der außen- und sicherheitspolitischen Verbündeten des Parteichefs, Außenminister Andrej Gromyko<sup>14)</sup> und Verteidigungsminister Ustinow, hinter den Einfluß der langjährigen engsten innenpolitischen Mitarbeiter Breschnews, nämlich Konstantin U. Tschernenko und Nikolaj Tichonow, zurück. Tichonow hatte 1980 Ministerpräsident Alexej Kossygin abgelöst. Tschernenko rückte seit 1978 kontinuierlich in den Vordergrund. Es gilt als ziemlich sicher, daß er maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung des 26. Parteitages hatte. Besser als die meisten Mitglieder der Führung, vielleicht mit Ausnahme von KGB-Chef Jurij Andropow, kannte er die Stimmung in der Bevölkerung, da er die zahlreichen, beim Zentralkomitee einlaufenden Briefe aus der Bevölkerung auswertete<sup>15)</sup>. Mit der Formulierung, „die Briefe und Vorschläge der Werktätigen sind als lebendiger Strom für die Verbindung der Partei mit den Massen von überaus großer Bedeutung“, hob Breschnew seinen Mitarbeiter indirekt auf dem 26. Parteitag hervor<sup>16)</sup>. Tschernenko avancierte so zum „natürlichen“ Nachfolger Breschnews als Generalsekretär. Außenpolitisch gehörte er zu den Verfechtern einer Zusammenarbeit mit dem Westen und der Abrüstung. So war es kein Zufall, daß er 1975 der sowjetischen KSZE-Delegation in Helsinki angehörte ebenso wie der Delegation, die Breschnew im Sommer 1979 nach Wien zur Unterzeichnung des SALT-II-Abkommens begleitete<sup>17)</sup>.

Indessen formierte sich gegen die neue Parteilinie eine „innere Opposition“. Generalstabschef Ogarkow warnte im Sommer 1981

<sup>14)</sup> Zur Rolle Gromykos in der Politik Breschnews siehe jetzt A. Schewtschenko, „Bruch mit Moskau“, in: Der Spiegel, 6 (1985), S. 121. Schewtschenko, der enger Mitarbeiter Gromykos war, bestätigt einmal mehr die Erkenntnisse westlicher Ostfachleute hinsichtlich der sowjetischen Führung.

<sup>15)</sup> H. Brahm, Konstantin Tschernenkos langer Marsch durch den Apparat, in: Osteuropa, 6 (1984), S. 415.

<sup>16)</sup> L. I. Breschnew (Anm. 2), S. 101. Über die Stimmung in der Bevölkerung siehe auch die interessanten Mitteilungen von KGB-Major Vladimir Kuzichkin „Andropow, the KGB and Corruption in Russia“, in: The Sunday Telegraph vom 23. Januar 1983, S. 8.

<sup>17)</sup> H. Brahm (Anm. 15), S. 415.

vor den Folgen nachlassender Rüstungsanstrengungen und forderte eine weitere Forcierung der Militarisierung der Wirtschaft gemäß der Militärdoktrin<sup>18)</sup>. Verteidigungsminister Ustinow warnte vor dem „imperialistischen Kurs einer Verschärfung der internationalen Lage und des Wettrüstens“. Er verwies auf die Militärprogramme der neuen amerikanischen Regierung unter Ronald Reagan und die Nachrüstung der NATO. Zugleich unterstellte er den USA, „Präventivschläge“ auf die UdSSR vorzubereiten, und betonte: „Wir haben die Möglichkeit, eine militärische Überlegenheit der USA nicht zuzulassen.“<sup>19)</sup>

Außenminister Gromyko sprach davon, daß die Menschheit in einer verantwortungsvollen Zeit lebe, wo die Frage entschieden werde, wie sich die internationalen Beziehungen künftig gestalten würden. Kontrastreich hätten sich in der Welt zwei Strategien herausgebildet. Eine sei auf Frieden gerichtet und werde von der UdSSR verfolgt, eine andere zielle auf militärische Überlegenheit und werde von militärischen Kreisen der USA und der NATO betrieben<sup>20)</sup>.

Ohne direkt eine Revision der Linie des 26. Parteitages zu fordern, gelang es dem außen- und sicherheitspolitischen „Establishment“ unter Ausnutzung der forschen Rhetorik der amerikanischen Reagan-Administration, die Breschnew-Tschernenko-Tichonow-Linie unter Druck zu setzen<sup>21)</sup>. Kurz vor seinem Tod entschloß sich Breschnew daher, nochmals vor den versammelten Militärs aufzutreten und zu versprechen, daß das Zentralkomitee Vorbereitungen treffe, „damit sie al-

<sup>18)</sup> Verteidigung friedlicher Bestrebungen, in: Kommunist, 10 (Juli 1981), S. 80ff.

<sup>19)</sup> Gegen Wettrüsten und Kriegsgefahr, in: Prawda vom 25. Juli 1981.

<sup>20)</sup> Zwei Richtungen in der Weltpolitik, in: Prawda vom 29. Januar 1982.

<sup>21)</sup> B. Meissner, Der Zweite Führungswechsel nach Breschnew, in: Osteuropa, 6 (1984), S. 401. Dagegen forderte der ZK-Sekretär der internationalen Abteilung, die die Kommunistischen Parteien des Auslands und andere prosovjetsche Organisationen leitet, Boris Ponomarjow, in der Prawda vom 16. Juni 1982, „nie das Endziel der revolutionären Kommunisten aus dem Auge zu verlieren“. Es könne zwar Fehler und zeitweilige Niederlagen geben, führte er aus, doch es stehe Kommunisten an, die revolutionären Leistungen unserer Epoche höher einzuschätzen „als die nichtigen, spießbürgerlichen Vorstellungen von der ‚Konsumgesellschaft‘“. Ein deutlicher Seitenhieb auf die Linie Tschernenkos.

les Nötige haben". Besonders lobte er Verteidigungsminister Ustinow als „Garanten“ militärischer Interessen<sup>22)</sup>.

Dies war kein Zufall, denn mit der Militärführung im Rücken hatte sich Ustinow inzwischen zur Schlüsselfigur in der kollektiven Führung entwickelt. Wie stets, wenn die politische Führung zerstritten oder gespalten war, konnte das Militär seinen Einfluß nunmehr bedeutend ausweiten und sich als ausschlaggebender Machtfaktor in der Nachfolgefrage profilieren. Ustinow war es denn auch, der schließlich im November 1982 Andropow gegen Tschernenko als Nachfolger Breschnews zum neuen Generalsekretär im Politbüro durchsetzte<sup>23)</sup>. Generalstabschef Ogarkow erklärte nun, Breschnew habe genaue Anweisungen zur weiteren Erhöhung der technischen Ausrüstung der Streitkräfte gegeben<sup>24)</sup>.

Andropow bekannte sich denn auch in seiner Antrittsrede zur Politik der Stärke: „Wir wissen sehr wohl, daß man den Frieden bei den Imperialisten nicht erbitten kann. Man kann ihn nur behaupten, gestützt auf die unüberwindliche Macht der sowjetischen Streitkräfte.“<sup>25)</sup>

Dennoch war sein Versprechen vor dem Zentralkomitee, die auf dem 26. Parteitag festgelegte Linie fortzusetzen<sup>26)</sup> und dafür Sorge zu tragen, daß „diese Aufgaben gelöst und unbedingt gelöst werden“, nicht unbegründet. Diese Zusage, nämlich „Erweiterung der Produktion und Erhöhung der Qualität der Lebensmittel und industriellen Verbrauchsgüter“<sup>27)</sup>, diente nicht nur der Gewinnung der Anhänger Tschernenkos im Parteiapparat, der selbst nun 2. Sekretär wurde, sondern entsprach durchaus auch Andropows eigenen politischen Vorstellungen.

Auch in der Außenpolitik war seiner Überzeugung nach, wie er schon 1976 ausführte, eine Politik der friedlichen Koexistenz, „die bekanntlich Verhandlungen, Abkommen, das Suchen nach gegenseitig annehmbaren Lö-

sungen und zuweilen nach Kompromissen, die Aufnahme einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Staaten“ bedingten, erforderlich<sup>28)</sup>.

Wesentlicher Gesichtspunkt der Ernennung Andropows war es indes, die starke Stellung Ustinows und seines Verbündeten Gromyko entscheidend zu festigen. Obwohl Gromykos Stellung als engster außenpolitischer Berater Breschnews bereits 1973 durch seine Aufnahme in das Politbüro (ohne vorherigen Kandidatenstatus) unterstrichen wurde, konnte er jetzt seine Position durch die Ernennung zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten im Februar 1983 noch erweitern. Er wurde damit faktisch mit der Autorität eines Ministerpräsidenten ausgestattet, da die Kompetenz von Ministerpräsident Tichonow auf Wirtschaftsangelegenheiten beschränkt blieb. Zugleich ermöglichte ihm diese Kompetenzerweiterung jetzt auch, die Außenpolitik mit dem Verteidigungsministerium Ustinows zu koordinieren<sup>29)</sup>.

Die Parteibürokratie, die Tschernenko als einen der ihren ansah und deshalb hinter ihm stand, mußte nun ihre traditionelle Dominanz in der Führung einer Koalition von Männern überlassen, die außerhalb des Parteiapparates standen und vor allem die Interessen ihrer Bürokratien verfolgten<sup>30)</sup>.

<sup>28)</sup> J. Andropow, *Leninismus — die Wissenschaft und Kunst revolutionären Schöpfertums*, Moskau 1976, S. 25. Diese Passage wurde in der Ausgabe von J. Andropow, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Berlin (Ost) 1983, verändert. Vgl. dort S. 148f.

<sup>29)</sup> A. Gromyko, *Den Frieden auf Erden erhalten*. Reden und Schriften, Köln 1984, S. 42f.

<sup>30)</sup> Gromyko hat seine Karriere ausschließlich im Außenministerium gemacht. Ustinow war zwar von 1965 bis 1976 ZK-Sekretär für Rüstung, ein ausgesprochener Rüstungsspezialist, der bereits 1941 einen Rüstungsbetrieb leitete. Nach 1976, als er Verteidigungsminister geworden war, schied er wieder aus dem ZK-Sekretariat aus. Andropow war ebenfalls von 1957 bis 1967 ZK-Sekretär für die regierenden Kommunistischen Parteien Osteuropas und Chinas, Kubas, Nord-Vietnams usw. Als er KGB-Chef wurde, schied aber auch er aus dem ZK-Sekretariat wieder aus. Als KGB-Chef beschäftigte er sich vor allem mit den Operationen im Ausland. Vgl. dazu das Interview mit dem KGB-Major Lewtschenko, in: *Der Spiegel*, 7 (1983), S. 127f. 1979 erhielt Andropow von Breschnew den Lenin-Orden überreicht für sein „aktives Mitwirken in der internationalen Politik unserer Partei“, vgl. Ch. Schmidt-Häuer, *Das sind die Russen*, Hamburg 1982, S. 184f. Erst ein halbes Jahr vor seiner Ernennung zum Generalsekretär wechselte er wieder ins Sekretariat des ZK über, weil nur aus diesem Kreis der Generalsekretär ernannt wird.

<sup>22)</sup> *Prawda* vom 27. Oktober 1982, vgl. auch: Z. Medwedjew, *Andropow — Der Aufstieg zur Macht*, Hamburg 1983, S. 140f., 147.

<sup>23)</sup> *Ebd.*, S. 139ff.

<sup>24)</sup> Laut Deutsche Presseagentur vom 4. November 1982.

<sup>25)</sup> *Neue Zeit*, 47 (November 1982), S. 1.

<sup>26)</sup> *Ebd.*

<sup>27)</sup> Rede vom 22. April 1982, in: *Prawda* vom 23. April 1982.

### III. Differenzen über die Entspannungspolitik

In der Sowjetführung bildeten sich jetzt zwei Richtungen heraus:

a) Eine pragmatisch orientierte Gruppe um Tschernenko<sup>31)</sup> und seinen engsten Verbündeten, Ministerpräsident Tichonow, repräsentierte die Parteibürokratie und Wirtschaftsverwaltung. Sie bestand auf der Fortsetzung der auf der Linie des 26. Parteitages festgelegten Orientierungen zur Bewältigung der ökonomischen und sozialen Probleme. In der Außenpolitik forderte sie eine Fortsetzung der Entspannungspolitik und die Rückkehr zur Zusammenarbeit mit dem Westen. Ihre Vertreter plädierten daher für einen Interessenausgleich mit den USA und ein neues Arrangement mit der anderen Weltmacht. Ein Einfrieren der Rüstungen und Abrüstung sollte wirtschaftliche Entlastung bringen und Konfliktfelder mit den USA abbauen. Auch gegenüber China traten sie für eine Normalisierung der Beziehungen ein.

b) Dieser Gruppe stand ein außen- und sicherheitspolitisches Establishment gegenüber, das in der Politik Präsident Reagans eine Gefährdung für die im Laufe der siebziger Jahre erreichte günstige internationale Stellung der UdSSR erblickte. Dessen Vertreter forderten daher, daß die „historischen Erfolge“ in der internationalen Politik unbedingt verteidigt werden müßten, was ein energisches Auftreten gegenüber den Versuchen der USA erfordere, das neu entstandene Kräfteverhältnis, das sich in der Welt herausgebildet habe und die historischen Siege der Sowjetunion reflektiere, wieder in Frage zu stellen. Gegen die USA müsse daher in dieser Situation eine scharfe Politik der Gegenoffensive durchgeführt werden, um sie zur Aufgabe ihrer Politik der Rückkehr zur Stärke zu nötigen. Die weltweiten Friedenskräfte seien zu mobilisieren, um die amerikanische Administration unter Druck zu setzen. Außerdem müßten militärische Gegenmaßnahmen ergriffen werden, um das militärische Kräfteverhältnis zu erhalten. Es waren vor allem Ustinow und Gromyko, die diese Politik zum Ausdruck brachten.

Parteichef Andropow, der auf die Unterstützung beider Gruppen angewiesen war, versuchte zwischen beiden Richtungen einen Konsens herbeizuführen. In seiner Antrittsrede sprach er davon, daß die Entspannungs-

<sup>31)</sup> Schewtschenko bestätigt diese Diagnose in: *Der Spiegel*, 8 (1985), S. 14.

politik nicht lediglich eine Episode gewesen sei, sondern „Zukunft habe“<sup>32)</sup>.

Wie erwähnt, war Andropow selbst ein Anhänger der Koexistenzpolitik mit dem Westen. Daher bemühte er sich um eine Entkrampfung des Verhältnisses zu den USA, das nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 sowie durch die Verhängung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981 abermals eine Verschärfung erfahren hatte. Er empfing den einstigen amerikanischen Botschafter in Moskau aus der Zeit der Kriegscoalition, Harriman, und lobte bei dieser Gelegenheit die frühere gute Zusammenarbeit. Gegenüber einer in Moskau weilenden Delegation des US-Kongresses sprach er sich für eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen aus.

Während die pragmatisch orientierte Führungsgruppe bei entsprechender Flexibilität der Sowjetunion auch eine Änderung der Haltung der amerikanischen Regierung und eine größere Bereitschaft zu einer Wiedernäherung erwartete<sup>33)</sup>, forderten die an der traditionellen Machtpolitik orientierten Führer indes eine entschiedene Haltung und offensives Auftreten gegenüber den USA. Ihr Konfrontationskurs erinnerte dabei an die Taktik der Sowjetunion in den späten vierziger Jahren. Die schärfsten Töne schlug Verteidigungsminister Ustinow an. „Unter den Bedingungen der zunehmenden Kriegsgefahr“, so betonte er, „wäre es unsererseits völlig unzulässig, die friedliche Arbeit der Völker in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft einem Risiko auszusetzen und sie von ‚Friedensbeteuerungen‘ der Einpeitscher des nuklearen Rüstungswettlaufes abhängig zu machen.“ Dies ließ zugleich erkennen, daß die Pragmatiker die Friedensbekundungen Präsident Reagans positiv für ihre Politik verbuchten. Ustinow forderte weiter: „Wir müssen eine Antwort geben, daß der Selbsterhaltungstrieb die Oberhand gewinnt über die Absicht, eine Aggression gegen uns zu entfachen.“<sup>34)</sup>

Auch Außenminister Gromyko fand in seinem Grundsatzreferat<sup>35)</sup> über die Außenpoli-

<sup>32)</sup> Rede vom 22. November 1982, in: J. Andropow, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Berlin (Ost) 1983, S. 244.

<sup>33)</sup> N. A. Tichonov, *Sowjetische Wirtschaft. Erfolge, Probleme, Aussichten*, Moskau 1983, S. 189.

<sup>34)</sup> TASS-Interview, in: *Neues Deutschland* vom 1. August 1983.

<sup>35)</sup> A. Gromyko (Anm. 29), S. 432 ff.

tik vor dem Obersten Sowjet scharfe Töne für die Politik der USA. Er stellte einen Ausgleich nur für den Fall in Aussicht, daß die USA von ihren Rüstungsplänen abließen und zur Haltung der siebziger Jahre zurückkehrten, als Präsident Nixon die UdSSR als gleichberechtigte Supermacht anerkannt und ihr „gleiche Sicherheit“ mit den Vereinigten Staaten zugestanden hatte<sup>36)</sup>.

Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Konfrontationspolitik durch den Flugzeugzwischenfall über der Insel Sachalin im September 1983, als sowjetische Jäger ein südkoreanisches Verkehrsflugzeug abschossen. Andropow war bereits zu diesem Zeitpunkt durch Krankheit nicht mehr auf seinem Posten. Die Sowjetführung interpretierte den Vorgang jetzt als eine Provokation gegen die Sowjetunion und Verteidigungsminister Ustinow schickte Generalstabschef Ogarkow vor die Weltpresse, um die militärische Entschlossenheit der UdSSR zu demonstrieren<sup>37)</sup>.

Als der US-Kongreß zwei Wochen nach dem Flugzeugzwischenfall einen Rekord-Verteidigungshaushalt verabschiedete<sup>38)</sup>, erblickte die sowjetische Führung darin den Beweis dafür, daß die US-Regierung das Flugzeug über sowjetisches Territorium geschickt habe, um durch die sowjetische Reaktion vor dem Kongreß den Beleg für die Gefährlichkeit der Sowjetunion liefern zu können und den Rüstungshaushalt durchzusetzen. Eine geharnischte Erklärung, „Andropow-Erklärung“ bezeichnet, stellte Ende September den „militaristischen Kurs“ Washingtons heraus. Mit Blick auf die Entspannungspolitiker, die auf ein Einlenken der USA hofften, wurde festgestellt: „Wenn jemand bisher noch Illusionen hinsichtlich einer möglichen Evolution der Politik der gegenwärtigen amerikanischen Administration zum besseren gehegt hatte, so wurden diese durch die jüngsten Ereignisse endgültig zerstört.“<sup>39)</sup> Die Entspannungsbefürworter konnten erst gegen Ende der Erklä-

<sup>36)</sup> Siehe dazu die Ausführungen Schewtschenkos über das 1972 von den USA und der UdSSR verabschiedete Grundsatzdokument, das die „Gleichheit“ beider festschrieb: „Daß die USA das Gleichheitsprinzip anerkannt hatten, beglückte die Sowjets am meisten“, in: Der Spiegel, 9 (1985), S. 160.

<sup>37)</sup> Vgl. Neues Deutschland vom 10./11. September 1983.

<sup>38)</sup> Vgl. Congress Quarterly, 17. September 1983, S. 120. Es handelte sich um den Beschluß des Vermittlungsausschusses, der seine Sitzung bereits am 15. Juni beschlossen hatte. Über die von Präsident Reagan in einer Radiosendung am 6. 9. 1983 geforderte Entscheidung über die MX-Rakete wurde indes nicht entschieden, sondern erst im November.

<sup>39)</sup> Neue Zeit, 41 (Oktober 1983), S. 5.

rung ihre Auffassung, daß man mit den USA in Frieden leben wolle, mit der Bemerkung darlegen: „Unser Kurs zielt wie bisher auf die Erhaltung des Friedens, auf Entspannung und Eindämmung des Wettrüstens, auf die Erhaltung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Das ist der feste Wille der KPdSU, des gesamten Sowjetvolkes.“<sup>40)</sup>

Gegen Ende 1983 setzte sich angesichts der krankheitsbedingten Abwesenheit Andropows der Flügel um Ustinow und Gromyko vollends durch. Diese veranlaßten einen Abbruch der Genfer Abrüstungsverhandlungen, nachdem durch einen Beschluß des Bundestages die Nachrüstung in der Bundesrepublik eingeleitet werden sollte. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde nunmehr von der Rückgängigmachung der Stationierung der amerikanischen Raketen abhängig gemacht. In der DDR und Tschechoslowakei wurden neue Kurzstreckenraketen in Stellung gebracht. Der Abbruch der Ost-West-Beziehungen sollte nun verstärkten Druck auf die US-Regierung ausüben und die westliche Öffentlichkeit und den US-Senat gegen Präsident Reagan aufbringen<sup>41)</sup>.

Am 6. Dezember 1983 hielt der erst im Juni 1983 in das ZK-Sekretariat aufgerückte und ganz unverkennbar zum Flügel des „Sicherheitsetablishments“ gehörende ZK-Sekretär Romanow anläßlich der Revolutionsfeierlichkeiten die schärfste von einem Sowjetführer seit langem gehörte Rede. Er beschuldigte die USA eines „Kreuzzuges“ gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten. Deutlich bezog er Gegenposition zu den Pragmatikern, indem er ausführte, daß es angesichts der äußerst angespannten internationalen Lage nur schwer möglich sei, auf dem Wege der Entspannung, der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung voranzukommen. Seine Ausführungen gipfelten in der Aussage, daß für die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR nur eine feste Grundlage in Frage komme: „Sollen die amerikanischen Kapitalisten uns in Ruhe lassen. Wir werden sie in Ruhe lassen.“<sup>42)</sup>

Wenige Tage später antworteten die Entspannungspolitiker mit einem mit ziemlicher Sicherheit von Tschernenko verfaßten Nachruf

<sup>40)</sup> Ebd., S. 6.

<sup>41)</sup> Vgl. der Spiegel, 48 (1983), S. 133ff.

<sup>42)</sup> Prawda vom 6. November 1983 und Neues Deutschland vom 7. November 1983. Diese Passage wurde in einer deutschen Übersetzung der sowjetischen Presseagentur NOWOSTI weggelassen, vgl. in: Sozialismus: Theorie und Praxis, 2 (Februar 1984), S. 11.

auf den verstorbenen Breschnew, dessen Bemühen gewürdigt wurde, „positive Veränderungen in den internationalen Beziehungen“

herbeigeführt zu haben. Die Entspannung habe der Menschheit Zuversicht in die Zukunft vermittelt<sup>43)</sup>.

#### IV. Tschernenkos Bemühen um eine Wiederaufnahme der Beziehungen zu den USA

Die Ernennung Tschernenkos zum Nachfolger des im Februar 1984 verstorbenen Andropow im obersten Parteiamt brachte zwar die Dominanz der Parteifunktionäre an der Spitze des ZK-Sekretariats zurück, doch schien Tschernenko gesundheitlich bereits so angeschlagen, daß er zu bedeutenden außenpolitischen Initiativen nicht in der Lage sein würde. Aus diesem Grunde stimmten offensichtlich auch Gromyko und Ustinow seiner Nominierung als Übergangskandidat zu. Gleichzeitig rückte der 54jährige ZK-Sekretär Michail S. Gorbatschow in den Vordergrund. Er wurde 2. Sekretär und damit designierter Nachfolger im Amt des Generalsekretärs. Offensichtlich sollte die Übergangsphase unter Tschernenko es Gorbatschow erleichtern, sich in die Amtsgeschäfte einzuarbeiten.

Tschernenko bemühte sich indessen, obwohl er außenpolitisch von Gromyko und Ustinow eingebunden blieb, in Wort und Schrift um eine Wiederanknüpfung des Gesprächsfadens mit den Vereinigten Staaten. Bereits kurz vor seiner Ernennung hieß es im Wahlauf Ruf zum Obersten Sowjet seitens des Zentralkomitees: „Ungeachtet ihrer Kompliziertheit darf die

militärpolitische Lage nicht dramatisiert werden. Das Sowjetvolk hat gute Nerven.“<sup>44)</sup> In seiner Wahlrede im März 1984, kurz nach seiner Ernennung zum Generalsekretär, wandte sich Tschernenko dann selbst gegen eine von Verteidigungsminister Ustinow und den Militärs entfachte patriotische Propaganda gegen die angeblich heraufziehende Kriegsgefahr, indem er ausrief: „Die Menschen wollen Frieden und Ruhe, aber keine Kriegshysterie.“<sup>45)</sup>

Durch neue Vorschläge hoffte Tschernenko, Washington aus der Reserve locken zu können, da ihm die eigene Handlungsfähigkeit fehlte. Als Alternative zu den abgebrochenen Genfer Verhandlungen schlug er jetzt vor, über chemische Waffen zu verhandeln und einen „Verhaltenskodex“ zwischen den Supermächten zu vereinbaren<sup>46)</sup>. Im Mai regte er in einem Brief an amerikanische Wissenschaftler Gespräche mit den USA über eine „Verhinderung der Militarisierung des Welt raums“ an<sup>47)</sup>. Zur gleichen Zeit indes beharrte Verteidigungsminister Ustinow auf der Rückgängigmachung der Nachrüstung und erklärte kategorisch: „Unter Drohungen und Druck werden wir nicht verhandeln.“<sup>48)</sup>

#### V. Konflikt mit der DDR und die „Andropow-Doktrin“

Gromyko und Ustinow hatten Ende 1983 den Abbruch der Genfer Verhandlungen durchgesetzt, um durch eine gezielte Verschlechterung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses noch mehr Druck auf den Westen auszuüben. Man erwartete, daß die NATO in

<sup>43)</sup> Neues Deutschland vom 11. November 1983, S. 5.

<sup>44)</sup> Neues Deutschland vom 4./5. Februar 1984, S. 5. Der Aufruf wurde vom ZK-Sekretariat verfaßt, das die laufende Arbeit des Zentralkomitees wahrnimmt und seit der Krankheit Andropows von Tschernenko als 2. Sekretär geleitet wurde. Insofern kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß er dessen Handschrift trägt.

<sup>45)</sup> Prawda vom 3. März 1984. Es ist übliche Praxis, Kritik an den eigenen Genossen auf den Gegner zu projizieren.

eine tiefe Krise stürzen<sup>49)</sup> und die nervöse Öffentlichkeit in der Bundesrepublik einen Rückzug der amerikanischen Raketen fordern werde. Zur Steigerung der Furcht hatte man zusätzlich die Aufstellung von Raketen in der Tschechoslowakei und der DDR beschlossen. Wie Andropow bereits im Sommer 1983 gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl angekündigt hatte, sollte „ein Raketenzaun“ mitten durch Deutschland gehen, über den hinweg sich die beiden deutschen Staaten nicht mehr

<sup>46)</sup> Vgl. ebd.

<sup>47)</sup> Neues Deutschland vom 21. Mai 1984, S. 5.

<sup>48)</sup> Ebd., S. 2.

<sup>49)</sup> W. Nekrassow, Atlantische Fehlkalkulationen, in: Neue Zeit, 27 (Juli 1984), S. 18 ff.

würden verständigen können. Der von Ustinow und Gromyko betriebene Abbruch der Ost-West-Beziehungen sollte mithin auch das deutsch-deutsche Verhältnis einbeziehen und den Druck auf die Bundesregierung verstärken, im Interesse der Beziehungen zu Ost-Berlin auf die Stationierung zu verzichten.

Es sollte sich indes erweisen, daß die SED-Führung nicht bereit war, ihrerseits die sich entwickelnden deutsch-deutschen Beziehungen durch einen Anschluß an die Politik Moskaus zu gefährden.

Die krisenhafte Entwicklung seit Beginn der achtziger Jahre führte auch zu einem Wandel in den Beziehungen der UdSSR zu ihren Verbündeten. Die wirtschaftlichen Mißerfolge hatten zur Konsequenz, daß die sowjetische Führung den allgemeinen Leitbildcharakter ihres „Wirtschaftsmodells“ unter der Kritik der Verbündeten aufgab und ihnen nun eine eigene „nationale“ Suche nach Lösungen zur Stabilisierung ihrer Volkswirtschaften und Gesellschaften einräumte, um nicht länger für deren Mißerfolge „haftbar“ gemacht zu werden<sup>50</sup>). Dadurch brauchte sie sich nicht länger dem Vorwurf auszusetzen, sie schädige durch das Vorschreiben ihres „Modells“ die Interessen der Verbündeten<sup>51</sup>).

Im April 1982 gestand Andropow öffentlich: „Wir sind der Ansicht, daß für jedes Land diejenige Form die beste ist, die von seinem Volk angenommen wird und dessen Interessen und Traditionen entspricht.“ Daher könne die „sozialistische Ordnung“ auch „in den Einzelheiten unter Anpassung an nationale und nationalstaatliche(n) Besonderheiten sachgerecht abgeändert werden“<sup>52</sup>).

Diese „Andropow-Doktrin“ war zweifellos auch eine Folge der antisowjetischen Affekte, die die polnische Volksbewegung der Kommunistischen Partei Polens und der Regierung entgegenbrachte und bedeutete, auf die Wirtschafts- und Innenpolitik bezogen, das Gegenteil der „Breschnew-Doktrin“, nämlich, daß die Sowjetunion auf eine Intervention verzichtete, die jeweiligen Parteien und Regierungen selbst mit den Verhältnissen in ih-

<sup>50</sup>) Bereits Breschnew erwähnte dies auf dem 26. Parteitag. Vgl. L. I. Breschnew (Anm. 2), S. 11.

<sup>51</sup>) H. Schreiber, Sozialismus mit der „reichen Tante im Westen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. März 1985, S. 15.

<sup>52</sup>) Prawda vom 23. April 1982. Vgl. dazu auch: Gabriella Izik Hedri, Die Dialektik der nationalen und internationalen Interessen in der sozialistischen Gemeinschaft, in: Osteuropa, 4 (1985), S. 256 ff., sowie Lothar Jung, Zum Konflikt DDR—UdSSR, in Deutschland Archiv, 4 (1985), S. 392 ff.

rem Lande fertig werden müßten und die Sowjetunion sich auf äußeren Druck in diese Richtung beschränke, wie die Verhängung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981 zeigte.

Dieses Recht zur Eigenverantwortlichkeit in der Gestaltung der Wirtschafts- und Innenpolitik erweiterte den Handlungsspielraum der osteuropäischen Führungen beträchtlich und geriet 1984 im Falle der DDR in Widerspruch zu Moskaus Anspruch auf „Koordination“ der Außenpolitik im Rahmen des Warschauer Paktes. Das Interesse der DDR, sich verstärkt auf die westlichen Industriestaaten und Märkte zu konzentrieren, um ihr ehrgeiziges ökonomisches und soziales Programm nicht zu gefährden, und zu diesem Zweck auf keinen Fall die Beziehungen zur Bundesrepublik zu beeinträchtigen, sowie die Forderung des sowjetischen außen- und sicherheitspolitischen Establishments, aus taktischen Überlegungen die Ost-West-Beziehungen zu kappen, waren unvereinbar. Die SED-Führung stimmte zwar der Stationierung von sowjetischen Kurzstrecken-Raketen auf ihrem Territorium zu, glaubte aber damit — neben verbalen Verurteilungen der Nachrüstung — ihre Pflicht im Kampf gegen die Stationierung erfüllt zu haben und entschied sich unter dem Stichwort von der „Schadensbegrenzung“ für die Fortsetzung der Beziehungen zur Bundesrepublik<sup>53</sup>). Im Februar 1984 traf Erich Honecker anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für Andropow mit Bundeskanzler Kohl in Moskau zusammen; ein Besuch Honeckers in der Bundesrepublik wurde ins Auge gefaßt.

Indes regte sich im östlichen Bündnis bald Unmut über diesen Alleingang. Zunächst wurde die Haltung Ost-Berlins noch anonym durch das Parteiblatt der KPČ, *Rude Pravo*, in Prag verurteilt. Dieses führte aus, daß es sozialistische Staaten gebe, die sich bei den Kapitalisten einseitig wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen suchten<sup>54</sup>). Zu diesem Zeitpunkt schaltete sich auch die ungarische Führung ein und ließ durch ihre Blätter wissen, daß auch kleine Staaten mit Kontakten zu anderen Staaten in Westeuropa zur Friedenssicherung beitragen könnten. Diese Artikel wurden vom *Neuen Deutschland* nachgedruckt.

Nach dem RGW-Gipfeltreffen in Moskau, anläßlich dessen er auch mit Tschernenko zusammentraf, ließ Honecker wiederholt durchblicken, daß er dessen Unterstützung ge-

<sup>53</sup>) Vgl. E. Honecker in Neues Deutschland vom 26./27. November 1983, S. 3.

<sup>54</sup>) Rudé Právo vom 14. April 1984.

noß<sup>55</sup>). Im Juli gewährte ihm Ministerpräsident Tichonow offenbar für den in Urlaub weilenden Tschernenko Rückendeckung. Der Chefkommentator der Regierungszeitung *Iswestija*, Alexander Bowin, gab Mitte Juli in Ost-Berlin eine Pressekonferenz, auf der er die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen gerade angesichts der angespannten Lage als „um so wichtiger“ erklärte<sup>56</sup>).

Zur gleichen Zeit jedoch setzte in der Parteizeitung *Prawda* verstärkt eine Revanchismus-Kampagne gegen die Bundesrepublik ein in der unverkennbaren Absicht, Honecker einen Besuch in der Bundesrepublik unmöglich zu machen. Bonn wurde jetzt der Vorwurf gemacht, den „wirtschaftlichen Hebel“ anzusetzen, um die DDR aus der sozialistischen Gemeinschaft herauszubrechen<sup>57</sup>). Honecker indes behielt seine Reisepläne in die Bundesrepublik bei. In dieser Situation griffen die Traditionalisten in Moskau zu einem schweren Geschütz, um ihn zu warnen, indem der langjährige Staats- und Parteichef der Mongolischen Volksrepublik plötzlich seiner Ämter enthoben wurde. Er soll — ebenfalls mit Tschernenkos Rückendeckung — zu Peking eine „kleine Entspannung“ betrieben haben<sup>58</sup>). Während Andropow und Tschernenko einen Interessenausgleich mit China<sup>59</sup>) befürworteten, lehnte Gromyko eine Annäherung an den sozialistischen Nachbarn ab, vor allem seitdem sich durch den Peking-Besuch von Präsident Reagan im April 1984 das Verhältnis Peking-Washington wieder verbesserte. Die Parallele zum deutsch-deutschen Verhältnis wird offensichtlich, wenn man bedenkt, daß die Äußere Mongolei bis 1921 Teil Chinas war.

Jetzt schwenkte Honecker um. Auf der Leipziger Herbst-Messe hielt er sich kaum mehr an bundesdeutschen Pavillions auf, sondern strebte zum Beweis seiner „unverbrüchlichen Verbundenheit“ unverzüglich zum sowjetischen Stand. Sein Besuch in der Bundesrepu-

<sup>55</sup>) Vgl. Interview mit E. Honecker im Neuen Deutschland vom 24. Juli 1984.

<sup>56</sup>) Vgl. Die Welt vom 13. Juli 1984, S. 5: „Moskau begrüßt deutsch-deutsche Beziehungen“.

<sup>57</sup>) *Prawda* vom 2. August 1984.

<sup>58</sup>) Der Spiegel, 36 (1984), S. 123f.

<sup>59</sup>) Vgl. Neues Deutschland vom 27./28. August 1983, S. 2; *Prawda* vom 2. März 1984.

blik wurde storniert. Im Oktober schließlich erschien Gromyko an der Spitze einer sowjetischen Delegation zu den 35-Jahrfeiern in Ost-Berlin, um Ergebnissadressen Honeckers entgegenzunehmen. Zwischen beiden Staaten wurde ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bis zum Jahr 2000 geschlossen; Ost-Berlin hatte sich unter starkem sowjetischen Druck der außenpolitischen Blockdisziplin gefügt. Auch die bulgarische Führung sagte ihren Besuch in Bonn ab; lediglich der rumänische Staatspräsident hielt an seinem Besuch in Bonn fest.

Dennoch bestehen die osteuropäischen Hauptstädte auf ihrer Eigenständigkeit im Bündnis. So fand Erich Honecker nichts dabei, unmittelbar vor der Verlängerung des Warschauer-Pakt-Vertrages am 26. April 1985 seinen ersten Besuch in einem NATO-Land abzustatten und den polnischen Papst in einer Privataudienz aufzusuchen. Mehr als je zuvor pochen die Verbündeten der Sowjetunion auf „Gleichheit und Souveränität“, die von Moskau respektiert werden mußte, da es heute mehr denn je auf relativ potente ökonomische und technologische Partner wie die DDR und Ungarn angewiesen ist und daher seinen Führungsanspruch zurückschrauben muß<sup>59a</sup>).

<sup>59a</sup>) Dies kam besonders anlässlich der Verlängerung des Warschauer Paktes um weitere 20 Jahre zum Ausdruck. Bereits im Vorfeld erklärte der stellvertretende ungarische Außenminister in einem Interview, das im Neuen Deutschland auszugswise wiedergegeben wurde: „unser Bündnis-system wird von der konstruktiven Zusammenarbeit freiwillig zusammengeschlossener souveräner Staaten charakterisiert“ (Neues Deutschland vom 4. 3. 1985, S. 5). Gorbatschow schloß sich in seiner Rede bei der Unterzeichnungszeremonie dieser Definition an. Das Bündnis sei „auf völliger Gleichheit und gegenseitig kameradschaftlicher Hilfe souveräner Staaten“ gegründet (Neues Deutschland vom 27./28. 4. 1985, S. 3). Die klassische Definition der Vergangenheit dagegen hatte stets gelautet, daß der Warschauer Pakt „nicht einfach ein militärisches Bündnis (sei), sondern die Kampfgemeinschaft sozialistischer Länder ist, die auf der Gemeinsamkeit ihrer politischen Ordnung, ihrer Ideologie und ihrer ökonomischen Basis und auf der Einheit ihrer grundlegenden Interessen basiert“ (Der Warschauer Vertrag — Bündnis für Frieden und Sozialismus, Hauptredaktion: W. G. Kulikow, Marschall der Sowjetunion, Militärverlag Berlin (Ost) o. J., (russ.) Moskau 1980, S. 13).

## VI. Revision der Position zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen

In den achtziger Jahren revidierte die Sowjetführung auch ihre Haltung zu den Rüstungsabgrenzungs- und Abrüstungsverhandlungen mit den USA. Noch in den siebziger Jahren hatte die Sowjetunion voll die wirtschaftliche Dynamik genutzt, um ihre Rüstungsprogramme, die in den späten sechziger Jahren eingeleitet worden waren, zu realisieren. Sie weigerte sich daher, einer Reduzierung der Waffenarsenale zuzustimmen und war lediglich bereit, im SALT-Prozeß bei den strategischen Waffen einer Begrenzung auf hohem Niveau zuzustimmen (2 250 Abschußanlagen in der Vereinbarung von Wladiwostok).

Nach seinem Amtsantritt schlug Präsident Carter 1977 der Sowjetunion eine Reduzierung der Waffensysteme strategischer Reichweite vor. Der Vorschlag wurde jedoch von Moskau zurückgewiesen. Erst nachdem die USA und die Sowjetunion die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen für 1982 beschlossen und Präsident Reagan mit seinem START-Konzept eine starke Reduzierung strategischer Waffen in die Verhandlungen einbrachte, schlug auch die Sowjetunion durch Parteichef Andropow Ende 1982 eine Reduzierung der strategischen Waffen vor, die ziemlich genau dem Carter-Vorschlag aus dem Jahr 1977 entsprach. Die Sowjetunion erklärte sich damit *erstmalig* zu *Verringerungen* ihres strategischen Potentials bereit<sup>60</sup>). Auch bei den Verhandlungen über Mittelstreckenraketen (INF) bot Andropow jetzt eine Absenkung des sowjetischen Potentials von SS-20-Raketen auf das Niveau der britisch-französischen Potentiale an, falls die USA auf die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen im Rahmen des NATO-Nachrüstungsbeschlusses in Westeuropa verzichteten. Damit bekannte sich die Sowjetführung nicht nur auch in diesem Bereich zum Prinzip der Reduktion, sondern anerkannte *erstmalig* auch indirekt, daß sie bei den Mittelstreckenraketen einen Vorsprung besaß. Noch kurz vorher hatte Verteidigungsminister Ustinow ein Gleichgewicht behauptet<sup>61</sup>).

Außenminister Gromyko dagegen ließ in seinem Grundsatzreferat vor dem Obersten Sowjet erkennen, daß er die Linie Andropows in

der Abrüstungsfrage nicht unterstützte. Er überspielte die Vorschläge mit Polemik gegen die USA und hob demgegenüber die Vorzüge des SALT-Vertrages hervor<sup>62</sup>). Bereits im Sommer 1983 war erkennbar, daß Gromyko und auch Ustinow Gegner einer Abrüstung waren und es vorzogen, die sowjetischen Waffenpotentiale als internationalen Machtfaktor zu erhalten. Insofern fiel es ihnen auch nicht allzu schwer, die Genfer Verhandlungen Ende 1983 zu verlassen.

Tschernenko hielt indes nach seinem Amtsantritt an der Linie der Rüstungsverminderung fest. Ferner schlug er ein „Abkommen über den Verzicht auf Militarisierung des Kosmos“ vor<sup>63</sup>).

Aber erst nach dem 10. Juni 1984, *nachdem* die USA über dem Pazifik einen erfolgreichen Raketenabfangtest durchgeführt hatten und auch Tests mit Anti-Satellitenwaffen (ASAT) ankündigten, schlug die Sowjetregierung den Vereinigten Staaten Verhandlungen über „Weltraumwaffen“ (und nur über diese) vor. Als Vorbedingung wurde ein Teststopmoratorium gefordert<sup>64</sup>). Da sich die USA dazu nicht bereiterklärten und darüber hinaus über Mittelstrecken- und Interkontinentalraketen verhandeln wollten, zog die UdSSR ihren Vorschlag wieder zurück<sup>65</sup>).

Tschernenko bekundete indes im September 1984 weiterhin sein Interesse an Verhandlungen. In mehreren Interviews mit der Parteizeitung *Prawda* und der *Washington Post* sowie der US-Fernsehgesellschaft NBC brachte er zunächst die Raketenwaffen wieder ins Gespräch und machte schließlich mehrere weitere Vorschläge. Er erinnerte an die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den USA in den siebziger Jahren und wünschte eine Wiederherstellung der konstruktiven Beziehungen. Nach dem Besuch Gromykos im Weißen Haus kam es durch Kontakte über vertrauliche Kanäle im November zu einer Vereinbarung über die Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungsverhandlungen, die jetzt als „völlig neue“ Verhandlungen deklariert wurden. Nach den ersten Vorgesprächen in Genf, Anfang Januar, faßte das Politbüro einen Be-

<sup>62</sup>) A. Gromyko (Anm. 29), S. 432 ff., 436, 453.

<sup>63</sup>) *Prawda* vom 3. März 1984.

<sup>64</sup>) *Prawda* vom 29. Juni 1984.

<sup>65</sup>) Vgl. J. McFarlane, Sowjets stellen US-Position zu Genfer Gesprächen falsch dar, in: *Amerika-Dienst* (USIS Embassy of USA) vom 8. August 1984.

<sup>60</sup>) J. Andropow (Anm. 32), S. 22. Nach Aussagen des US-Delegationsleiters Rowny wurden bei den START-Verhandlungen 1983 durchaus Fortschritte erzielt (vgl. *Der Spiegel*, Nr. 51/1984, S. 114).

<sup>61</sup>) TASS-Interview, abgedruckt in: *Neue Zeit* 50 (Dezember 1982), S. 5 ff.

schluß, in dem ein Junktim zwischen den drei Teilbereichen Mittelstreckenraketen, Interkontinentalraketen und Weltraumwaffen hergestellt wurde. Nur die strikte Einhaltung der erzielten Vereinbarung in allen ihren Teilen ermögliche einen „realen Fortschritt auf dem Wege zur Einstellung des Wettrüstens, zur Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges und letztendlich zur Liquidierung der Kernwaffen“<sup>66)</sup>.

Wenige Tage später erklärte Gromyko in einem Fernsehgespräch jedoch, daß das wich-

tigste Ziel in Genf darin bestehe, die amerikanische strategische Verteidigungsinitiative (SDI) zu Fall zu bringen<sup>67)</sup>. Damit zeichnete sich in der sowjetischen Führung bezüglich der neuen Genfer Verhandlungen ein Zielkonflikt ab. Während die Parteivertreter das Schwergewicht auf die Reduzierung der bestehenden Potentiale legten, um mit den USA zu einer baldigen Vereinbarung zu kommen, peilte das Außenministerium unter Gromyko ein zähes Ringen um die künftige Weltraumrüstung an mit dem offenbaren Ziel, das sowjetische Atomwaffenpotential zu erhalten.

## VII. Veränderung in der Militärführung

Anfang September kam es zu einer wichtigen Veränderung an der Spitze der Militärführung, die wahrscheinlich die Grundlage für eine neue Annäherung an die USA schuf — Generalstabschef Ogarkow wurde überraschend abgelöst. Nach Meinung aller Fachleute war Ogarkow die überragende militärstrategische Persönlichkeit des letzten Jahrzehnts, ein energischer und begabter Militärstratege und Planer, der in vielem an den legendären Marschall Tuchatschewski erinnerte, in dessen Tradition er sich offensichtlich selbst empfand. Er gehörte zur jungen Generation der gut ausgebildeten Militärtechnokraten mit Karrierebewußtsein. Seit 1968 gehörte er, zweifacher Diplom-Ingenieur, dem Generalstab an. Als Stellvertreter des Generalstabschefs leitete er in verantwortlicher Position die Planung und Entwicklung der Waffenprogramme<sup>68)</sup>. Ab 1977 Chef des Generalstabs, baute Ogarkow diesen immer stärker zu seiner Domäne aus und zentralisierte die Kommandostränge mehr und mehr<sup>69)</sup>.

Den Höhepunkt seines Einflusses erlangte der führende sowjetische Militär gegen Ende 1983. Mehrfach trat er vor die Weltpresse, u. a. im Dezember, um die sowjetischen „Gegenmaßnahmen“ auf die Nachrüstung zu erläutern. Die Partei indes wirkte durch die krankheitsbedingte Abwesenheit Andropows

wie paralysiert. Gleichzeitig traten Ustinow und der ZK-Sekretär für Rüstung, Romanow, deutlich in den Vordergrund. Zur selben Zeit wurden auch die Genfer Verhandlungen seitens der UdSSR verlassen<sup>70)</sup>.

Ogarkow war eine der treibenden Kräfte der sowjetischen Militarisierung. Noch wenige Monate vor seiner Ablösung ging er mit dem „militärischen Konservatismus“ ins Gericht und forderte anstatt der perspektivlosen Fortführung der Produktion von Panzern und Raketen den Einstieg in die militärischen Hochtechnologien<sup>71)</sup>.

Sein Nachfolger Achromejew machte demgegenüber eine Blitzkarriere. Als Armeegeneral wurde der 62jährige erst 1979 in den Generalstab berufen. Im März 1983 wurde er zum Marschall der Sowjetunion befördert und im Juni Mitglied des Zentralkomitees. Im September 1983 trat auch er vor die Weltpresse und nahm zu den Genfer INF-Verhandlungen Stellung. Die sowjetische Kompromißbereitschaft sei erschöpft, ließ er wissen, und die UdSSR werde keine amerikanischen Raketen in Westeuropa akzeptieren<sup>72)</sup>.

Achromejew kommt von den Panzertruppen und gehört damit zu dem traditionell in den Streitkräften dominierenden Flügel der Landstreitkräfte. In einem Interview kurz vor seiner Ernennung machte er deutlich, daß aus seiner Sicht, im Gegensatz zu Ogarkow, die Streitkräfte „mit allem Nötigen“ ausgerüstet seien, „um die Errungenschaften des Sozialismus zuverlässig zu verteidigen“. Im übrigen

<sup>66)</sup> Vgl. Neues Deutschland vom 11. Januar 1985, S. 2.

<sup>67)</sup> Prawda vom 14. Januar 1985.

<sup>68)</sup> J. Erickson, Zum Frühstück in München. Möglichkeiten und Absichten der sowjetischen Militärpolitik, Düsseldorf-Wien o. J., S. 53 ff.

<sup>69)</sup> Siehe K. Currie, Soviet General Staffs New Role, in: Problems of Communism, März—April 1984, S. 32—40.

<sup>70)</sup> Vgl. Lothar Jung, Was ist mit Andropow?, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 13. November 1983, S. 6.

<sup>71)</sup> Krasnaja Swesda vom 9. Mai 1984, S. 32—35.

<sup>72)</sup> Neue Zeit, 39 (September 1983) S. 5.

bekannt er sich, ganz im Gegensatz zu Ogarkow, zum militärischen Gleichgewicht und zur friedlichen Koexistenz, die dadurch objektiv gefördert werde<sup>73</sup>).

Das Revirement an der Spitze des militärischen Oberkommandos machte das Bemühen der Partei deutlich, die Rüstungspolitik in Übereinstimmung mit der Parteilinie zu bringen und die Kontrolle über die Militärpolitik zu festigen<sup>74</sup>). Dies bestätigte sich auch durch die Ernennung von Marschall Sokolow zum Nachfolger des Ende 1984 verstorbenen Verteidigungsministers Ustinow. Sokolow kommt ebenso wie Achromejew von den Kampftruppen der Panzerwaffe. Damit wurde der militärtechnokratische Flügel um Ustinow und

Ogarkow wieder von der Spitze des Verteidigungsministeriums verdrängt, was für die Partei eine nicht unerhebliche Entlastung von deren Druck und Forderungen nach neuen Rüstungsprogrammen bedeutete. Für die Truppenkommandeure nämlich sind Ausbildung, Kampfbereitschaft und Kampfgeist der Truppe mindestens ebenso hochrangige Faktoren wie moderne Waffensysteme. Mit dem Ausscheiden Ustinows aus der politischen Führung war kein Vertreter des „Rüstungsetablishments“ mehr im Politbüro, die Position Romanows relativ isoliert. Daß Ustinow ein Gegner der Wiederannäherung an die USA war, wurde vor allem dadurch offenkundig, daß die Kontakte just in dem Augenblick wieder in Fluß kamen, als dieser erkrankte.

## VIII. Wandel in der Auffassung über den Atomkrieg

Zu Beginn der achtziger Jahre war auch ein nicht unerheblicher Wandel in der Auffassung über den Nuklearkrieg zu beobachten. Die Schwankungen in der Beurteilung des Atomkrieges in der sowjetischen Nachkriegsgeschichte sind im übrigen ein aufschlußreicher Gradmesser militärischen bzw. orthodox-ideologischen Einflusses.

1954 erklärte Ministerpräsident Malenkow, daß angesichts der neuen Mittel der Kriegstechnik ein neuer Krieg „den Untergang der Weltzivilisation“ bedeuten würde. Sechs Wochen später mußte er jedoch die Formulierung zurücknehmen und führte aus, ein Atomkrieg würde lediglich zum Untergang des kapitalistischen Gesellschaftssystems führen<sup>75</sup>). Damit waren die beiden Positionen zum Nuklearkrieg und das Spannungsverhältnis zwischen ihnen festgelegt. Nikita S. Chruschtschow sprach ebenfalls auf dem 22. Parteitag 1961 von der „Katastrophe eines neuen Weltkrieges“<sup>76</sup>). In dem vom Parteitag verabschiedeten Parteiprogramm war indes davon die Rede, daß die Völker den Imperialismus hinwegfegen würden, sollte er es wagen, einen neuen Weltkrieg zu entfachen<sup>77</sup>).

Dies knüpfte an die Auffassung an, daß — analog dem Zweiten Weltkrieg — am Ende eines jeden Krieges der Sozialismus als Sieger hervorgehen werde<sup>78</sup>). Es waren vor allem militärische Kreise, die vor „Fatalismus und Passivität“ warnten. Auch ein Atomkrieg könne als Instrument der Politik dienen und jede Verneinung der Möglichkeit eines Sieges a priori sei schädlich<sup>79</sup>). Man dürfe daher die Kernwaffen nicht fetischisieren, wie dies bürgerliche Militärdeologen täten, sondern „die historische Erfahrung sagt uns“, führten Militärtheoretiker aus, „daß die neuen Methoden und Formen des Waffenkampfes, die Waffen und die Kriegstechnik dem Erringen des Sieges über den Feind dann am besten dienen, wenn sie vom Volk und von der Armee eingesetzt werden, die einen gerechten Befreiungskrieg führen, welche die Sache der Freiheit und Unabhängigkeit, die Errungenschaften des Sozialismus und des Kommunismus verteidigen und die über hohe moral-politische Eigenschaften verfügen“<sup>80</sup>). Dementsprechend wurde auch die Militärdoktrin der siebziger Jahre als ein Konzept gestaltet, „jede Art von

<sup>78</sup>) P. Gosztony, Die Rote Armee, Wien-München-Zürich 1980, S. 408f.

<sup>79</sup>) Oberst Rybkin, in: Kommunist in den Streitkräften, 17 (September 1965), S. 50.

<sup>80</sup>) Generalleutnant I. Zavjalev, in: Roter Stern (Krasnaja Zvesa) vom 30. März 1967. Vgl. dazu auch Michael Checinski, Kriegs- und Kriegswirtschaftsdoktrin der Sowjetunion, in: Osteuropa, 3 (1984), S. 177ff., der meiner Ansicht nach zu Recht darauf hinweist, daß die Siegesdoktrin in einem Nuklearkrieg starke psychologische Komponenten nach innen hat (S. 183).

<sup>73</sup>) Sozialismus: Theorie und Praxis, 8 (August 1984), S. 10 und 12.

<sup>74</sup>) Vgl. „Bann für einen Marschall“, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 16. September 1984, S. 5.

<sup>75</sup>) W. Leonhard, Sowjetideologie heute, Frankfurt/M. 1962, S. 103.

<sup>76</sup>) N. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht an den 22. Parteitag, Moskau 1961, S. 39.

<sup>77</sup>) Programm der KPdSU 1961, in: S. Thomas, Perspektiven sowjetischer Macht, Köln 1967, S. 84.

Krieg" siegreich zu beenden<sup>81</sup>). Der Aufbau von Zivilschutzmaßnahmen und dergleichen wurde denn auch im Westen als ein Indiz für eine „Präventivstrategie“ interpretiert<sup>82</sup>).

Das Charakteristische der Diskussion der späten sechziger und siebziger Jahre war aber nicht nur, daß man einen Sieg in einem Atomkrieg bejahte, sondern daß die Diskussion darüber *ausschließlich von den Militärs geführt wurde* und damit deren enormes Gewicht anzeigte. Dies bedeutete indes nicht, daß jene nicht die Rückendeckung der Partei besessen hätten. Vielmehr war Generalsekretär Breschnew in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verteidigungsrates auch Oberstkommandierender und schloß sich der Auffassung der Militärs an. So führte er 1975 aus, daß die Entfesselung eines Raketenwaffenkrieges unweigerlich die Vernichtung des Aggressors selbst bedeuten würde, ganz zu schweigen von den ungeheueren Verlusten für viele Länder, selbst wenn sie formal nicht in den Krieg einbezogen seien<sup>83</sup>). Daraus läßt sich schließen, daß er die UdSSR für überlebensfähig und damit siegreich einschätzte, was auf der Linie der Militärstrategen der siebziger Jahre lag.

Eine Bewegung in die Diskussion kam jedoch erst zu Beginn der achtziger Jahre wieder, wobei zunächst bemerkenswert war, daß jetzt auch wieder Zivilisten zu militärischen Fragen Stellung nahmen<sup>84</sup>). Vor allem aber zeichnete sich unter dem Einfluß des pragmatischen Parteiflügels der Versuch ab, zu einem neuen Standpunkt in der Frage des Nuklearkrieges zu gelangen. Andropow sprach bereits 1976 davon, daß ein solcher „wahrhaft katastrophale Folgen haben würde“, also nicht mehr zwischen Aggressor und Opfer unterschied<sup>85</sup>), und als Parteichef führte er 1983 aus, daß eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Systemen „für die Menschheit tödlich“ wäre<sup>86</sup>). Damit begab er sich praktisch wieder auf die Position, die Malenkow zunächst 1954 eingenommen hatte. Deutlich ließ er durchblicken, daß er den atomaren Streitkräften vor allem eine Ab-

schreckungsfunktion zur „Zügelung des potentiellen Aggressors“ zuwies.

Noch deutlicher wandte sich Tschernenko gegen eine nukleare Siegedoktrin: „In einem Kernwaffenkrieg kann es keine Sieger geben, mithin lassen sich keinerlei politische Ziele erreichen. Jeder Versuch, Kernwaffen einzusetzen, mündet unweigerlich in einer Katastrophe, die das Leben auf Erden in Frage stellen kann.“<sup>87</sup>) Damit widersprach er jenen Militärtheoretikern, die noch 1980 behauptet hatten, daß Nuklearwaffen keineswegs den Leitsatz von Carl von Clausewitz vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln außer Kraft gesetzt hätten<sup>88</sup>).

Auch Verteidigungsminister Ustinow widersprach jetzt ausdrücklich, daß die Sowjetunion einen Nuklearkrieg für gewinnbar halte, und nahm damit offensichtlich seine politische Funktion als Mitglied der politischen Führung gegenüber der Militärführung wahr<sup>89</sup>). Kurz vorher hatte Breschnew am 15. Juni 1982 in einem Schreiben an die 2. Abrüstungs Sondertagung der UNO-Vollversammlung feierlich auf den „Ersteinsatz“ von Atomwaffen durch die UdSSR verzichtet<sup>90</sup>). Damit folgte Moskau einer von der Volksrepublik China seit Jahren erhobenen Forderung an beide atomaren Großmächte.

Der sowjetische Verteidigungsminister kündigte jetzt Maßnahmen an, „das Hinüberwachen eines nichtnuklearen militärischen Konfliktes in einen nuklearen“ durch strengere Rahmen der Kontrolle gegen einen nichtgenehmigten Abschuß einer Kernwaffe von sowjetischer Seite zu verhindern und den Überraschungsfaktor auf ein Minimum zu reduzieren<sup>91</sup>).

Diese veränderte Einstellung zum Atomkrieg deutet nicht nur einen stärkeren Einfluß der politischen Führung auf die Militärstrategie an, sondern muß auch als Reaktion auf die wachsende Kritik des Westens auf die offen-

<sup>81</sup>) K.-D. Schwarz, Sowjetische Militärstrategie 1945—1978, in: ders. (Hrsg.), Sicherheitspolitik, Köln 1978, S. 382.

<sup>82</sup>) Farwick/Hubatschek, Die strategische Erpressung, München 1981, S. 202. Sie sprechen von einem „Durchbruch zur ‚Drittschlagsfähigkeit‘“.

<sup>83</sup>) L. I. Breschnew, Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze, Bd. 5, Berlin (Ost) 1977, S. 317.

<sup>84</sup>) P. Lange, Die sowjetische Militärdoktrin und der Westen, in: Europa-Archiv, 6 (1984), S. 179 ff.

<sup>85</sup>) J. Andropow, (Anm. 28), S. 24.

<sup>86</sup>) J. Andropow, (Anm. 32), S. 333.

<sup>87</sup>) K. Tschernenko, Ideologie des revolutionären Schöpfertums und des Friedens, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 11 (1983), S. 1453.

<sup>88</sup>) P. Lange (Anm. 84), S. 181. Auch in Ungarn und der DDR zeigt sich eine entsprechende Tendenz, die nicht ohne Einfluß auf die Sowjetführung geblieben sein dürfte. Vgl. Johannes Kuppe, Neue Aspekte in der kommunistischen Kriegstheorie, in: Deutschland Archiv, 1 (1985), S. 34 ff.

<sup>89</sup>) P. Ustinov, in: Prawda vom 12. Juli 1982.

<sup>90</sup>) Prawda vom 15. Juni 1982, vgl. auch A. Gromyko, (Anm. 29), S. 137 ff.

<sup>91</sup>) D. Ustinov (Anm. 89). Dies könnte bedeuten, daß die UdSSR ihre strategischen Systeme auf die unverwundbareren beweglichen Systeme von SS-X-24 und SS-X-25 umstellt.

sive sowjetische Nukleardoktrin gesehen werden. Die Äußerungen von zwei Generalsekretären zeigen deutlich die neue Tendenz, dem Atomkrieg einen „Sonderstatus“ zuzuschreiben und ihm jede „politische Aufgabe“ bzw. militärische Funktion abzusprechen. Von

daher würde auch der Neuansatz bei der Rüstungskontrolle plausibel, nämlich Reduzierungen bis hin zur völligen Beseitigung. Es könnte sein, daß dadurch die Funktion der konventionellen Streitkräfte aufgewertet werden soll.

## IX. Ideologischer Wandel

Auch ideologische Unterschiede wurden zunehmend erkennbar und zeigten historisch unterschiedliche Verwurzelungen. Führende Persönlichkeiten wie Ustinow und Gromyko stiegen bereits unter Josef W. Stalin in leitende Staatsfunktionen auf: Gromyko gehörte bereits 1945 zu den Verhandlungsdelegationen in Jalta und Potsdam, und Ustinow wurde bereits 1941 von Stalin zum Volkskommissar (= Minister) für Rüstungswesen ernannt. Auch der 1982 verstorbene „Chefideologe“ Michail Suslow rückte bereits 1947 in das Sekretariat ein und wachte seitdem über die „Reinheit der Lehre“ sowohl im eigenen Lande als auch in der kommunistischen Weltbewegung. Ihr Weltbild wurde noch von einer Schule geprägt, die davon überzeugt war, daß die Zukunft dem Kommunismus gehöre, der westliche Kapitalismus überlebt sei und die Zeit für die Sowjetunion arbeite<sup>92)</sup>.

Die heutigen Spitzenfunktionäre der Partei hingegen gehören zwar überwiegend zur gleichen Altersstufe, dennoch besteht ein bedeutender Unterschied: *Sie gehören politisch einer anderen Generation an.* Sie durchliefen ihre Karrieren in den zentralen Apparaten sämtlich erst nach dem historischen 20. Parteitag von 1956, auf dem Chruschtschow mit Stalins Politik abrechnete und die Doktrin der „friedlichen Koexistenz“ als außenpolitische Generallinie der Partei verkündete. Somit repräsentieren sie eine ganze Schicht von Funktionären, die davon ausgeht, daß der Kapitalismus auf unabsehbare Zeit fortbestehen wird. Längst haben sie sich im Nebeneinander von Kapitalismus und Sozialismus eingerichtet und sind bestrebt, daraus Nutzen zu ziehen. Ihr Weltbild ist wesentlich realistischer und pragmatischer; sie haben überwiegend auch erkannt, daß der Kapitalismus ein effektives Gesellschaftssystem ist.

<sup>92)</sup> Schewtschenko bestätigt dies, wenn er schreibt, Gromyko sei dem Sowjetsystem „mit Haut und Haaren ergeben“, in: Der Spiegel, 6 (1985), S. 118. Von Tschernenko schreibt er, er sei ein „vernünftiger, pragmatisch eingestellter Mann“ (Anm. 31).

Beide Richtungen, die Breschnew in den siebziger Jahren zu einem Gesamtkonzept integriert hatte und seiner Politik die charakteristische Doppelgleisigkeit von „Entspannung plus Aufrüstung und Expansion in die Dritte Welt“ verlieh, gerieten zu Beginn der achtziger Jahre wieder schärfer in Widerstreit.

So glaubte Gromyko 1982 in einer theoretischen Schrift darauf hinweisen zu müssen, daß das Leben die tiefe Wahrheit der marxistisch-leninistischen Theorie „über die historische Unvermeidbarkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus und des von ihm geschaffenen Systems der internationalen Beziehungen, das auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht“, beweise<sup>93)</sup>. Nach den Erfolgen der sowjetischen Außenpolitik in den siebziger Jahren ging Gromyko davon aus, daß die USA historisch bereits endgültig die Initiative an die Sowjetunion verloren hätten. Daher interpretierte er jetzt auch die Bemühungen, die USA daran zu hindern, sich wieder auf die eigene Stärke zu besinnen, als einen „ununterbrochenen scharfen Kampf zwischen den zwei Systemen“<sup>94)</sup>. In klassisch dogmatischer Form definierte er die „friedliche Koexistenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ denn auch als eine „spezifische Form des Klassenkampfes“ auf dem Gebiet von Politik, Wirtschaft „und selbstverständlich der Ideologie“<sup>95)</sup>. Gromyko stand damit auf dem Boden der klassischen „Zusammenbruchstheorie“ des Kapitalismus, wie sie Stalin 1952 noch vertreten hatte und die den damaligen außenpolitischen Entscheidungen zugrunde lag<sup>96)</sup>. In einer solcherart zugespitzten Konfrontationslage mußte der „Kampf für den Frieden“ selbst

<sup>93)</sup> A. Gromyko, Das Kapital im Dienst der imperialistischen Expansion, Moskau 1984, S. 213.

<sup>94)</sup> Ebd.

<sup>95)</sup> A. Gromyko (Anm. 29), S. 413.

<sup>96)</sup> Vgl. J. Stalin, Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Moskau 1952, S. 36 ff. Diese These spielte zusammen mit jener von der „Unvermeidbarkeit von Kriegen“ in der Formulierung der Stalin'schen Nachkriegspolitik (Theorie der zwei Lager) eine erhebliche Rolle.

Bestandteil des Kampfes zwischen den beiden Systemen sein.

Von den pragmatischen Parteiführern wurde diese Konzeption indes nicht geteilt. Tschernenko hielt Gromyko anlässlich der Festlegungen für das neue Parteiprogramm entgegen: „Obwohl der moderne Kapitalismus historisch gesehen dem Untergang geweiht ist, muß man zugleich berücksichtigen, daß er auch unter den Bedingungen seiner allgemeinen Krise immer noch nicht geringe, bei weitem (sic!) nicht erschöpfte Entwicklungsreserven besitzt.“<sup>97)</sup> Friedliche Koexistenz sei daher „keineswegs (nur) auf die Verhinderung eines militärischen Konfliktes zwischen Sozialismus und Kapitalismus beschränkt“, sondern eine „gleichberechtigte, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen ihnen als das zuverlässigste Mittel, einen wirklich dauerhaften Frieden zu sichern“<sup>98)</sup>.

Hier werden unterschiedliche Konzeptionen der Friedenssicherung deutlich. Einerseits die traditionelle Einstellung Gromykos, die Frieden als Folge des „Systemkampfes“ seitens des Sozialismus begreift, und andererseits die Betrachtungsweise, daß Zusammenarbeit und Interdependenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus friedensfördernd und friedenssichernd wirke. Letztere Sichtweise läßt sich bereits bei Lenin finden, der auf dieser die Politik der zwanziger Jahre aufbaute<sup>99)</sup>.

Auch die osteuropäischen Führungen von Partei und Staat stehen hinter dieser Konzeption. Auf ihrer Grundlage suchte und sucht z. B. die DDR-Führung eine Friedenspolitik gegenüber der Bundesrepublik zu betreiben. Das Scheitern des sowjetischen „Wachstumsmodells“ hat sie noch mehr davon überzeugt, daß ein weiteres Wachstum ihrer Volkswirtschaft und damit Stabilität ihrer Gesellschaft mehr denn je von einer systemübergreifenden Zusammenarbeit abhängt<sup>100)</sup>.

Die krisenhafte Entwicklung im sozialistischen Lager hat aber auch das Vertrauen in

die „allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Entwicklung“ erheblich erschüttert und zu einem ideologischen Vakuum geführt, das nur durch pragmatisches Handeln überbrückt werden kann<sup>101)</sup>. So fällt auf, daß Parteibeschlüsse und dergleichen es seit einiger Zeit — im Gegensatz zu früher — strikt vermeiden, Prognosen über die Zukunft des realen Sozialismus abzugeben<sup>102)</sup>. Der immer stärkere Ausfall der marxistisch-leninistischen Theorie als Orientierungs- und Handlungsanweisung zur Lösung der immer komplexer werdenden Probleme hat zu sichtbarer Verunsicherung und zu einer gewissen „Entideologisierung“ geführt<sup>103)</sup>. Seit dem Ausscheiden von Männern wie Suslow und Andropow befinden sich daher keine renommierten Exponenten von Theorie und Ideologie mehr in der Sowjetführung. Tschernenko erfindet in seinem Bemühen, zur Nüchternheit zu mahnen, sogar einen neuen Begriff. Er forderte „marxistisch-leninistischen Realismus“<sup>104)</sup>. Den politischen Führungen erscheint es offensichtlich immer ratsamer, auf ideologische Begründungen zu verzichten, um die offenkundig breiter werdende Lücke zwischen ideologischem Anspruch und der vorhandenen Realität zu verschleiern. Ausgefüllt wurde diese ideologische Lücke immer häufiger durch Elemente nationaler Identifikation<sup>105)</sup>.

Auch in der Informationspolitik zeichnet sich seit Beginn der achtziger Jahre eine Wendung zu mehr Offenheit und Sachlichkeit ab, um die Kluft zur Bevölkerung nicht noch breiter werden zu lassen. Erst jüngst forderte der inzwischen zum neuen Generalsekretär ernannte Gorbatschow in einem Referat zu Ideologiefragen „eine umfassende, rechtzeitige und ehrliche Information“ der Bevölkerung, „Vertrauen zu den Menschen und Ach-

<sup>101)</sup> Darauf weist Loeser treffend hin. Vgl. F. Loeser, Die unglaubliche Gesellschaft, Köln 1984, S. 155f.

<sup>102)</sup> Ebd., S. 156.

<sup>103)</sup> So ließ sich Andropow zu der sensationell empfundenen Aussage bewegen: „Doch, offen gesagt, haben wir bis jetzt die Gesellschaft, in der wir leben und arbeiten, noch nicht im erforderlichen Maß erforscht... Deshalb sind wir manchmal gezwungen, sozusagen empirisch, auf überaus unrationelle Weise zu handeln, mit Versuchen und Fehlern.“ Prawda vom 16. Juni 1983.

<sup>104)</sup> K. Tschernenko (Anm. 87), S. 1448.

<sup>105)</sup> In der DDR kommt dies etwa zum Ausdruck in der Rückbesinnung auf historische Persönlichkeiten der deutschen Geschichte wie etwa Luther, Bismarck und Friedrich den Großen, in der UdSSR in der Betonung des Patriotismus. Auch Gorbatschow sprach jüngst von den geistigen Errungenschaften des sowjetischen Patriotismus.

<sup>97)</sup> K. Tschernenko, Über die Neufassung des Programms der KPdSU, in: Kommunist, 7 (1984).

<sup>98)</sup> N. A. Tichonov, (Anm. 33), S. 175f.

<sup>99)</sup> W. I. Lenin: „Wenn der Frieden eine natürliche Folge des Handels mit uns ist, können die Alliierten ihm nicht länger ausweichen.“ Zit. nach W. I. Lenin, Über die Politik der friedlichen Koexistenz. Eine Auswahl, Berlin (Ost) 1977, S. 68.

<sup>100)</sup> So etwa E. Honecker: „Unsere wirtschaftliche Zukunft, ja das Gedeihen unseres Lebens hängen davon ab, daß wir uns im weltweiten stürmischen Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution in den vordersten Reihen behaupten.“ Neues Deutschland vom 13. Februar 1984.

tung vor ihrem Verstand" sowie Vertrauen zu deren Fähigkeit, „sich selbst über diese oder jene Ergebnisse Klarheit zu verschaffen". Darüber hinaus forderte er mehr Öffentlichkeit in der Arbeit der Partei- und Staatsorgane und betonte, die Wirtschaft bleibe das wichtigste Tätigkeitsfeld der ideologischen Arbeit und der Tätigkeit von Partei und Volk<sup>106</sup>). Gorbatschow ließ auch durchblicken, daß die sowjetische Gesellschaft historisch als abge-

schlossen angesehen werde und das utopische Ziel des Kommunismus, wie es Chruschtschow noch vor 20 Jahren herausstellte, praktisch aufgegeben worden ist. Er sprach von dem Anfang einer „historisch langen Etappe des entwickelten Sozialismus", auf deren Grundlage die von der Partei ausgearbeitete Konzeption der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft" konkretisiert werde<sup>107</sup>).

## X. Zusammenfassung

Die Wachstumskrise, die gegen Ende der siebziger Jahre nahezu alle Industriestaaten erfaßte und eine Anpassungskrise auslöste, hat auch in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten die systembedingten Schwächen wieder in voller Schärfe hervortreten lassen. Die äußere Machtentfaltung in den siebziger Jahren führte dazu, daß die UdSSR nunmehr an einem „Scheideweg"<sup>108</sup>) angelangte. Auf höherem Niveau befand sich die Sowjetunion am Ende der Breschnew-Ära in einer ähnlichen Situation wie am Ende der Stalin-Ära. Die beiden stabilsten und zeitlich längsten Perioden in der Geschichte der UdSSR gingen in ihrer Endphase in Stagnation und gesellschaftliche Verfallserscheinungen über.

Die Hochzentralisierung des gesamten Wirtschaftsapparates hemmte den technischen Fortschritt, ließ den Produktionsapparat veralten und lähmte die Produktivität. Der langsame Anstieg von Versorgung und Lebensstandard der Bevölkerung konnte mit dem Wachsen der Bedürfnisse nicht mehr Schritt halten und führte zu einer ausgedehnten „Schattenwirtschaft", nachlassendem Arbeitselan und Korruption. Die geistige Erstarrung löste Gleichgültigkeit und Apathie aus.

In der Außenpolitik haben wachsendes Ausgreifen in die Dritte Welt und fortgesetzte Hochrüstung, unter Ausnutzung der amerikanischen Schwäche als Folge des Vietnam-Traumas, zunehmende Entfremdung zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR ausgelöst. Die Verletzung der Regeln der Zurückhaltung und des Gleichgewichts, 1972 zwischen Nixon und Breschnew verein-

bart<sup>109</sup>), haben in den USA die Gegner der Kooperationspolitik mit der UdSSR auf den Plan gerufen. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan schließlich hat ebenso wie einst die Berlin-Blockade und der Korea-Krieg einen Umschwung in der amerikanischen Außenpolitik ausgelöst.

Die Rückkehr der amerikanischen Außenpolitik zu einer Politik der Stärke, des Eindämmens sowjetischen Einflusses (Grenada) und der Wiederherstellung amerikanischer globaler Macht und Autorität im internationalen System hat die Machtposition der UdSSR von neuem relativiert. Angesichts dieser veränderten inneren und äußeren Rahmenbedingungen wurde eine Anpassung der politischen Strategie zu Beginn der achtziger Jahre unumgänglich und führte in der Sowjetführung zu einer Kontroverse über die Prioritätensetzung:

Ein an der Überwindung der internen Probleme orientierter Teil der Sowjetführung tritt für eine Außenpolitik ein, die äußere Konfliktfelder abbaut, um günstige Voraussetzungen für die Lösung der Probleme im eigenen Land herzustellen<sup>110</sup>). Er befürwortet einen neuen Interessenausgleich mit den

<sup>109</sup>) Grundsätze für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 29. Mai 1972 („Grundsatzzerklärung zu den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen"), in: Europa-Archiv, 12 (1972), S. D 290f.

<sup>110</sup>) Vgl. auch den Zielkatalog sowjetischer Außenpolitik in der Verfassung von 1977 (Art. 28), abgedruckt in: Osteuropa-Archiv, 1 (1978), S. A 10. An der Spitze dieses Katalogs steht eben dieser Grundsatz als oberster Verfassungsgrundsatz. Als Gromyko sich in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet auf die verfassungsmäßigen Ziele der Sowjetverfassung berief, unterließ er es, eben diese Bestimmung zu erwähnen und begann seine Aufzählung mit dem zweiten und dritten Grundsatz. Vgl. A. Gromyko (Anm. 29), S. 433f.

<sup>106</sup>) Prawda vom 11. Dezember 1984.

<sup>107</sup>) Ebd.

<sup>108</sup>) B. Meissner, Sowjetische Kurskorrekturen, Zürich 1984, S. 131ff.

USA („Rückkehr zur Entspannung“, „friedliche Koexistenz“) und eine Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China.

Ein an der Weltmachttrolle der UdSSR orientierter Teil sieht dagegen vor allem in einer außenpolitischen Strategie, die den Gegenspieler USA daran hindert, das „historisch“ entstandene Kräfteverhältnis in der Welt wieder in Frage zu stellen, die Hauptaufgabe. Amerikanische Rüstungsprogramme müßten daher durchkreuzt und der strategische Status quo konserviert werden. Dies erfordere eine energische Gegenstrategie und notfalls auch militärische „Gegenmaßnahmen“. Das Konzept der permanenten Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses „zugunsten des Sozialismus“ und damit der Sowjetunion — die strategische Hauptorientierung der siebziger Jahre<sup>111)</sup> — wurde aufgegeben und durch die Forderung an die USA nach Wahrung der „strategischen Parität ersetzt“<sup>112)</sup>. Die Sowjetführer beteuerten seitdem immer wieder, keine militärische Überlegenheit anzustreben, aber auch keine Überlegenheit über die UdSSR zuzulassen. Deutlich orientiert sich die Sowjetführung seit Beginn des Jahrzehnts an der *Erhaltung des globalen Status quo*, wie er sich in den siebziger Jahren herausgebildet hat. Aus dieser Position heraus ist man vor allem bestrebt, die strategische Verteidigungsinitiative der USA (SDI) zu Fall zu bringen, um das eigene Nuklearpotential als Grundlage der Weltmachtstellung vor seiner Entwertung zu bewahren.

Der pragmatisch orientierte Teil in der Sowjetführung möchte die Rüstungskonkurrenz mit den USA beenden, nicht nur, weil er sich bewußt ist, daß die Sowjetunion eine weitere Rüstungskonkurrenz mit der stärksten Industrienation der Welt<sup>113)</sup> nicht bestehen könnte, sondern auch und vor allem, weil diese die großen innenpolitischen Programme gefährden müßte. Er verwirft daher auch die von der Militärführung in den siebziger Jahren entwickelte Doktrin, daß der Sozialismus bei ent-

<sup>111)</sup> Vgl. W. Geierhos, Das Kräfteverhältnis — Die neue Globalstrategie der Sowjetunion, Lüneburg 1980; B. Osadczuk-Korab, Das sowjetische Konzept des internationalen Kräfteverhältnisses, in: *Moderne Welt, Jahrbuch für Ost-West-Fragen*, Köln 1983, S. 165 ff.

<sup>112)</sup> O. Bykow, Militärisch-strategische Parität in den 80er Jahren, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 11 (1983), S. 1529 ff.; W. Seiffert, Die sowjetische Konzeption der militärstrategischen Parität, in: *Zeitschrift für Politik*, 4 (1984), S. 431 ff.

<sup>113)</sup> Die Sowjetunion wurde inzwischen vom 2. Platz der Industriestaaten (gemessen am Bruttosozialprodukt) durch Japan verdrängt.

sprechender Vorbereitung auch einen Atomkrieg überstehen könnte (was ein dominantes Potential erfordert) und erklärt sich zu einer Verminderung der Atomwaffenpotentiale bis hin zur völligen Beseitigung der Atomwaffen bereit, nicht zuletzt, um ein neues strategisches Arrangement mit den USA zu erleichtern und zu einer stabilen Friedensstruktur mit der anderen Weltmacht zu gelangen, nachdem Präsident Reagan die Verringerung der Atomwaffen in den Mittelpunkt seiner „Abrüstungsphilosophie“ rückte.

Mit dieser neuen Flexibilität, die Rüstungskonkurrenz einzudämmen und die Rüstungslasten zu verringern, ist ein sichtbarer Rückgang des militärischen Einflusses auf die politischen Entscheidungen in der Amtszeit Tschernenkos verbunden. Die Ablösung von Generalstabschef Ogarkow zeigte diese Entwicklung an; sie setzte sich im Ausscheiden von Verteidigungsminister Ustinow aus dem Politbüro fort. Der Trend zur Militarisierung der Politik wurde damit fühlbar gebrochen<sup>114)</sup>.

Vielmehr sehen die Pragmatiker in der Parteiführung eine Hebung der internationalen Autorität der UdSSR und des Sozialismus weniger in einer weiteren Entfaltung militärischer Macht als in der Hebung der Attraktivität des sozialistischen Modells (sogenannter „internationaler Demonstrationseffekt“)<sup>115)</sup>. Man strebt daher auch an, die Volksrepublik China für das von der UdSSR dominierte „sozialistische Weltsystem“ zurückzugewinnen<sup>116)</sup> und den Entwicklungsländern eine attraktive Entwicklungspolitik anzubieten<sup>117)</sup>.

<sup>114)</sup> Dies wird unterstrichen durch die Tatsache, daß Verteidigungsminister Sokolow auf dem jüngsten (April-)JK-Plenum „nur“ zum *Kandidaten* des Politbüros ernannt wurde, während in der Periode steigenden militärischen Einflusses in den siebziger Jahren Verteidigungsminister Marschall Gretscho 1973 ohne vorherigen Kandidatenstatus von Breschnew direkt ins Politbüro gerufen wurde.

<sup>115)</sup> Sozialistisches Weltsystem und revolutionärer Weltprozess (Gemeinsame Kommission der Ökonomen der UdSSR und der DDR), Berlin (Ost) 1982, S. 257.

<sup>116)</sup> Vgl. auch Andropow in seiner Rede vom 22. November 1982, in: ders. (Anm. 32), S. 242. So Tschernenko jüngst, vgl. *Neues Deutschland* vom 23./24. Februar 1985, S. 2.

<sup>117)</sup> Ebd. Allerdings lassen sich auch hier gewisse Unterschiede registrieren. Während Andropow sich bezüglich der Hilfe für die Verbündeten in der Dritten Welt wesentlich zurückhaltender äußerte und mehr die Zusammenarbeit von osteuropäischen Verbündeten und China betonte, ist die Tschernenko-Tichonow-Linie mehr auf Ausbau der Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt ausgerichtet, vor allem um den „staatlichen Sektor“ zu

um durch ein möglichst breites und gemeinsam handelndes Bündnis aller sozialistischen oder sozialistisch orientierten Staaten (einschließlich Neutraler wie etwa Indien) ein *politisches* Gegengewicht zur amerikanischen Globalpolitik herzustellen.

Der neue Generalsekretär Gorbatschow ließ in jüngster Zeit auch das Interesse der Sowjetunion an einer Wiederaufnahme des Dialogs mit den westeuropäischen Staaten erkennen<sup>118)</sup>. In seiner Antrittsrede ließ er eindeutig eine *innenpolitische* Schwerpunktsetzung erkennen. In der Außenpolitik bekannte er sich ausdrücklich zur Politik der „friedlichen Koexistenz“ und zur Zusammenarbeit mit dem Westen. Er berief sich auf die Linie des 26. Parteitages von 1981 und seine Vorgänger Andropow und Tschernenko. In seinem jüngsten Interview, in dem er auch einen Stationierungsstopp für SS-20-Raketen ankündigte, ließ er erkennen, wie er sich künftig den Systemwettbewerb vorstellt. Er führte aus, daß „jedes System mit der Kraft des Beispiels und nicht mit Waffengewalt bewiesen wird, welches besser ist.“<sup>119)</sup>

Insgesamt läßt sich feststellen, daß sich die Sowjetführung bewußt ist, daß sie in der Welt des ausgehenden 20. und des nahenden 21. Jahrhunderts nur bestehen kann, wenn es ihr gelingt, durch eine grundlegende Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft eine zu-

---

entwickeln. Im übrigen wird in den offiziellen Verlautbarungen nicht mehr zu nationalen Befreiungskämpfen ermutigt und der „proletarische Internationalismus“ kaum noch erwähnt. Vielmehr wird beklagt, daß die aggressiven Kreise des amerikanischen Imperialismus „alles daransetzen, den sozialen Fortschritt aufzuhalten und verlorene Positionen wiederzugewinnen.“ Vgl. zu letzterem: W. Saganidin (Hrsg.), *Triebkräfte des revolutionären Weltprozesses*, russ. Moskau 1981, Berlin (Ost) 1983, S. 396.

<sup>118)</sup> Neues Deutschland vom 21. Februar 1985, S. 5. Hier könnten jedoch zunächst Großbritannien und Frankreich im Vordergrund stehen.

kunftsorientierte Industriegesellschaft zu errichten. Ökonomisches Wachstum aber ist künftig nur noch durch eine umfassende Anwendung modernster Technologien, die zu einer drastischen Steigerung der Produktivität führt, möglich. Diese Umstellung der Volkswirtschaft von extensivem auf intensives Wachstum in den siebziger Jahren nicht erreicht zu haben, war — bei allen außenpolitischen Erfolgen — das grundlegende Versagen der Breschnew-Ära und bildet die Hauptschwäche für die Zukunft. Dadurch, daß es der UdSSR nicht gelungen ist, sich im sozialistischen Staaten-Bündnis an die Spitze des ökonomischen und technologischen Fortschritts zu setzen, ist sie heute und in Zukunft mehr denn je auf die „Entwicklungshilfe“ der erfolgreichsten Verbündeten angewiesen, allen voran die DDR, mit der bereits 1983 200 Minister- und Regierungsabkommen über gemeinsame Forschungs- und Produktionsprogramme abgeschlossen wurden<sup>120)</sup>. Dies hat auch zu einer Verschiebung der Gewichte im östlichen Bündnis geführt.

Untrennbar mit dieser Umstellung verbunden ist die Schaffung moderner Sozialstrukturen, die jedoch nur erreicht werden können, wenn es gelingt, das spät-stalinistische Gesellschaftssystem zu überwinden. Die chinesischen Pragmatiker haben hier bereits mutig einen neuen Weg beschritten. Daher wird die sowjetische Außenpolitik auf absehbare Zeit eine vom Primat der Innenpolitik bestimmte neue Phase der Ost-West-Zusammenarbeit und Abrüstung anstreben. Eine solche Politik wird sich jedoch erst voll entfalten können, wenn der Generationswechsel in der Führung vollständig vollzogen sein wird.

---

<sup>119)</sup> Neue Zeit Nr. 16 (April) 1985, S. 4.

<sup>120)</sup> H. Weiz, *Wissenschaft und Technik für Gegenwart und Zukunft unseres Landes*, in: *Einheit*, Nr. 3 (1984), S. 199ff.

## Ökologiediskussion und Umweltschutzmaßnahmen in der Sowjetunion

### Einleitung

Die Feststellung, daß auch die Sowjetunion und die osteuropäischen Gesellschaften ihre eigene Umweltproblematik haben, und daß sie gezwungen sind, sich dieser zu stellen, ist mittlerweile keine Sensation mehr. Die Zeit, da der westliche Beobachter den Eindruck gewinnen konnte, als handele es sich bei den Erörterungen ökologischer Probleme in der sowjetischen Presse um die Erörterung „importierter“ Fragestellungen, ist längst vorbei.

Lebte die sowjetische Ökologie-Debatte zu Beginn der siebziger Jahre noch in erheblichem Maße von der ideologiekritischen Kommentierung und Polemik, die durch Veröffentlichungen etwa des „Club of Rome“ im Westen hervorgerufen worden waren, so hat sich im letzten Jahrzehnt offensichtlich der Akzent verschoben hin zu einer Anerkennung der konkreten Formen von Umweltzerstörung im eigenen Land und der Suche nach Lösungsmöglichkeiten. Freilich bedeutet diese Anerkennung nicht den Verzicht auf die ideologiekritische Intervention in die „ökologische Krise“ des Westens, geht es doch nach wie vor um den Nachweis der systemspezifischen Ursachen der Umweltzerstörung und deren Lösungsmöglichkeiten.

### I. Ökologiedebatte im Westen

In den westlichen Gesellschaften hatte die Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre einsetzende Ökologiedebatte von vornherein weit mehr als nur die Unzufriedenheit einzelner Gruppen mit konkreten Fällen von Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung signalisiert. In den meisten Fällen wurden die jeweiligen Formen der Naturzerstörung nur als ein Indiz dafür begriffen, daß die industriellen Gesellschaften an einer qualitativ neuen Stufe angelangt sind. Bereits in den Titeln damals maßgeblicher Veröffentlichungen kam zum Ausdruck, daß ökologische Defekte nicht für sich genommen werden, son-

Wie der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzende der Kommission des Präsidiums des Ministerrats für Umweltschutz und rationelle Nutzung der natürlichen Ressourcen, I. Nowikow, mitteilte, sind allein in den Jahren 1972—1982 mehr als 3 500 Bücher und Broschüren zum Thema Umweltschutz in einer Gesamtauflage von 44 Millionen veröffentlicht und ca. 100 Spiel- und Dokumentarfilme und zahllose Fernsehsendungen gezeigt worden; Dozenten der populärwissenschaftlichen Gesellschaft „Snanie“ hielten, Nowikow zufolge, mehr als 450 000 Vorträge zu diesem Thema; die Mitgliederzahl der Naturschutzgesellschaft „Priroda“ habe mittlerweile einen Stand von ca. 34 Millionen erreicht<sup>1)</sup>.

Wenngleich solche Zahlenangaben keine Aussage über Qualität und Intensität des Umweltbewußtseins zulassen, sind sie sicherlich aber Ausdruck eines gestiegenen Problembewußtseins. Auch das in der Fachdiskussion veröffentlichte statistische Material übertrifft — partiell jedenfalls — bei weitem die von B. Komarow seinerzeit vorgelegten Daten, die damals großes Aufsehen erregt hatten<sup>2)</sup>.

dern als logische Konsequenzen aus einem bestimmten Verhältnis der Gesellschaft zur Natur — sei es nun „industriell“, „postindustriell“ oder „kapitalistisch“ — gesehen werden<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> I. Nowikow, Okruzajuščeje srede — socialističeskoe otnošenje!, in: *Kommunist*, (1982) 14, S. 42.

<sup>2)</sup> B. Komarow, *Das große Sterben am Baikalsee*, Reinbek 1979.

<sup>3)</sup> D. H. Meadows, *The Limits of Growth*, New York 1972; J. W. Forrester, *World Dynamics*, Cambridge (Mass.) 1974; M. Mesarovic/E. Pestel, *Mankind at the Turning Point*, New York 1974; J. Tinbergen u. a., *Reshaping the International Order*, New York 1976.

Ausgangspunkt war in der Regel die Feststellung, daß die Naturschätze objektiv begrenzt seien, daß es unüberschreitbare Konstanten des ökologischen Gleichgewichts gebe und von einer Endlichkeit der Ressourcen auszugehen sei. Die Belastbarkeit der Umwelt mit industriellen Schadstoffen, die Endlichkeit des angesichts der Bevölkerungsexplosion zur Verfügung stehenden Raums, die Begrenztheit der wichtigsten Ressourcen — Wasser, Luft, Erde, Rohstoffe etc. — waren den Autoren zufolge solche Konstanten. Die ökologische Balance und damit die Überlebensfähigkeit der industriellen Systeme könnten nur aufrechterhalten werden, wenn eine radikale Umorientierung in den Leitbildern ökonomischen und sozialen Fortschritts erfolge. Den meisten Autoren ging es nicht mehr bloß um einen Katalog einzelner Maßnahmen, sondern um globale, das System als

ganzes betreffende Änderungen (Veränderung der Wachstumsprioritäten, Problematisierung der Großtechnologie, neue Beziehungen zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern etc.).

Dieses Bewußtsein, daß die „postindustriellen Gesellschaften“ an einer qualitativ neuen Schwelle angekommen seien, hat sich fast zwangsläufig auch in gesellschaftlichen, dann politischen Bewegungen niedergeschlagen.

Nun gibt es zwar in der UdSSR keine den westlichen Gesellschaften analogen „grünen Bewegungen“, wohl aber Indizien dafür, daß aufgrund der Komplexität ökologischer Probleme selbst und aufgrund der Dringlichkeit, sie auch in der Sowjetunion lösen zu müssen, Prozesse in Bewegung kommen und Konfliktlinien sichtbar werden, die über die unmittelbare Umweltschutzthematik hinausgreifen.

## II. Entstehung und Verallgemeinerung eines ökologischen Problembewußtseins in der Sowjetunion

Die Existenz ökologischer Probleme in der UdSSR ist unter sowjetischen Fachleuten sowie in der Presse heute unbestritten. Die generelle Position, die sich durchgesetzt hat, dürfte wohl in der Annahme bestehen, daß der Sozialismus *im Prinzip* die Voraussetzungen für die Lösung von Umweltproblemen erlaube, daß sie sich jedoch nicht automatisch und von selbst lösen.

Der entscheidende „Systemvorteil“ — das staatliche Eigentum an Produktionsmitteln — bedeute, wie I. Frolow ausführt, keineswegs, „daß das ökologische Problem in der UdSSR voll und ganz gelöst ist, daß mit dem Umweltschutz alles zum Besten steht und keine Schwierigkeiten objektiven und subjektiven Charakters entstehen“<sup>4)</sup>.

Darüber hinaus wird anerkannt, daß es durchaus globale und systemunspezifische Erscheinungsformen der Umweltzerstörung gibt: „Das Problem besteht in der UdSSR wie in jedem anderen Industriestaat. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt bewirkt gewisse Veränderungen in der Natur. Etwas anderes ist es, daß sich unter den Verhältnissen der Planwirtschaft die Widersprüche zwi-

schen der Natur und der Industrie leichter lösen lassen. Leichter, aber nicht leicht.“<sup>5)</sup>

Mitunter ähnelt die dramatische Tonlage, in der das „Problem der Wiederherstellung der beträchtlich untergrabenen Einheit der Menschheit mit der Natur“ beschworen wird, gar von einem gefährlichen Wendepunkt in der menschlichen Evolution gesprochen wird, durchaus Stellungnahmen westlicher Umweltspezialisten und Politiker<sup>6)</sup>.

### 1. Ökologiebegriff und Intensivierung der Diskussion

Der Begriff „*estestvennaja sreda*“ (natürliche Umwelt) tauchte in gehäufte Form erst in

<sup>5)</sup> A. Udaltow, Probleme der Ökologie und die Aufgaben der Presse, in: Sowjetunion heute, (1984) 3, S. 20. Der Schriftsteller E. Stawski, der über die Beteiligung der Schriftsteller am Gewässerschutz berichtet, gibt unter anderem an: „Schwierigkeiten haben wir vor allem mit den Verlagen. Einige große zentrale Verlage bringen unsere Sammelbände nicht besonders gerne heraus. Sie fürchten, daß keine Nachfrage nach ihnen besteht. Ich glaube, daß wir sie noch überzeugen können. Was jedoch unsere Erfolge betrifft, so ist es noch zu früh, zufrieden zu sein. Es steht noch sehr viel Arbeit bevor.“ In: Sowjetunion heute, (1984) 3, S. 29.

<sup>6)</sup> So etwa in der Einleitung zu dem Sammelband Umweltschutz und Gesellschaft, Moskau 1983. D. R. Kelley, Environmentals as a New Policy Making Issue, in: K. W. Ryavec (Ed.), Soviet Society and the Communist Party, Amherst 1978, S. 90.

<sup>4)</sup> I. Frolow, Das marxistische Herangehen an das ökologische Problem, in: Umweltschutz und Gesellschaft, Sammelband, Moskau 1983, S. 38.

den siebziger Jahren auf<sup>7)</sup>). In der Bestimmung des Begriffs Ökologie lassen sich folgende Aspekte ausmachen: Erstens wird in der sowjetischen Literatur in der Regel ein sehr umfassender und zugleich anspruchsvoller Begriff von Umwelt bzw. Umweltschutz bevorzugt, weit hinausgehend über den engen Begriff des Naturschutzes; zweitens bemüht man sich, die ökologische Komponente innerhalb des Marxismus neu zu aktivieren bzw. behauptet, der Marxismus hätte seit jeher die ökologische Problematik im Auge gehabt. Schließlich ist auf die Folgerungen, die sich aus einem anspruchsvollen und weit gefaßten Begriff von Umwelt bzw. Umweltschutz ergeben, hinzuweisen.

#### a) Zum Ökologiebegriff

Der Grund für die Intensivierung der ökologischen Diskussion wird von sowjetischen Wissenschaftlern darin gesehen, daß die Beeinflussung der natürlichen Lebensbedingungen durch die Gesellschaft infolge der industriellen und wissenschaftlich-technischen Revolution einen Grad erreicht hat, der die heute lebenden Generationen dazu verpflichtet, bereits die Spätfolgen der Eingriffe in die Natur zu bedenken und zu kalkulieren. Hier liege eine wichtige Differenz zum 19. Jahrhundert, dem „eisernen Zeitalter“.

Das Ziel der menschlichen Einwirkung auf die Natur — die Umgestaltung der Natur aus einem wilden und gefährlichen, für den Menschen riskanten Milieu zu einem kultivierten, gefahrlosen — lasse sich nur verwirklichen, wenn der Mensch dabei den Funktions- und Evolutionsgesetzen der Biosphäre als „eines ganzheitlichen, sich selbst regulierenden Systems“ gehorche: „Das bedeutet, daß das ökologische Problem heute nicht nur und nicht so sehr als Problem der Verunreinigung der Umwelt und ähnlicher negativer Folgen der wirtschaftlichen Tätigkeit des Menschen auf der Erde betrachtet werden kann. Es wird vielmehr zu einem Problem der Verwandlung des spontanen Einflusses der Menschen auf die Natur in ein bewußtes, zielgerichtetes und sich planmäßig entwickelndes Zusammenwirken mit ihr.“<sup>8)</sup>

Freilich sind die Definitionen auch geprägt von den jeweiligen Fachdisziplinen; der Um-

7) Vgl. Z. Frank-Ossipoff, *L'attitude des collectivités soviétiques à l'égard de l'environnement*, in: *Revue des Pays de l'Est*, (1973) 2, S. 17—61, hier S. 27.

8) *Umweltschutz und Gesellschaft*, Einleitung, S. 7.

weltbegriff des Geophysikers etwa weist andere Nuancen auf als der des Mediziners.

So versteht G. I. Zaregorodzew unter Umwelt des Menschen „die Gesamtheit der biochemischen und physiko-chemischen Bedingungen, die für die Lebenstätigkeit des Menschen erforderlich sind.“ Sehr wichtig ist sein Hinweis auf die Gefahr, die in einem extensiv interpretierten Ökologiebegriff liegt: „Man darf den Begriff jedoch nicht soweit fassen, daß er die gesellschaftlichen Verhältnisse einschließt, denn das führt zur Auflösung des Gesellschaftlichen im Ökologischen und zur Auflösung der Gesellschaftswissenschaften in der Ökologie.“<sup>9)</sup>

A. Sidorenko zufolge hat sich der Umweltbegriff aufgrund des radikal erweiterten Einflusses des Menschen auf die Natur beträchtlich erweitert: Umwelt ist „nicht nur unberührte Natur, die faktisch nur noch in Naturschutzgebieten erhalten bleibt. Der Mensch lebt und arbeitet in einer Umwelt, auf die er bereits mehr oder weniger eingewirkt hat.“<sup>10)</sup>

Für das neue Umweltbewußtsein dürfte eine Feststellung B. Laskorins charakteristisch sein, derzufolge sich „eine Wende von der Idee der absoluten Herrschaft über die Natur zur Idee des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur als eines zwischen zwei ihrem Potential nach einander ebenbürtigen Partnern (vollzieht). Dem Bewußtsein einer potentiellen und mitunter auch einer wirklichen Überlegenheit der Gesellschaft über die Natur entspringt die Einsicht in die Notwendigkeit, soziale und natürliche Prozesse einheitlich, ausgewogen und verantwortungsvoll zu steuern.“<sup>11)</sup>

In dieser Formulierung ist offensichtlich an die Stelle des prometheischen Pathos, wie es lange vorherrschend war und wie es in Losungen der Art „Erobere die Natur!“ zum Ausdruck kam, eine behutsamere Auffassung getreten. Die Hauptdifferenz in der Betrachtung ökologischer Probleme, wie sie von sowjetischen Ökologen gesehen wird, besteht darin, daß für sie „vom Standpunkt des historischen

9) G. I. Zaregorodzew, *Gesellschaft, Umwelt, Medizin*, in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, (1975) 7, S. 735, Fußnote 6.

10) A. Sidorenko, *Das Problem der rationellen Nutzung natürlicher Ressourcen in der UdSSR*, in: *Umweltschutz und Gesellschaft*, S. 63—72, hier S. 64.

11) B. Laskorin, *Die Entwicklung der Produktion und der Umweltschutz*, in: *Umweltschutz und Gesellschaft*, S. 73—84, hier S. 75.

Materialismus aus" gilt, „daß für die Beseitigung der ökologischen Gefahr die Liquidierung der Privateigentumsverhältnisse und Klassenantagonismen unentbehrlich ist". Dies sei nicht nur Ergebnis theoretischer Analyse, sondern „Verallgemeinerung der Praxis des realen Sozialismus...“, der unvergleichlich bessere soziale und materielle Voraussetzungen für die Lösung des ökologischen Problems schafft als der Kapitalismus<sup>12)</sup>.

### b) Zum Umweltschutzbegriff

In der sowjetischen Literatur sind oft die Termini Biosphäre, Biotechnosphäre oder gar — als höchste Form einer bewußt geplanten und regulierten Umwelt — Noosphäre gebräuchlich. Sie umfassen soziale, ökonomische, politische, kulturelle, sogar völkerrechtliche Aspekte. Entsprechend weit ist der aus solchen umfassenden Begriffen folgende Begriff des Umweltschutzes. Schutz der Umwelt — im Unterschied zum Naturschutz — beruht, der Bestimmung L. Jastrzebskis zufolge, auf:

„a) der Sicherung der normalen Zirkulation natürlicher Güter zwischen dem Menschen und den Naturelementen, die die Grundlage des menschlichen Lebens bilden und auf die sich sehr wesentliche negative Erscheinungen der menschlichen Tätigkeit auswirken (Boden, Luft);

b) dem Schutz der Menschen vor ungünstigen Umwelteinflüssen durch die Verbesserung seiner Wohn- und Arbeitsverhältnisse und durch die Neutralisation der Verschmutzungen (Abfälle, Strahlung) und Umweltzerstörungen (Lärm, Vibrationen) sowie auf der Verbesserung der territorialen Bedingungen, unter denen das Leben und die Arbeit des Menschen stattfinden (Planung und Bau von Siedlungen, rationelle Streuung der Betriebe und Erholungsplätze, Anlage von Grünstreifen usw.); und

c) dem Schutz des Menschen vor den Naturgewalten (Überschwemmungen, Brände, Erdbeben)...<sup>13)</sup>

Als „besonders anspruchsvoll“ am sowjetischen Umweltschutzgedanken kann bezeichnet werden, daß es offensichtlich — jedenfalls auf der programmatisch-propagandistischen

Ebene — nicht primär darum geht, Mißstände abzubauen, Zerstörungen zu begrenzen und anderes mehr, sondern weitergehend darum, die gesamte Umwelt unter einem positiven Programm umzugestalten.

Sowjetische Autoren nennen dies den ökologischen „Optimismus“, der sich aus der Struktur und den Eigenschaften der sowjetischen Gesellschaft ergebe. Man wolle sich nicht begnügen mit der Vermeidung von Umweltschäden, sondern setzt auf die „bewußte Regulierung der Naturprozesse“, auf eine „rationelle Beherrschung der Natur“, auf eine „vernunftgemäße Umgestaltung der Natur“.

In den Fachdiskussionen von Ökonomen, Geographen u. a. stehen naturgemäß die konkreten Probleme im Vordergrund und der Plan reagiert wohl eher, als daß er prospektiv „bewußt und rationell umgestaltet“. Allerdings hat das hohe Anspruchsniveau der sowjetischen Verlautbarungen zum Umweltschutz eine wichtige Kehrseite: Es verpflichtet und steht daher unter besonderem Erfolgs- und Legitimationsdruck.

## 2. Wiederentdeckung der ökologischen Komponente im Marxismus

Es ist nicht nur eine Pflichtübung des Ideologiebetriebes, wenn sowjetische Gesellschafts- und Naturwissenschaftler auf jene Passagen und Aspekte der Marxschen Theorie zurückgreifen, die sich mit der Beziehung Mensch—Natur beschäftigen, sondern es liegt im Charakter und den Entstehungsbedingungen des Marxismus begründet, daß dieser Aspekt tatsächlich fundamental in ihm bearbeitet und reflektiert ist. Der Marxismus läßt sich verstehen als theoretische Spiegelung des epochalen Vorgangs, der ihn hervorgebracht hat: der industriellen Revolution. Dies ist erstmalig und überzeugend von E. Nolte dargelegt worden<sup>14)</sup>.

Passagen wie jene von der „Humanisierung der Natur“ und der „Naturalisierung des Menschen“ sind im Marxschen Denken nicht zufällig und nicht allein ein Erbstück der deutschen idealistischen Philosophie, sondern auch Reflex auf den von der Industrialisierung hervorgerufenen Umbruch, auf die neue Stufe in der Entzweiung von Mensch und Natur. Mit der Entstehung der modernen bürgerlichen Gesellschaft habe sich, so Marx,

<sup>12)</sup> I. Frolow (Anm. 4), S. 33.

<sup>13)</sup> L. Jastrzebski, Der Schutz der natürlichen Umwelt im Lichte der Gesetzgebung und der Rechtslehre einiger sozialistischer Länder, in: Die Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungswissenschaft, (1982) 15, S. 113—123, hier, S. 114.

<sup>14)</sup> E. Nolte, Marxismus und Industrielle Revolution, Stuttgart 1983.

auch das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur gewandelt und sei geprägt von den gesellschaftlichen Antagonismen, insbesondere von der Unterordnung der stofflichen Produktionsbedingungen unter die Zwecke der Mehrwerterzeugung. Marx erwartete, daß in einer höheren Form der Vergesellschaftung der Arbeit sich auch die Beziehung der Gesellschaft zur Natur verändern würde<sup>15)</sup>.

Mit nicht wenigen anderen Denkern des 19. Jahrhunderts teilte er einen vehementen Fortschrittsglauben, eine Vorstellung, daß „sich alles machen läßt“. Daß die Marxsche Theorie, durch den Gang der geschichtlichen Ereignisse zu einer Ideologie geworden, so sehr zur Apologie eines forcierten Industrialismus geworden ist, hängt sicherlich damit zusammen, daß der Marxismus in den Ländern Verbreitung gefunden hatte, die die nachzuholende Industrialisierung noch vor sich hatten. Es kann daher kaum verwundern, wenn etwa in Rußland, wo es nach der Revolution um die Weiterführung bzw. radikale Vertiefung der Industrialisierung ging, die technik- oder ökologiekritischen Potentiale der Marxschen Theorie aus dem Verkehr gezogen worden sind<sup>16)</sup>.

Wenn diese heute erneut von sowjetischen Fachleuten erschlossen werden, dann sicherlich auch deshalb, weil sie mit Problemen konfrontiert sind, die sich *aus* der Industrialisierung ergeben haben. Wenngleich die Marxsche Theorie, wie ausgeführt, ein spezifisches Erklärungspotential in ökologischen Fragen hat, ist es andererseits doch wieder eine Übertreibung, wenn z. B. I. Gerassimow behauptet, der Marxismus habe erstmalig die dialektische Einheit biologischer und sozialer Faktoren „eindeutig“ ermittelt und Marx und Engels hätten die Tätigkeit des Menschen „niemals als Gegensatz zur Natur“ dargestellt<sup>17)</sup>. Realgeschichtlich fungierte der Marxismus doch über weite Strecken als *die* Ideologie der Anthropogenese und der Beherrschung der Natur durch den Menschen.

Es ist aber bezeichnend, wenn man heute an jenen Aspekten anknüpft, die selbstkritischer

---

<sup>15)</sup> Vgl. besonders: K. Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW, Ergänzungsband, Erster Teil, Berlin (Ost) 1977, S. 465—588.

<sup>16)</sup> Zur historischen Umkehrung von Marxismus und Industrieller Revolution vgl. E. Nolte (Anm. 14), S. 520 ff.

<sup>17)</sup> I. Gerassimow, Methodologische Aspekte der Ökologisierung der Wissenschaft, in: Umweltschutz und Gesellschaft, S. 85—103, hier S. 90.

und bescheidener auf die Grenzen menschlich-gesellschaftlichen Handelns eingehen, und wenn mit Vorliebe jene Stellen zitiert werden, die die Ambivalenz und die Opfer der Industrialisierung hervorheben, etwa die, daß „die Kultur — wenn naturwüchsig voranschreitend und nicht bewußt beherrscht — Wüsten hinter sich zurückläßt“ (Marx), oder die Warnung Engels' vor den scheinbaren Siegen des Menschen über die Natur<sup>18)</sup>.

### 3. Ökologiekritik als Kapitalismuskritik und Moment der Systemauseinandersetzung

In der Konjunktur, die ökologische Literatur im Westen seit geraumer Zeit hat, sehen sowjetische Theoretiker ein Krisensymptom: „Der mühevoll-prozeß der ‚Umwertung aller Werte‘, wie er nunmehr in der bürgerlichen Wissenschaft und Ideologie eingesetzt hat, ist ein wichtiges Symptom für die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus“<sup>19)</sup>. Die bürgerlichen Denker, so heißt es weiter, seien aber nicht in der Lage, die ökologischen Krisensymptome und ihre Zuspitzung auf die Systemvoraussetzungen des Kapitalismus zurückzuführen, d. h. auf die Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln und den Zwang zur Verwertung des Kapitals. Theoretiker wie die des „Club of Rome“ und andere kritisierten nur abgeleitete Phänomene — Verknappung der Rohstoffe, der Energie, Verschmutzung der Umwelt, Bevölkerungsexplosion — und beschränkten sich in ihren Lösungsvorschlägen auf Reformen. Trotz des radikalen und ernsten, zuweilen endzeitlichen Tons, der den Diagnosen und Prognosen westlicher Ökologen zugrundeliege, sei die Kritik halbherzig und beschränkt: „Wie ihre Vorgänger vermochten es auch die Autoren des letzten Berichts an den Club of Rome nicht, sich von einer Reihe für die bürgerliche Wissenschaft und Ideologie traditioneller Grundpositionen zu lösen. In ihrer Arbeit werden die marxistisch-leninistische Weltanschauung und verschiedene ideologische Strömungen der bürgerlichen Gesellschaft im Grunde auf die gleiche Stufe gestellt. Indes vermag gerade die marxistische Ideologie, weil sie die Wirklichkeit und deren Entwicklungsgesetze wissenschaftlich erklärt,

---

<sup>18)</sup> MEW, Bd. 32, S. 53, Bd. 20, S. 452 f.

<sup>19)</sup> J. Fjodorow, Der Club of Rome. Bürgerlicher Reformismus auf der Suche nach einem Ausweg, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, (1978) 6, S. 615.

der Menschheit nicht nur Ziele zu geben und zu begründen, sondern auch Wege zu ihrer Verwirklichung aufzuzeigen, die gangbar sind." Die von westlichen Ökologen gelieferten Analysen brächten allerdings — trotz des utopischen Charakters mancher Vorstellungen — „viele Seiten der kapitalistischen Wirklichkeit“ zum Vorschein, „deren Beantwortung früher oder später zu der Überzeugung führen wird, daß eine grundlegende Umgestaltung des Gesamtsystems der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse notwendig und der Sozialismus zur Voraussetzung für den weiteren Fortschritt der Menschheit geworden ist“<sup>20)</sup>.

Die weltanschauliche Beschränktheit westlicher Theoretiker habe auch ein methodologisches Pendant: Ihr „quantitatives Herangehen“<sup>21)</sup> sei abstrakt, an bloß statistischen Vergleichen orientiert und verhindere so die Einsicht in die klassenspezifischen Ursachen von Umweltproblemen.

Besonders empfindlich reagieren sowjetische Ideologen vor allem dann, wenn westliche Ökologen keinen Unterschied in ihrer Kritik westlicher bzw. östlicher Gesellschaften machen, wenn an die Stelle des Begriffspaares „Kapitalismus/Sozialismus“ jenes von „reichen/armen Ländern“ tritt: „In vielen Modellen überwiegt jedoch bis heute die abstrakte Gegenüberstellung von „armen“ und „reichen“ Ländern (zu den letzteren gehören sowohl kapitalistische als auch sozialistische Länder). Dabei werden die Unterschiede im Bereich der Kultur nicht in Betracht gezogen, während die soziale Differenzierung innerhalb der Länder nur im Rahmen einer partiellen empirischen Sozialforschung beachtet wird. Die Regionen werden als etwas Konstantes fixiert; ihre Entwicklung und die dort vor sich gehenden qualitativen Wandlungen werden gewöhnlich außer acht gelassen. Die meisten globalen Modelle, an denen heute im Westen gearbeitet wird, sind von der bürgerlichen Weltanschauung und vom bürgerlichen Apologetismus unter dem Deckmantel des ‚Objektivismus‘ und Empirismus positivistischer Prägung durchdrungen... Es ist offensichtlich, daß die globale Modellierung eine Arena scharfer ideologischer Auseinandersetzungen darstellt, weil sie mit der Herausbildung einer mehr oder minder konkreten Vorstellung von

der Zukunft der Menschheit verbunden ist. Hier werden unweigerlich zwei Konzeptionen miteinander konfrontiert — eine kommunistische und eine kapitalistische.“<sup>22)</sup>

Das Bestehen auf der Systemdifferenz von Umweltschutz wird mitunter mit Zahlen nachgewiesen, die belegen, daß die Industrieländer der westlichen Welt als Hauptverschmutzer von Umwelt in Frage kommen. Nach I. Chovanko produzieren diese Länder allein 63% der Gesamtschadstoffe der Welt, obgleich sie nur 58% der Weltproduktion und nur 27% der Weltbevölkerung stellen<sup>23)</sup>.

Offensichtlich ist die Herausarbeitung der Systemdifferenz auch in anderer Hinsicht von Bedeutung. Bekanntlich sind die Länder Osteuropas in den Augen der umweltbewußten Öffentlichkeit des Westens nicht das „gelobte Land der Ökologie“. Für sie macht es keinen Unterschied, ob es sich um die Luftverschmutzung in Zwickau, Karl-Marx-Stadt, Bratislava oder die in Bottrop, Köln oder Mailand handelt, ob die Atomkraftwerke diesseits oder jenseits der deutsch-deutschen Demarkationslinie stehen, ob der Wald am sauren Regen in der Tschechoslowakei oder in Bayern stirbt.

Einer Instrumentalisierung der westlichen Ökobewegungen zugunsten der Sowjetunion steht sozusagen das schlechte Beispiel, das die Sowjetunion in ökologischen Fragen auf vielen Gebieten abgibt, im Wege. Damit ist keineswegs gesagt, daß innerhalb der grünen Bewegung ein kritisches Bewußtsein dominant wäre, das seinen Blick auch über die eigene engere Umwelt hinaus gerichtet hätte.

Dem in vieler Hinsicht plausiblen Beitrag zur Systemauseinandersetzung sind von zwei Seiten her Grenzen gesetzt: Krisen wie die ökologische sind in westlichen Gesellschaften nicht nur, wie sowjetische Theoretiker in der Regel annehmen, Verfallserscheinungen, sondern Ausdruck von Regenerations-, Lern- und Innovationsprozessen. Zum anderen trägt eine Kritik, die ihre Überlegenheit nicht praktisch demonstrieren kann, nicht allzuweit.

#### 4. Ökologische Kritik als Aspekt ideologischer Intervention

Es ist keine Unterstellung, sondern wird von sowjetischen Vertretern selbst deutlich und

<sup>20)</sup> Ebd., S. 631.

<sup>21)</sup> So I. D. Laptew, *Ékologičeskije problemy: Social'no-političeskij i ideologičeskij aspekty*, Moskau 1982.

<sup>22)</sup> D. Gwischiani, *Die Modellierung der Globalentwicklung*, in: *Umweltschutz und Gesellschaft*, S. 144.

<sup>23)</sup> I. Ju. Chovanko, in: *Voprosy Ekonomiki*, (1982) 2, S. 104.

bestimmt ausgesprochen, daß die Überwindung der ökologischen Krise des Westens an die Überwindung des Kapitalismus geknüpft sei und folglich eine erfolgreiche ökologische Strategie an den Sieg des Sozialismus weltweit gebunden sei. Erst mit der Durchsetzung des realen Sozialismus auf der Erde werde der Planet von seinen ökologischen Wunden kuriert werden können, alles andere laufe nur auf Kosmetik hinaus.

H. Dahm hat den Sinn dieser These bereits analysiert. Das Material hierzu lieferte u. a. Kowalski, bei dem es heißt: „Im Verlauf der Kundgebungen der Werktätigen für eine demokratische Alternative reift die Aussicht auf eine sozialistische Lösung der Umweltfrage. Anders gesagt: Die revolutionäre Arbeiterbewegung verbindet den Kampf für die vollständige Lösung des Umweltproblems mit dem Kampf für den Sozialismus ... Die Kommunisten verknüpfen den Kampf für gesundheits-erhaltende Lebensbedingungen der Menschen mit dem Kampf für radikale soziale Veränderungen. Das Ziel dieses Kampfes besteht darin, zum Wohl des jetzigen Geschlechts wie auch künftiger Generationen der Erde eine neue sozialistische Lebensweise zu schaffen.“<sup>24)</sup>

Ökologische Bewegungen avancieren damit zu einer neuen Komponente im Kräfteverhältnis zwischen den Systemen. Von sowjetischer Seite werden sie als potentielle Bündnispartner in der großen Bewegung für „Frieden, Demokratie und Sozialismus“ eingestuft.

Der globale Charakter ökologischer Probleme selbst legt deren Behandlung auf internationaler Ebene nahe, so daß man in gewissem Sinne tatsächlich auch von einer „Ökologisierung“ der Außenpolitik sprechen kann (Internationale Abkommen über Umweltschutz, Reinhaltung der Meere, Schutz der Arten; die Verquickung der Energiefrage mit dem Erdölmonopol der Länder des Nahen Ostens; die Verquickung von Kapitalexport und Ruinierung ganzer Landstriche in Ländern Südamerikas etc.).

Schließlich ist sogar die Verbindung zwischen ökologischen Aufgaben und Abrüstungsaufgaben hergestellt worden. Die These, daß alle diese global auftretenden Probleme dank der Existenz des sozialistischen Lagers auf einer

<sup>24)</sup> Zit. nach H. Dahm, Ökologie und „Wissenschaftlicher Kommunismus“, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), (1980) 13, S. 13.

„qualitativ neuen Stufe“ behandelt werden können, besagt praktisch nichts anderes, als daß die Sowjetunion einen Führungsanspruch in all diesen Fragen auf internationaler Ebene beansprucht<sup>25)</sup>.

So ist auch die Natur bzw. die Erhaltung der Natur zu einem Feld der Systemauseinandersetzung, in erster Linie der Auseinandersetzung zwischen den Führungsmächten des östlichen und des westlichen Blocks geworden.

Auf einen wichtigen Aspekt soll in diesem Zusammenhang noch hingewiesen werden: Gegenwärtig sind zwei eng miteinander verbundene Prozesse zu beobachten — eine Politisierung der Ökologie und eine Ökolisierung der Politik.

Das erste Phänomen resultiert aus der Einsicht, daß die Gestaltung der Umwelt gesellschaftlich geprägt und somit Feld für politisches Handeln ist. Das zweite Phänomen resultiert aus der Einsicht, daß politisches Handeln heute auch mit den Begrenzungen der natürlichen Umwelt im weitesten Sinne zu rechnen hat.

Noch knapper kann man es auf die Formel von der Naturalisierung der Politik und der Politisierung der Natur bringen. Der suggestive Druck, der in der These von der Naturschranke politischen Handelns und in der These vom sozialen Charakter der natürlichen Umwelt liegt, besonders dann, wenn die Thesen die Form von Imperativen annehmen („Wir müssen umkehren, ehe es zu spät ist“ etc.), kann Aufklärung und Problemlösungen nicht nur forcieren, sondern auch blockieren. Angesichts der Hochkonjunktur von Endzeitstimmung und angesichts der Instrumentalisierung der Ökokrise für den „ideologischen Klassenkampf“ könnte der Beitrag zur „Systemauseinandersetzung“ lauten, nicht primär zu zeigen, was getan werden *muß*, sondern was getan *wird* — im Osten wie im Westen.

## 5. Ökologische Kritik in der Sowjetunion als Selbstaufklärung

Ökologische Maßnahmen sind Korrekturmaßnahmen und haben die Einsicht in die Ursache unerwünschter Folgen des herrschenden Wirtschaftssystems zur Voraussetzung. Die ökologischen Aktivitäten der UdSSR in den letzten Jahren sind das Eingeständnis, daß die Umweltschutzpolitik bisher

<sup>25)</sup> D. Gwischiani (Anm. 22), S. 148.

nicht effektiv genug war oder daß diese überhaupt erst entwickelt werden muß.

Dies geschieht in der UdSSR — nicht anders als im Westen — nicht aus einer abstrakten Liebe zur Natur, sondern aus wohlverstandener Eigeninteresse der betroffenen Gesellschaft, aus der Erkenntnis, daß die Folgewirkungen und Folgekosten der Umweltschädigungen immer schwerer zu verkraften sind — physisch, sozial, finanziell.

Die Frage ist also nicht mehr, ob sich die Sowjetunion dem Problem stellt, sondern ob die Behandlung der ökologischen Problematik Indiz für weitergehende Entwicklungen ist. Th. Gustafson weist darauf hin, daß die wichtigste Frage „letzten Endes“ die folgende ist: „Kann das politische System, das sich innerhalb der ersten beiden Generationen unter sowjetischer Herrschaft entwickelt hat, Reformen bewerkstelligen, die den Problemen der dritten Generation gewachsen sind und auch akzeptable und effektive Maßnahmen, um diese ins Werk zu setzen, ohne die Basis der eigenen Macht zu gefährden?“<sup>26)</sup>

In diesem Zusammenhang spricht vieles dafür, daß die Ökoproblematik nicht nur den Problemstau in der sowjetischen Gesellschaft erhöht hat, sondern — soweit eine Beurteilung auf Grund von theoretischen Aussagen möglich ist — auch die Fähigkeit, mit ihr fertig zu werden.

Für diese im theoretischen Diskurs manifest werdende Fähigkeit können folgende Punkte genannt werden:

1. Innerhalb der Theorie wird ein Denkstrang aktualisiert, der Themen aufgreift, die für die marxistisch-leninistische Schulphilosophie bislang wenn nicht tabu, so doch peripher waren. Nicht nur Marx wird aus einer ökologischen Perspektive neu gelesen, sondern auch die großen europäischen Philosophen Kant, Fichte und insbesondere Schelling<sup>27)</sup>.

2. Zugleich wird die Frage debattiert, welcher Status der Ökologie im System der Wissenschaften selbst zukomme. Soll sich die Ökologie zu einer selbständigen komplexen Disziplin entwickeln oder sollen die traditionellen Wissenschaften selbst „ökologisiert“ werden?

Die Brisanz der Frage nach dem Status der Ökologie besteht darin, daß die Ökologie von ihrem Gegenstand her eine ganzheitliche Herangehensweise erfordert und als eine Art Metatheorie leicht zur Konkurrenz der etablierten Metatheorie — der „marxistisch-leninistischen Theorie“ — werden kann. Dieser Aspekt ist von Gerassimow in einem interessanten Beitrag erörtert worden: „Kann die Ökologie in ihrer neuzeitlichen Bedeutung als eine neue und selbständige Wissenschaft an der Grenze zwischen den Natur- und Gesellschaftswissenschaften betrachtet werden? Nach meinem Dafürhalten wäre eine solche Verfahrensweise aus methodologischer Sicht zu simplifizierend, weil sie den Sinngehalt dieses Begriffs nicht erhellen, die ökologischen Forschungen nicht abgrenzen sowie Objekte und Methoden verschiedener Wissenschaften durcheinander bringen würde ... Daher halte ich es für richtiger, die Ökologie als eine besondere allgemeinwissenschaftliche Betrachtungsweise der Erforschung verschiedener Objekte von Natur und Gesellschaft zu behandeln. Zielsetzung der ökologischen Betrachtungsweise ist, die Beziehungen zwischen dem Forschungsobjekt der jeweiligen naturgeschichtlichen bzw. sozialökonomischen Wissenschaft und seiner natürlichen Umwelt zu ermitteln und zu untersuchen. Ihre Anwendung muß auf Erkenntnisse und Methoden verschiedener Wissenschaften — Biologie, Soziologie usf. — basieren.“<sup>28)</sup>

Auch wenn sich Gerassimow für einen ökologischen methodologischen Ansatz und nicht für eine Ökologie als Metatheorie entscheidet, dürften die Folgen auch seiner Version nicht unbedeutend sein. Sie besagen, daß alle Spezialdisziplinen ökologisch sensibilisiert, für ökologische Fragestellungen durchlässig gemacht werden. Im Grunde bedeutet dies, daß eine methodologisch bedingte Verunsicherung der bestehenden Wissenschaften stattfindet, die für den Wissenschaftsbetrieb in der Regel fruchtbar wirkt.

3. Ein weiteres Element kann man als Abschied von einem eindimensionalen Fort-

<sup>26)</sup> Th. Gustafson, *Environmental policy under Brezhnev. Do the Soviets really mean Business*, in: D. R. Kelley (Ed), *Soviet Politics in the Brezhnev Era*, New York 1980.

<sup>27)</sup> Ausführlichere Darstellungen der ideologischen Positionen: I. D. Laptew (Anm. 21); C. M. Lejbin, „Modeli mira“ i obraz čeloveka. Kritičeskij analiz čedj Rimskogo kluba, Moskau 1982. In der äußerst populären und populärwissenschaftlichen Reihe „Leben bedeutender Menschen“ ist in einer Auflage von 100 000 Exemplaren Arsenij Gulygas Buch über Schelling erschienen (1982). Schelling wird darin als „Zeitgenosse inkognito“ anerkannt (S. 5).

<sup>28)</sup> I. Gerassimow, *Methodologische Aspekte der Ökologisierung der Wissenschaft*, in: *Umweltschutz und Gesellschaft*, S. 85—103, hier S. 94.

schrittsbegriff bezeichnen. Zwar gab es immer schon einen Begriff, der über die bloße Produktionsstatistik hinausgriff und eine Qualität des gesellschaftlichen Lebens meinte — nämlich „sozialistische Lebensweise“ —, doch bezeichnet ein ökologisch raffinierter Begriff von Umwelt eben doch etwas anderes: Die Bezugsgröße, zu der sich der Mensch ins Verhältnis setzt, ist Natur und Umwelt und nicht ein bestimmtes Ideal vom menschlichen Zusammenleben. Ob man will oder nicht: Die Forderung nach einer menschlichen Umwelt meldet auch einen Anspruch nach einer „ganzheitlichen“ Lebensform an, in der nicht allein Indikatoren des Wohlstandes zählen, sondern auch andere Größen.

Nun gibt es gerade auf russischem Boden eine ausgeprägte Denktradition unter dem Titel „Ganzheitsphilosophie“. Ob die Ausbildung ganzheitlichen Philosophierens primär mit dem Erbe des östlichen Christentums zu erklären ist oder mit der an der Peripherie Europas besonders krass gemachten Erfahrung der Moderne, muß dahingestellt sein. Jedenfalls steht fest, daß wichtige Topoi der Kultur- und Zivilisationskritik von russischen Denkern herausgearbeitet worden sind.

W. Goerdt hat jüngst auf die Modernität und Aktualität russischer Philosophen in bezug auf ökologische Probleme hingewiesen<sup>29)</sup>. So tritt etwa die Natur bei W. Solowjow als selbständiges Subjekt-Objekt in Erscheinung, das auch „Recht auf unsere Hilfe“ für sich beansprucht: „Das Ziel der Arbeit ist in bezug auf die materielle Natur nicht ihre Nutzung zur Gewinnung von Sachen und Geld, sondern die Vervollkommnung dieser Natur selbst — die Belebung dessen, was in ihr tot, die Vergeistigung dessen, was in ihr stofflich ist.“<sup>30)</sup> Neben Solowjow sind L. Tolstoi, N. F. Fjodorow und N. Berdjajew als Vertreter dieser großen Tradition russischer Kultur- und Zivilisationskritik zu nennen.

<sup>29)</sup> W. Goerdt, *Russische Philosophie. Zugänge und Durchblicke*, Freiburg-München 1984, S. 499 ff.

<sup>30)</sup> Zit. nach W. Goerdt (Anm. 29), S. 500.

<sup>31)</sup> F. N. Federow, *Sočinenija*, Moskau 1982. Wie sich verschiedene Aspekte der Ökologie auch in

Könnte es nun nicht sein, daß die sowjetische Philosophie sich aus der ökologischen Perspektive heraus zu einer Anerkennung der Pioniere modernen ökologischen Denkens entschließt? Die freilich nicht unumstrittene Herausgabe von Schriften N. F. Fjodorows vor einigen Jahren könnte darauf hindeuten<sup>31)</sup>.

Die Ökologisierung bestimmter Disziplinen könnte sich auswirken in der Formulierung neuer Fragestellungen. So ist z. B. die bestehende Preisbildungspraxis und die ihr zugrundeliegende Werttheorie, derzufolge Erde, Wasser, Naturstoffe keinen „Wert“ haben, längst unter Druck geraten, wenn auch eher aus Gründen der Effektivierung der Produktion und nicht aufgrund theorie-immanenter Überlegungen.

Schließlich zeigt sich in den Debatten, die über die Umsetzung des Umweltprogramms geführt werden, daß die Organisation der Planung, Leitung und Kontrolle verstärkt gefordert ist. Mehr als in anderen Bereichen wirkt sich bei der Lösung von Umweltfragen die Rivalität von Ministerien, Ressortgeist, der Parallelismus von Behörden hinderlich aus.

Umweltschutz erfordert elastischere, subtilere Planungs- und Leitungsmethoden; mit „command economy“, Kampagnen- und Stoßarbeitermentalität ist beim Eingehen auf die sehr differenzierten, lokalen Gegebenheiten und angesichts der Langfristigkeit ökologischer Prozesse nur wenig auszurichten. Andererseits jedoch: Verführt nicht gerade der Umfang und die Komplexität der Umweltprobleme dazu, dem herkömmlichen Zentralismus neue Argumente zuzuführen, d. h. die Starrheit der Planungs- und Leitungsinstanzen zu festigen? Die ökologische Herausforderung ist letztlich auch eine Probe darauf, ob ein System, das Ch. Lindblom ein System aus „starkem Daumen und schwachen Fingern“ genannt hat, mit ihr fertig werden kann.

der UdSSR zu einem „Syndrom“ verbinden (Ökologische Kritik als Ökonomie- und Technikkritik und als Symptom für ein Gefühl des Heimatverlustes), wird herausgearbeitet in: K. Schlögel, *Ökologiediskussion in der Sowjetunion*, in: *Berichte des BIOSt* (1984) 49, S. 58—75.

### III. Umweltprobleme und Umweltschutzmaßnahmen in der Sowjetunion

#### 1. Problembereiche

Ohne in diesem Beitrag en detail auf die konkreten Umweltprobleme eingehen zu können, lassen sich die Problembereiche doch kurz wie folgt zusammenfassen<sup>32)</sup>.

Als ökologische Besonderheiten der UdSSR sind zunächst in Rechnung zu stellen: die ungünstige Verteilung der Wasservorräte (Konzentration im Norden, Knappheit im Süden), die trotz Größe des Landes begrenzte agrarisch nutzbare Fläche, das ökologische Gefälle von West nach Ost. Eine Besonderheit ergibt sich weiter aus dem unterschiedlichen Grad der Industrialisierung und Modernisierung in den verschiedenen Landesteilen. Strukturell bedingte Besonderheiten liegen im geringen Aufkommen von Privatautos, Privathäusern, „Wohlstandsmüll“ und Verpackungsindustrie einerseits und den zentralen Planungs-, Leitungs- und Kontrollinstanzen andererseits. Schließlich spielt auch die traditionelle Einstellung der Bevölkerung zur Natur — Natur sei unerschöpflich, natürliche Ressourcen gehörten niemandem etc. — eine Rolle.

Eine Übersicht über die hauptsächlichen Umweltverschmutzungsursachen ergibt: Eine besondere Rolle bei der Verschmutzung von Wasser, Erde und Luft spielen die Energiewirtschaft, die Schwarzmetallurgische- und Buntmetall-Industrie, die Erdölförderung und petrochemische Industrie, die Holz- und Papierindustrie. Neben der Industrie gewinnt auch die Landwirtschaft als umweltverschmutzender Faktor infolge des erhöhten Einsatzes von Düngemitteln und Pestiziden an Bedeutung.

Luftverschmutzung, Wasserverschmutzung und Störung des Wasserhaushaltes, Gefährdung des Bodens, Verknappung der Rohstoffe sind einige, Atomenergie, Hochseefischfang, Reduzierung der Tierarten und Verschmutzung des Kosmos andere Aspekte des Umweltproblems. Auch die Umleitung der Flüsse des Nordens nach Süden, die z. T. trotz der auch von sowjetischen Fachleuten nicht bestrittenen ökologischen Folgen noch aktuell sind, bedürfen hier der Erwähnung. Dabei

kann man die These vertreten, daß in den großen industriellen Zentren der Grad an Umweltverschmutzung durchaus an denjenigen in Industrieregionen in Westeuropa und Nordamerika heranreicht (zentraler Industriedistrikt um Moskau, Donbass, Zentraler und Südlicher Ural, Kujbyschewer Region, Kaukasus, Taschkent-Fergana-Becken, Kusbass, Angara-Baikal-Region), insgesamt aber der Verschmutzungsgrad niedriger liegt. Die Sowjetunion ist in den nächsten Jahren infolge des steigenden Wasserbedarfs der Industrie und der Bevölkerung und infolge wachsender Irrigation der landwirtschaftlichen Flächen mit dem Problem der Wasserknappheit zunehmend konfrontiert, so daß ein umfassendes Wasserschutzprogramm mit dem Ausbau der Kläranlagen-Kapazitäten und der Umleitung von Wasser aus dem Norden nach dem Süden als Abhilfe in Angriff genommen werden. Sie ist darüber hinaus mit einer Bedrohung großer Teile ihrer landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Wind- und Wassererosion konfrontiert, zum einen infolge natürlicher und klimatischer Gegebenheiten, zum anderen — verstärkt — durch wirtschaftliche Tätigkeit und neue Agrotechniken.

#### 2. Umweltschutzmaßnahmen

Der Beginn der Umweltschutzpolitik als einer gewichtigen und selbständigen staatlichen Aktivität fällt in die Zeit des Endes der sechziger und des Beginns der siebziger Jahre. Freilich hat es auch in den vorangegangenen Jahren eine Reihe von Schutzmaßnahmen gegeben. An diese wird heute ständig erinnert, besonders an entsprechende Passagen aus frühen Dekreten.

##### *a) Zur Vorgeschichte des heutigen Umweltschutzes*

In der Popularisierung des Umweltschutzgedankens verweist die Presse heute mitunter auf Verordnungen und Maßnahmen vor der Revolution; so etwa auf den Ukas Peters des Großen gegen Holzdiebstahl, gedacht zum Schutz der königlichen Wälder, oder die Anordnung Katharinas der Großen über den Einbahnverkehr für Gespannwagen in Petersburg und Moskau sowie das Verbot von Pfeif-

<sup>32)</sup> Dazu ausführlicher: K. Schlögel (Anm. 31), S. 30—57; sowie: T. S. Chačaturov (Red.) *Ekonomičeskie problemy racional' nogo priroao-polzovonija i ochrany okrušajušcej sredy*, Moskau S. 82.

signalen, gedacht zur Verminderung des Lärmpegels<sup>33</sup>).

Mit größerer Berechtigung werden jene Maßnahmen zur Vorgeschichte des modernen Umweltschutzes gerechnet, die in Rußland im Zuge des ersten Industrialisierungsschubes — in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts — von staatlicher Seite ergriffen worden sind.

So debattierte etwa die Duma im Jahre 1913 über die Verabschiedung eines Gesetzes „Zur Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden“<sup>34</sup>). Auch die Bildung der ersten Naturschutzparks fällt noch in die Zeit vor der Revolution; freilich dienten manche zugleich als Jagdreviere für die kaiserliche Familie<sup>35</sup>). Auch kann die zwischen 1905 und 1910 gegründete „Moskauer Gesellschaft für Naturfreunde“ als Vorläufer der nach der Revolution gegründeten (1924) „Allunionsgesellschaft für Naturschutz“ angesehen werden.

Da es in bestimmten Wissenschaftszweigen eine lange Tradition gibt — zum Beispiel in den mit dem Kampf gegen die Bodenerosion befaßten Disziplinen —, und da viele Probleme schon im letzten Jahrhundert aufgetreten sind, werden bedeutende russische Gelehrte heute als Vorläufer der modernen Ökologie vorgestellt, etwa Timirjasew, A. Wobjekow und W. Dokutschajew<sup>36</sup>).

Die ersten Dekrete der Sowjetmacht werden auch für das Gebiet des Naturschutzes als Einschnitt gewertet. So etwa die Schaffung des Naturschutzreservates von Astrachan im Jahre 1919, das Dekret Lenins zum Schutz des Baikal-Sees und zum Schutz bestimmter, vom Aussterben bedrohter Tierarten (31. Januar 1921)<sup>37</sup>). Lenins Bemerkungen über das Verhältnis Mensch — Natur werden als Anweisung zu einer umweltfreundlichen Politik des Staates interpretiert<sup>38</sup>).

Neben der schon erwähnten Gründung der „Allunionsgesellschaft für Naturschutz“ kam

<sup>33</sup>) J. Gurnowa, Maßnahmen gegen den wachsenden Lärm in den Städten, in: Sowjetunion heute, (1984) 3, S. 27.

<sup>34</sup>) K. Bush, Umweltschutzprobleme in den sozialistischen Ländern — Sowjetunion, in: Osteuropäische Rundschau, (1973) 1/2, S. 16.

<sup>35</sup>) Z. Frank-Ossipoff (Anm. 7), S. 29.

<sup>36</sup>) I. Gerassimow (Anm. 17), S. 35.

<sup>37</sup>) Z. Frank-Ossipoff (Anm. 7), S. 29.

<sup>38</sup>) Z. B. Lenins Schrift, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei). W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, Berlin (Ost) 1969, schlägt u. a. Gesetze über Forstschutz, Meliorationen vor (S. 56).

es in den zwanziger Jahren zu weiteren Maßnahmen. 1925 wurde eine Verordnung des Obersten Zentralen Exekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare der RSFSR angenommen, mit der die Schaffung eines Staatskomitees für Naturschutz beim Volkskommissariat für Volksaufklärung der RSFSR vorgesehen war. Es sollte die Aktivitäten verschiedener Institutionen zum Naturschutz miteinander koordinieren. Im Dekret vom 16. September 1925 wird das Narkompros als Leitungsorgan bestimmt und mit konkreten Funktionen und Vollmachten ausgestattet, die sich fast ausschließlich auf die Einrichtung und Kontrolle von Naturschutzparks beziehen. Das Staatskomitee für Naturschutz setzte sich zusammen aus Vertretern des Volkskommissariats für Aufklärung, der Staatlichen Plankommission, des Volkskommissariats für Finanzen, der Landwirtschaft, des Inneren, der Gesundheit sowie der Arbeiter- und Bauern-Inspektion, des Obersten Volkswirtschaftsrates der RSFSR, der Akademie der Wissenschaften, der Russischen Geographischen Gesellschaft, der Gesellschaft für Naturschutz. In den ersten Jahren wurde das Staatskomitee von dem hochrangigen Partei- und Staatsfunktionär I. K. Jakowlew geleitet<sup>39</sup>).

1926 gab das Staatskomitee eine spezielle Verordnung „Zur Organisierung von Interressort-Kommissionen zum Schutz der Natur und zur Anleitung ihrer Arbeit“ heraus. Die Kommissionen hatten das Recht, ihre Vorschläge in die Planungsorgane einzubringen und den lokalen Exekutivkomitees vorzutragen. Praktisch haben die Kompetenzen des Komitees sich aber auf die Einrichtung und Überwachung der Naturschutzparks beschränkt. Das Staatskomitee gab eine eigene Zeitschrift heraus — „Ochrana prirody“ (Naturschutz) —, die seit 1928 regelmäßig erscheint. Von sowjetischen Autoren werden diese frühen Schritte der Sowjetmacht offensichtlich deshalb in Erinnerung gerufen, weil es sich zum einen in der Tat um Pionierarbeit gehandelt hat, zum anderen weil der institutionelle Rahmen als Vorbild für die heutige Situation verstanden werden kann.

Über die Umweltschutzmaßnahmen vom Beginn der dreißiger bis zu den fünfziger Jahren liegt, soweit bekannt, keine zusammenhängende Darstellung vor; auch bei sowjetischen

<sup>39</sup>) T. S. Chačaturov (Red.), *Ekonomičeskie problemy racional'nogo prirodopol'zovanija i ochrany okružajuščej sredy*, Moskau 1982, S. 121/122.

Autoren finden sich nur spärliche Hinweise auf diese Periode. Vielleicht kann daraus gefolgert werden, daß Natur- und Umweltschutz während der Stalinschen Industrialisierung eine völlig untergeordnete, ja als störend empfundene Angelegenheit war. Darauf deutet jedenfalls ein Dekret des Rats der Volkskommissare vom 17. Mai 1937 hin, wonach die Ansiedlung von Industrie, Fabriken etc. auch ohne die Einrichtung von Abwasser-Reinigungsanlagen möglich ist. Spätere Dekrete (1947 und 1949) hätten, so Z. Frank-Ossipoff, nichts an dieser rigorosen Form der Industrialisierung und der Vernachlässigung von Umweltschutz geändert<sup>40)</sup>.

Wenig Widerhall findet in heutigen sowjetischen Publikationen der Umfang an Umweltzerstörung, wie er durch die Industrialisierungspolitik der ersten Fünfjahrpläne verursacht worden ist. Und erstaunlich ist auch, daß kaum an die großen Umweltschutzprojekte der Stalinzeit erinnert wird, insbesondere an die Wiederaufforstungsmaßnahmen zwischen 1938 und 1939 einerseits und an den Stalinplan zur Umgestaltung der Natur" andererseits, der seinerzeit ja als Exempel für die bewußte Umgestaltung der Natur durch den Menschen verstanden und — weltweit — propagiert wurde<sup>41)</sup>.

Die ökologischen Probleme der heutigen Sowjetunion sind jedoch in entscheidendem Maße von der Allokation und Massierung industrieller Komplexe, wie sie in der Periode der Industrialisierung Gestalt angenommen hatten, bestimmt. Die ökologische Landkarte der heutigen Sowjetunion ist wesentlich in eben jenen Jahren und Jahrzehnten geprägt worden. Und nicht wenige der Projekte, die heute noch eine Rolle spielen — etwa der Dawydow-Plan zur Umleitung der sibirischen Ströme — sind bereits damals konzipiert worden.

Fraglich ist, ob man die Politik während der Jahre der Industrialisierung überhaupt als Umwelt- und Naturschutz qualifizieren kann. Weit eher scheint es angebracht, von einem Kampf um die Unterwerfung der Natur zu sprechen, wobei man sich um die Spätfolgen einer solchen „Naturbeherrschung“ noch keine Gedanken gemacht hat. Auch der „Stalinplan zur Umgestaltung der Natur“ kann nur mit Schwierigkeiten als Naturschutzplan interpretiert werden, war er in seiner ganzen

Konzeption doch nicht nur auf Konservierung und Schutz gerichtet, sondern ein grobenteils höchst subjektivistisch und voluntaristisch gedachter Eingriff in die Ökosysteme. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die Konzipierung dieses Plans zusammenfällt mit der Blüte von Subjektivismus, ja Obskurantismus in den biologischen und genetischen Wissenschaften, dem sogenannten „Lyssenkoismus“<sup>42)</sup>.

„Umweltschutz“ hat in der Periode der Industrialisierung wohl nur bedeutet: Einrichtung und Erhaltung bestimmter Naturschutzparks bei gleichzeitigem radikalen Angriff der Industrialisatoren auf die natürliche Umwelt. Das Pathos jener Zeit drückte sich in der Losung „Erober die Natur“ aus. Die militarisierten Formen der Arbeit haben sich auch in einer militanten und militärischen Beziehung zur Natur niedergeschlagen und es ist wiederum wohl kein Zufall, daß die Rücksichtnahme auf die natürlichen Gegebenheiten als ideologische Abweichung des „geographischen Determinismus“ denunziert wird<sup>43)</sup>.

Der rücksichtslose Kampf zur „Unterwerfung der Natur“ kommt offensichtlich erst zu einem Ende, als die Sowjetunion mit den Folgen und Folgekosten der rapiden Industrialisierung konfrontiert wird — Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre. Darauf deutet hin, daß zwischen 1957 und 1963 von den Republiken Umweltschutzgesetze angenommen worden sind<sup>44)</sup>.

#### *b) Umweltschutzmaßnahmen seit Ende der sechziger Jahre*

Eine wichtige Rolle für die praktische Organisation des Umweltschutzes spielte die 1972 herausgegebene Verordnung des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR „Über die weitere Verbesserung der Maßnahmen zum Schutz der Natur und der rationellen Ausnutzung der natürlichen Ressourcen“.

Darin hieß es u. a.: „Unter den Bedingungen der schnellen Entwicklung von Industrie,

<sup>42)</sup> Vgl. S. A. Medwedjew, Der Fall Lyssenko. Eine Wissenschaft kapituliert, Hamburg 1971; D. Lecourt, Proletarische Wissenschaft? Der „Fall Lyssenko“ und der Lyssenkismus, Berlin 1976.

<sup>43)</sup> J. Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin (Ost) 1951, S. 663 (Über dialektischen und historischen Materialismus).

<sup>44)</sup> Estland (7. 7. 1957), Armenien (14. 5. 1958), Georgien (28. 11. 1958), Moldau (16. 1. 1959), Litauen (22. 4. 1959), Aserbajdschan (15. 7. 1959), Usbekistan (19. 11. 1959), Lettland (27. 11. 1959), Tadschikistan (25. 11. 1959), Ukraine (30. 7. 1960), RSFSR (27. 10. 1960), Weißrußland (21. 12. 1961), Kasachstan (12. 5. 1962), Turkmenistan (26. 3. 1963).

<sup>40)</sup> Z. Frank-Ossipoff (Anm. 7), S. 54.

<sup>41)</sup> Vgl. O. Möller, Die Umgestaltung der Natur in der Sowjetunion, Berlin (Ost) o. J.

Verkehr und Landwirtschaft, der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution, der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Sowjetvolkes in all ihrer Vielfalt werden Naturschutz und rationelle Nutzung von natürlichen Ressourcen zu einer der wichtigsten Aufgaben des Staates, von deren Bewältigung die erfolgreiche Erfüllung der Volkswirtschaftspläne und der Wohlstand der heutigen und künftigen Generation abhängen.“<sup>45)</sup>

Diese Verordnung fungierte als Initialzündung für die Behandlung der Umweltfragen auf den verschiedenen Ebenen: auf der gesetzgeberischen, der organisatorischen, der planerischen, wissenschaftlichen, volkswirtschaftlichen u. a.

Die Aufgabe des Naturschutzes ist innerhalb der 1977 verabschiedeten Verfassung verankert. Die wichtigsten diesbezüglichen Artikel der Verfassung sind:

Art. 18: „Im Interesse der gegenwärtigen und künftigen Generationen werden in der UdSSR die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz und zur wissenschaftlich begründeten, rationellen Nutzung des Bodens und der Bodenschätze, der Wasserressourcen, der Pflanzen- und Tierwelt, zur Reinhaltung der Luft und des Wassers, zur Gewährleistung der Reproduktion der Naturreichtümer und zur Verbesserung der Umwelt des Menschen getroffen.“

Art. 67: „Die Bürger der UdSSR sind verpflichtet, die Natur zu schonen und ihre Reichtümer zu schützen.“

Art. 68: „Die Sorge für die Erhaltung der historischen Denkmäler und anderer kultureller Werte ist Pflicht und Schuldigkeit der Bürger der UdSSR.“<sup>46)</sup>

Die Verfassung erlegt dem Staat auch durch implizite Bestimmungen Naturschutzaufgaben auf. So Art. 11, der das alleinige Eigentumsrecht des Staates an Grund und Boden sowie Bodenschätzen, Gewässern und Wäldern festlegt; Art. 10, der den Staat zum Schutz des sozialistischen Eigentums und zu dessen Mehrung verpflichtet. In Art. 73, 131 und 147 wird das Wirken einer Reihe von

staatlichen Organen für den Umweltschutz gesetzlich festgelegt<sup>47)</sup>.

Seit Ende der sechziger Jahre kann von der Ausarbeitung einer konkreten Natur- und Umweltschutzgesetzgebung gesprochen werden. 1968 werden die Grundlagen des Bodenrechts vom Obersten Sowjet bestätigt. Zentrales Anliegen dieses Aktes ist der Schutz landwirtschaftlich nutzbaren Territoriums vor Zweckentfremdung, d. h. Nutzung für Industrie, Wohnungsbau, Straßenbau etc.

Die wichtigsten Wasserschutzbestimmungen sind in den 1970 verabschiedeten Grundlagen des Wasserrechts der UdSSR und der Unionsrepubliken zusammengefaßt. Das Wasserrecht bestimmt die Wasserverbrauchsarten, sieht den besonderen Schutz von Trink- und Brauchwasser vor. Ein Schwerpunkt liegt auf der Abwasserbeseitigung: „Die Abwasserabführung ist nur gestattet, sofern sie keine über die festgelegten Normen hinausgehende Zunahme des Schadstoffgehalts im Wasser nach sich zieht und nur unter der Bedingung, daß der Wasserverbraucher eine Wasserklärung sichert, die den festgelegten Normwerten der Wasserverbrauchs- und Wasserschutzorgane entspricht.“<sup>48)</sup> Im Falle einer Verletzung der Bestimmungen können die betreffenden Betriebe sogar geschlossen werden.

In den 1975 verabschiedeten „Grundlagen der Bodengesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken“ sind die Maßnahmen zum Schutz von Bodenschätzen und anderen Bodenressourcen zusammengefaßt. Unter anderem wird festgelegt, daß Bereiche von besonderem wissenschaftlichen oder kulturellen Wert nicht angetastet werden dürfen.

Die 1977 verabschiedeten Grundlagen der Gesetzgebung über Forstwirtschaft der UdSSR und der Unionsrepubliken regeln den Schutz und die Nutzung des Waldes.

Umweltschutzrelevant sind auch die „Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über Gesundheitswesen“. Art. 21 hält fest, „daß die Leiter von Betrieben und Institutionen, von Projektierungs-, Bau- und anderen Einrichtungen sowie die Vorstände von Kolchosen bei Projektierung, Bau, Rekonstruktion und Betreibung von Produktionsstätten, Kommunal- und Wohnobjekten verpflichtet sind, Maßnahmen zur Verhütung

<sup>45)</sup> O. Kolbassow, Die Rolle von Staat und Recht bei der Beherrschung ökologischer Probleme, in: Umweltschutz und Gesellschaft, S. 120—133, hier S. 122.

<sup>46)</sup> Verfassung der UdSSR, Moskau 1982, S. 13; Handbuch der Sowjetverfassung, Bd. I, Einleitung, Präambel, Art. 1—69, Berlin (Ost) 1983, S. 312 ff.

<sup>47)</sup> O. Kolbassow (Anm. 45), S. 122 f.

<sup>48)</sup> Ebd., S. 128.

von Verunreinigungen der Luft, der Gewässer, des Grundwassers und des Bodens vorzusehen". Im Falle der Nichtbeachtung können Sanktionen verhängt bzw. Anlagen geschlossen werden<sup>49)</sup>.

Des Weiteren sind wichtige Regierungsbeschlüsse und Normativakte auf der Ebene einzelner Ministerien zu nennen:

— Im Mai 1970 bestätigt der Ministerrat der UdSSR die Verordnung über die staatliche Kontrolle der Bodennutzung.

— Das Präsidium des Obersten Sowjet verabschiedet zur gleichen Zeit einen Erlass „über administrative Verantwortlichkeit bei Verstößen gegen die Gesetzgebung über Bodenschutz“.

— Im August 1974 wird durch Beschluß des Ministerrats der UdSSR das Entschädigungsverfahren für die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen durch Industrie und gesellschaftliche Organisationen geregelt.

— Im März 1975 bekräftigt ein Beschluß des Ministerrats der UdSSR eine zentrale Bestimmung aus den Grundlagen des Wasserrechts, nämlich die Erfassung der Wasservorräte und die Regulierung ihres Verbrauchs.

— 1976 tritt die Verordnung über die „Durchführung von Maßnahmen zur Vorbereitung von Überschwemmungsgebieten bei Errichtung von Wasserkraftwerken und Stauseen“ in Kraft.

— Im selben Jahr legt der Ministerrat eine Verfahrensweise zur Ausarbeitung und Bestätigung von Schemata zum komplexen Wasserverbrauch und Wasserschutz“ fest<sup>50)</sup>.

Als besonders wichtig wird von sowjetischen Autoren neben dem Beschluß vom 29. Dezember 1972 „über die Verstärkung des Naturschutzes und die Verbesserung der Nutzung von Naturressourcen“ und neben den Verfassungsartikeln der Beschluß des ZK und des Ministerrats vom 1. Dezember 1978 „Über zusätzliche Maßnahmen zum verstärkten Naturschutz und zur verbesserten Nutzung der Naturressourcen“ hervorgehoben. Darin wird betont, „daß die Ministerien und Ämter der UdSSR, die Ministerräte der Unionsrepubliken, Kombinate, Betriebe, Institutionen und Organisationen für den Schutz der Natur, für rationelle Nutzung und Reproduktion von Naturressourcen und rechtzeitige Realisierung der erforderlichen Naturschutzmaßnahmen die volle Verantwortung tragen“. Bei Mi-

nisterien und Behörden sollen Umweltschutzabteilungen eingerichtet werden<sup>51)</sup>.

Das institutionelle System des Umweltschutzes umfaßt gegenwärtig folgende hauptsächlichen Elemente:

— die Kommission des Präsidiums des Ministerrats der UdSSR für Umweltschutz und rationelle Ausnutzung der natürlichen Ressourcen;

— das Staatskomitee der UdSSR für Hydrometeorologie und Umweltkontrolle;

— Inspektionsbehörden für die Reinigung von Abgasen, die Kontrolle von Abwässern und den Schutz von Fischwassern;

— Staatliche Organe zur Aufsicht über die Nutzung und den Schutz von Bodenschätzen;

— Organe der staatlichen Forstaufsicht;

— Jagdinspektionsbehörden;

— Behörden der staatlichen Naturschutzgebiete;

— Einrichtungen des sanitär-epidemiologischen Dienstes;

— Staatskomitees für Naturschutz in den Unionsrepubliken.

Mit der Darstellung der Gesetzgebung und des institutionellen Systems ist indes noch keine Aussage über die tatsächliche Effizienz einer praktischen Umweltschutzpolitik getroffen. Überhaupt erscheint fraglich, ob sich sozusagen „von außen“ ein zutreffendes Bild von der praktischen Reichweite der genannten Beschlüsse machen läßt. Th. Gustafson jedenfalls kam in seiner Analyse der Umweltschutzpolitik unter Breschnew zu der Einschätzung: „Aber jetzt haben sich die Dinge ziemlich rasch verändert. In den letzten sechs Jahren hat die Sowjetunion ein solide fundiertes Umweltprogramm entwickelt mit dem Hauptziel, die Gewässer rein zu halten. 1973 haben sich die Investitionen für die Hebung der Wasserqualität rapide verfünffacht, von 300 auf 1500 Millionen Rubel. Im Frühjahr 1976 kündigte der Generalsekretär ein Fünfjahresprogramm von elf Milliarden Rubel an Kapitalinvestitionen für Umweltschutz an, primär für die Reinhaltung des Wassers.“<sup>52)</sup>

Auch I. Nowikow, Vorsitzender der Kommission des Präsidiums des Ministerrats für Umweltschutz und rationelle Nutzung der natürlichen Ressourcen, verwies in seiner Bilanz

<sup>49)</sup> Ebd., S. 129.

<sup>50)</sup> Ebd., S. 130.

<sup>51)</sup> Ebd., S. 131.

<sup>52)</sup> Th. Gustafson (Anm. 26).

auf eine Ausdehnung und Intensivierung der Umweltschutzmaßnahmen<sup>53)</sup>.

Seinen Angaben zufolge sind die finanziellen Aufwendungen für den Umweltschutz beträchtlich gestiegen: Zwischen 1976 und 1980 wurden für Umweltschutz staatliche Kapitalinvestitionen in Höhe von 9,3 Milliarden Rubel getätigt. Der Ausstoß von Schadstoffen in den Städten und industriellen Ballungszentren sank Nowikows Angaben zufolge um 13 Prozent. Die Verschmutzung der Atmosphäre durch Staub und Schwefel konnte stabilisiert werden bzw. sank in 70 Prozent der von der Umweltkontrolle erfaßten Städte. Deutlich forciert wurde der Bau von Kläranlagen, insbesondere in der Industrie. 1981 seien rund 67 Prozent des gesamten Wasserverbrauchs für industrielle Zwecke von Klärsystemen erfaßt gewesen. Der Ausstoß von Abwässern konnte um 20 Prozent gesenkt werden<sup>54)</sup>.

Von einer gewissen Zufriedenheit mit dem erreichten Stand der Umweltschutzpolitik bzw. von einem neuen Umweltschutzbewußtsein zeugen auch die Ausführungen des stellvertretenden Chefredakteurs der „Literaturnaja Gaseta“, A. Udalzow, der über die Arbeit seiner Zeitung bemerkt: „Sie war schwierig, weil wir, offen gestanden, eine Menge Hindernisse überwinden und vor allem die damals gängige Meinung widerlegen mußten, die Natur könne alles ertragen.“<sup>55)</sup>

### 3. Aussichten und Probleme der Umweltschutzpolitik

Für den 11. Fünfjahrplan sind Umweltschutzinvestitionen in Höhe von 10,3 Milliarden Rubel vorgesehen, das sind 11 Prozent mehr als im vorangegangenen Fünfjahresplan. Im Jahre 1981 wurden — wie es heißt — nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel auch ausgeschöpft, weil die Ministerien, die dafür zuständig sind, sich noch nicht entschieden genug des Umweltschutzes angenommen haben.

Nowikow macht die Einschränkung, daß bisher beim Umweltschutz „im wesentlichen“ nur feste Schadstoffe, nicht jedoch gasförmige und flüssige bekämpft würden. Die für die Herstellung von Filteranlagen zuständigen Stellen werden wegen mangelhafter Ausrü-

stung und mangelhaften Funktionierens der gelieferten Anlagen kritisiert. 1980 haben demnach von allen im Land arbeitenden 234 000 Einrichtungen dieser Art 28 000, d. h. 12 Prozent unbefriedigend gearbeitet, in einigen Betrieben sei der Prozentsatz noch höher (etwa in der Zementindustrie mit 38 Prozent).

Ein weiterer Kritikpunkt ist die ungenügende Rekultivierung von Arealen, die von der Industrie ausgebeutet worden sind — insbesondere in Bereichen der Schwarz- und Buntmetallurgie —, aber nicht rasch und gründlich genug für die Wiederverwendung durch die Landwirtschaft bearbeitet werden.

Nowikow fordert insgesamt eine Verbesserung der Projektierungsarbeit und die Herstellung eines kompletten Zyklus von der Projektierung über die Inbetriebnahme und die Abfallbeseitigung.

Einen besonders neuralgischen Punkt spricht er an, wenn er auf die rückständige Technologie, vor allem aber auf den verschwenderischen Umgang mit Rohstoffen in der sowjetischen Industrie verweist. Nur ein kleiner Teil der verbrauchten Rohstoffe gehe in das Endprodukt ein, so daß der Schaden ein doppelter sei: die Abgabe von Abfall und Schadstoffen an die Umwelt und die raschere Erschöpfung der primären Rohstoffe. Im Verlauf des 11. Fünfjahrplans sollen daher auch in verstärktem Maße verarbeitungsintensive und emissionsarme Technologien eingeführt werden. Als besondere Verpflichtung der Parteikomitees in den Betrieben wird es angesehen, sich für technologische Innovationen einzusetzen. Als Beispiele führt Nowikow an: Recycling-Methoden, Weiterverarbeitung und Aufbereitung von Abgasen, Schlacken, Abraum<sup>56)</sup>.

Zusammenfassend kann man feststellen: Die Umweltproblematik hat die UdSSR längst eingeholt, sie ist nicht mehr bloß Gegenstand einer theoretischen oder ideologischen Kontroverse. Im letzten Jahrzehnt sind sowohl wichtige gesetzgeberische wie auch institutionelle Rahmenbedingungen für die Lösung der praktischen Umweltschutzaufgaben geschaffen worden. Wohl kann auch ein Wandel im öffentlichen Bewußtsein in Sachen Umweltschutz registriert werden. Presseberichte über Umweltskandale sind keine allzugroße Seltenheit mehr.

<sup>53)</sup> I. Nowikow (Anm. 1), S. 34.

<sup>54)</sup> Ebd., S. 34.

<sup>55)</sup> A. Udalzow (Anm. 5), S. 21.

<sup>56)</sup> I. Nowikow (Anm. 1), S. 36—41.

## **Heinz Brahm/Heinrich Vogel: Gorbatschow vor großen Aufgaben**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/85, S. 3—13

Die Berufung eines neuen Generalsekretärs des ZK der KPdSU ist noch keine Garantie für eine Kursänderung der sowjetischen Politik. Jeder Parteichef ist zunächst in eine kollektive Führung eingebunden. Die Linie der Innen- und Außenpolitik ist nicht mit einem Schlag zu ändern. Dazu sind die Trägheitselemente in der UdSSR zu stark. In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich das durch und durch bürokratisierte System der Sowjetunion erfolgreich gegen weitreichende Veränderungsversuche zur Wehr gesetzt. Zunächst steht Gorbatschow vor der Aufgabe, die Effizienz der Wirtschaft zu erhöhen. Nach westlichen Schätzungen ist mit einem Wachstum des Sozialprodukts von etwa zwei bis drei Prozent jährlich zu rechnen. Konservatismus und Patriotismus der Bevölkerung dürften selbst bei Abstrichen am Lebensstandard so ausgeprägt sein, daß die Herrschaft der KPdSU nicht auf dem Spiel steht.

Außenpolitisch ist der Einfluß Gromykos nach wie vor dominierend, so daß es sehr fraglich ist, ob es mittelfristig zu einem wirklichen sowjetisch-amerikanischen Arrangement kommt. Entscheidend wird es sein, ob sich die Sowjetunion weiter machtpolitisch in der Dritten Welt engagiert und damit das Mißtrauen des Westens herausfordert.

## **Lothar Jung: Bestimmungsfaktoren und Tendenzen sowjetischer Außenpolitik in den achtziger Jahren**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/85, S. 14—31

Die veränderten inneren und äußeren Rahmenbedingungen seit dem Beginn der achtziger Jahre machten eine Anpassung der politischen Strategie der UdSSR notwendig; dabei zeigte sich besonders der enge Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik. Seit 1981 zeichnete sich eine Strategiedebatte in der sowjetischen Führung ab, die deutlich zwei Richtungen erkennen ließ:

- einen pragmatisch orientierten Flügel, der vor allem innenpolitisch orientiert ist und das Schwergewicht auf die Bewältigung der internen Probleme zu legen bestrebt war, und
- eine machtpolitisch orientierte Gruppe, die ihre Hauptaufgabe darin sieht, das strategische Gleichgewicht, das sich im Laufe der siebziger Jahre im Verhältnis zum Westen und insbesondere zu den USA herausgebildet hat, zu verteidigen und abzusichern.

Ein besonderer Punkt der Kontroverse war dabei, inwieweit unter den veränderten außenpolitischen Bedingungen, die durch die Rückkehr der USA zur Politik der Stärke entstanden waren, eine Fortsetzung der Entspannungspolitik möglich sei. Seit 1984 war zudem deutlich ein Rückgang des militärischen Einflusses auf die sowjetische Außenpolitik zu beobachten sowie eine veränderte Einstellung der politischen Führung zum Atomkrieg.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß die Sowjetunion in naher Zukunft vor das schwierige Problem der technischen Neuausrüstung und Modernisierung des Produktionsapparates gestellt ist und die Konsumversorgung deutlich verbessern muß, um den Konsens der Bevölkerung mit der Führung nicht zu zerstören und daher an einer zurückhaltenden, äußere Konflikte vermeidenden Außenpolitik interessiert sein muß. Dies heißt vor allem aber eine Wiederannäherung an die USA und Erfolge bei der Eindämmung der Rüstungslasten. Dabei wird jedoch die Kontroverse um die Strategische Verteidigungsinitiative von Präsident Reagan der Hauptkonfliktpunkt bleiben.

## Karl Schlögel: Ökologiediskussion und Umweltschutzmaßnahmen in der Sowjetunion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/85, S. 32—46

Die Sowjetunion hat seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre sporadisch, seit den siebziger Jahren systematisch Umweltschutzmaßnahmen ergriffen. Dabei gilt als Axiom, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung „im Prinzip“ nicht nur die Beseitigung von umweltschädigenden Folgen der Industrialisierung erlaube, sondern von vornherein die Ursachen ausschalten könne und im Unterschied zum Kapitalismus die bewußte Gestaltung der menschlichen Umwelt — als natürliche, soziale und historische — ermögliche.

Die Zunahme eines ökologischen Problembewußtseins drückt sich in der Presse wie in Fachdiskussionen aus. Dabei läßt sich eine Reaktivierung des ökologiekritischen Potentials des Marxismus beobachten. Die Ökologieproblematik wird auch in ihrer internationalen Dimension erkannt und aufgegriffen — ökologische Probleme werden in die Kritik des Kapitalismus eingeordnet, sie werden zu einem Bestandteil der globalen Systemauseinandersetzung.

Nicht zu unterschätzen ist der Aspekt, daß ökologische Kritik in der Sowjetunion selbst als ein Medium von Selbstkritik und Selbstaufklärung in Erscheinung tritt; dabei werden auch Fragen der Preisgestaltung, der Wirtschaftsführung, der Effektivierung und Ökonomisierung im Umgang mit den natürlichen Ressourcen sowie der Angemessenheit von Leitungsmethoden aufgeworfen. Die entscheidende Frage ist indes, wie weit der anspruchsvolle Umweltschutzbegriff auch in die Praxis umgesetzt wird. Der institutionelle und formale Rahmen scheint dafür jedenfalls gegeben zu sein. Durch die Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung, die Verabschiedung von Gesetzen und Verordnungen zu den wichtigsten Bereichen des Umweltschutzes (Wasserrecht, Bodengesetzgebung, Gesetzgebung über Forstwirtschaft, zur verbesserten Nutzung von Naturressourcen u. a.) sowie der Aufbau eines institutionellen Systems des Umweltschutzes (Kommission beim Präsidium des Ministerrats der UdSSR, Staatskomitee der UdSSR, Inspektionsbehörden u. a.) sind wichtige normative Regelungen getroffen.

Sowjetische Quellen selbst deuten auf die Kluft zwischen den normativen Bestimmungen und der praktischen Umsetzung hin, auch wenn in den letzten Jahren die Ausgaben für Umweltschutz gesteigert und der praktische Maßnahmenkatalog erweitert worden sind. Als neuralgische Punkte im System des Umweltschutzes gelten nach sowjetischen Aussagen bestimmte Industriebetriebe (vor allem Schwer-, Buntmetall- und Erdölindustrie), die Rückständigkeit der Technologie und mangelndes Verantwortungsbewußtsein vor Ort.